D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 29
Januar '72 DM 1,20

Fast so gut wie die Atombombe

dpa

Der beschleunigte Rückzug der US-Truppen aus Vietnam und die Ansicht, daß der Krieg von den USA nicht gewonnen werden könne, haben vielfach die Erwartung aufkommen lassen, der Vietnam-Konflikt befände sich bereits in seiner Endphase. Wie falsch diese Einschätzung ist, beweist erneut der Bombenhagel, den Nixon gegenwärtig in bisher nicht erreichter Dichte auf Nordvietnam niederprasseln läßt. Die offiziellen amerikanischen Begründungen für die Angriffe — Beschuß von US-Flugzeugen über Nordvietnam durch Flak oder noch zynischer: „vorbeugende Vergeltung" — sollen nur den eigentlichen Hintergrund verdecken.

Das Bombardement deutet an, daß für Washington Vietnam noch lange nicht verloren ist. Schon taucht das Schlagwort vom „stable war" auf, das einen Krieg beschreiben soll, in dem keiner der Gegner erhebliche Veränderungen der Situation durchsetzen kann und die Intensität der Kämpfe gleich bleibt. Mit dem Bombardement demonstriert Washington, daß es auch nach Abzug der Bodentruppen seine militärischen Machtmittel rigoros einsetzen will, und zwar vor allem die Waffensysteme, die nicht leicht durch Guerilla-Kriegführung unterlaufen werden können. Die alles im Radius von 1 km tötende neue Luftdruck-Superbombe gehört zu diesem Arsenal. Experten halten sie „für so gut wie die Atombombe". In diesem Konzept soll auch Nordvietnam nicht von Bombenangriffen ausgenommen sein. Diesen Anspruch machen die Phantom-Angriffe jetzt allgemein in der Weltöffentlichkeit bekannt.

Die Angriffe signalisieren aber ebenfalls, daß Nixon den Kampf um Vietnam nun auch zunehmend auf die politisch-diplomatische Ebene von Verhandlungen zwischen den Großmächten schieben will. Was wundert es da, daß die Gespräche mit den Vietnamesen in Paris längst zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind! Vor seinem Besuch in Peking und Moskau sucht Nixon den Wert der amerikanischen Position zu erhöhen, indem er Härte demonstriert und die Härte der Nordvietnamesen zu erschüttern trachtet, um damit — so mag die Kalkulation sein — Peking von Druck aus Hanoi zu entlasten. Gleichgültig, ob diese Kalkulation aufgeht, von dem Besuch in Peking kann Nixon für seine Wiederwahl durchaus mit Vorteilen rechnen. Wird er in Peking abgewiesen, so werden die amerikanischen Wähler seinen Gang nach Canossa sicher als Tat eines „ehrlichen Friedensmaklers" honorieren. Lassen sich aber die Chinesen im Stile der Großmachtpolitik — etwa im Sinne der Genfer Konferenz von 1954 — auf Handel ein, kann Nixon nur gewinnen, Peking vor der Dritten Welt an Gesicht verlieren und der Konflikt zwischen Peking und Moskau angeheizt werden.

Von einer Demonstration der Stärke zum unverhüllten Abwurf von

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Heinz Hauser: Metall-Streik 3
Eike Hennig: FR und Gerold 4
Marios Nikolinakos: Gastarbeiter 4
Mathias Walter: Entwicklungshilfe 5
Konflikt in Südasien 5
Hansgeorg Conert: Jugoslawien 6
Andreas Buro: Türkei 6
Julian Karl: Rhodesien 7
Rainer Werning: Thailand 8
Strategie
Gert Schäfer: Rote Armee Fraktion 9
Diskussion der Ansatzpunkte 12
Rauschmittel
Herbert Stubenrauch: Linke und LSD 15
Parteien
Fred Geissler: DKP-Parteitag 18
Landwirtschaft
Onno-Hans Poppinga: Bauernfrage in Westdeutschland 19
Organisationen
Plakat 21
Lehrer-Tagung 21
SHB 22
Modelle
Kriegsdienstverweigerer in Rom 23
Linker Digest
Sowjet-Fiat 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

„Linksradikale" Abzeichen

Kultusminister Hans Maier will an den bayerischen Schulen verbieten lassen, daß Schüler Abzeichen tragen, die als „radikale politische Propaganda" anzusehen sind. Maier bejahte damit die Anfrage des CSU-Abgeordneten Sieghard Rost, ob die Landesregierung bereit sei, der zunehmenden politischen Agitation in den Schulen entgegenzuwirken, „die sich zum Beispiel im Tragen linksradikaler Abzeichen zeige".

Lehrerverband befürwortet Berufsverbot für Linke

Den Ausschluß aller Lehrer vom Schuldienst, „die für links- oder rechtsradikale Parteien oder Gruppen tätig sind", hat der Präsident des reaktionären Deutschen Lehrerverbandes, Christians, gefordert. Der Deutsche Lehrerverband ist eine Dachorganisation, der der Deutsche Philologenverband, der bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband und die verschiedenen Organisationen der Berufsschullehrer angehören. Wer aktiv für die Ziele „Radikaler" arbeite, habe, so Christians, in der Schule nichts zu suchen. Das gelte nicht nur für solche, die hinein wollten, sondern auch für die, die schon in der Schule seien. Dem Gesetzgeber sei es aufgegeben, „notfalls die Beamtengesetze entsprechend zu ändern". Bei einem Teil des Lehrernachwuchses sieht der Verband die wachsende Tendenz, den künftigen Beruf „als Agitationsbasis für radikale Überzeugungen zu betrachten".

Verständnis für das Kapital

Als einen „notwendigen Abend, der zum Ende hin sogar nett wurde", empfindet der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, ein politisches Abendessen, zu dem Bundeskanzler Brandt rund 40 führende Repräsentanten der deutschen Wirtschaft eingeladen hatte. Die Finanzbosse – unter ihnen viele Unterzeichner der „Wir können nicht länger schweigen"-Annonce – und die Staatsfunktionäre Schiller, Leber, Genscher, Schmidt und Ehmke „warben wechselseitig um Verständnis". Besonders die Beschlüsse des letzten SPD-Parteitages stießen auf heftige Kritik der Unternehmer. Der Kanzler und die Minister „zeigten Verständnis für die Wirtschaft" und warben ihrerseits um Verständnis dafür, daß eine von der SPD geführte Regierung sich auch „mit Strömungen auseinanderzusetzen habe, die von der Kabinettslinie in der einen oder anderen Frage abweichen".

Bundesjugendring auf Linkskurs?

Die Politisierung und Linksorientierung großer Teile der jungen Generation scheint immer mehr auch die „etablierten" Jugendverbände zu erfassen. So verabschiedeten die 63 Delegierten der 16 Mitgliedsorganisationen auf der 40. Vollversammlung des DBJR mehrheitlich verschiedene Entschließungen u. a. mit den Forderungen, daß Angela Davis sofort freigelassen wird, die Bundesregierung zugunsten der politischen Gefangenen und zum Tode Verurteilten in der Türkei interveniert, die Versuche der Bundeswehr, in den Schulen verstärkt Fuß zu fassen, durch die Landeskultusminister sofort unterbunden werden, der § 218 dahingehend geändert wird, daß eine Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb der ersten drei Monate straffrei vorgenommen werden kann. In der gleichen Vollversammlung solidarisierte sich der Deutsche Bundesjugendring mit dem Kampf der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden im Tarifkonflikt der Metallindustrie. Der Antrag der SDAJ zur Aufnahme in den DBJR wurde allerdings nach bereits drei vergeblichen Versuchen zum viertenmal abgelehnt.

Orden für spanischen Militär

Der Generalstabschef der spanischen Streitkräfte, General Manuel Diez Alegrin, erhielt in Bonn aus den Händen von Staatssekretär Wetzel vom Bundesverteidigungsministerium das große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband, das ihm Bundespräsident Heinemann verliehen hat.

Angriff auf Gastarbeitersendungen

Die Kooperationsausschüsse der Aufsichtsratsgremien, des Süddeutschen Rundfunks, des Südwestfunks und des Saarländischen Rundfunks haben festgestellt, „die UKW-Senderketten für die dritten Programme seien durch die Sendungen für Gastarbeiter blockiert". Obwohl diese Programme von 50 % aller Gastarbeiter gehört werden und die Gebühreneinnahmen von Gastarbeitern die Kosten für das Ausländerprogramm übersteigen, soll nach den Plänen des CSU-Intendanten Hammerschmidt an die Stelle des Gastarbeiterprogramms ein unterhaltender Service-Dienst für Autofahrer mit noch mehr Konsum-Werbung der Privatindustrie treten. Gleichzeitig sollen die Gastarbeitersendungen von den „öffentlich-rechtlichen" Rundfunkanstalten an den regierungseigenen Deutschlandfunk abgeschoben werden, um sie so einer politischen Kontrolle durch die Konsulate des Auslands zu unterwerfen.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien steigt seit achtzehn Monaten spürbar an. 20 000 Vollverdiener mehr als im Vormonat sind im Dezember ohne Broterwerb. Es wird damit gerechnet, daß Anfang Februar die Zahl von einer Million Arbeitslosen erreicht ist. Am schlimmsten sind Nordirland und die Industriestädte Schottlands und Mittelenglands betroffen.

Hungerstreik baskischer politischer Gefangener

Um an den ersten Jahrestag der Eröffnung des Prozesses von Burgos zu erinnern, in dem sechzehn baskische Revolutionäre verurteilt wurden, haben die gefangenen Basken mit einem Hungerstreik begonnen. Sie wollen auf diese Weise dagegen protestieren, daß sie verstreut in fast allen spanischen Gefängnissen gefangen gehalten werden. Weiter richtet sich der Streik gegen das die baskischen Revolutionäre diskriminierende Gefängnisregime. Ungefähr hundert Gefangene haben sich dem Hungerstreik angeschlossen.

Krise in Nordkorea

Die herrschenden Kräfte in Südkorea versuchen den „wehrhaften Geist zu stärken". Dazu lassen sie im ganzen Land Luftschutzübungen stattfinden, die aus dem „Erschlaffen in Pazifismus" aufrütteln sollen. Der Hintergrund dieser Formierungsversuche ist die vor allem wegen Preissteigerungen und der Unterbeschäftigung große Unzufriedenheit und Unruhe der südkoreanischen Bevölkerung, die schon auf den Machtapparat übergreift. Die Rivalität zwischen Heer und Luftwaffe nimmt zu; Offiziere unterer Ränge fühlen sich gegenüber den höheren übermäßig benachteiligt; in verschiedenen Einheiten kam es in den letzten Monaten zu kleinen Meutereien der Mannschaften, einige Soldaten liefen Amok, die Disziplin läßt oft zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen ist die Proklamierung des Notstandes, der in der Verfassung nicht vorgesehen ist und auch keine gesetzlichen Folgen hat, durch Staatspräsident Park in erster Linie als Maßnahme zu verstehen, die die Ränge zusammenschweißen soll. Dahinter steht die Gefahr, daß die herrschenden Kräfte in Südkorea zu einer abenteuerlichen Aktion gegen Nordkorea übergehen, um von den großen Problemen in Inneren abzulenken.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Fast so gut wie die Atombombe

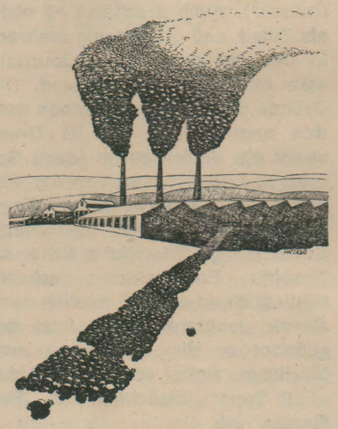
Bomben auf Industrie und Wohnsiedlungen ist es, wie die bisherige amerikanische Kriegsführung lehrt, nur ein kleiner Schritt. Nixon wird vor ihm nicht zurückschrekken, wenn es darum geht, in den kommenden Wahlen gleichzeitig als Friedenswilliger durch Truppenabbau und als eiserner Kämpfer für Amerika durch Bombardierungen vor der „schweigenden Mehrheit" des Landes auftreten zu können. Die westeuropäischen Staaten und Japan werden ihm bei solchen Manövern keine Schwierigkeiten bereiten, haben sie doch bereits genug Differenzen mit Washington. Die verbreitete Antipathie gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam hat in den USA an Kraft verloren, seitdem die GIs zurückkehren und die Verlustraten sinken. Nixons Taktik macht vielen den Frieden mit dem Establishment wieder möglich. Allem Anschein nach wird nur ein harter Kern der Vietnam-Opposition bereit sein, weiter gegen die imperialistische Politik der USA anzukämpfen. Die offene Frage ist, wie er seine Kampagne massenwirksam führen kann.

Metall-Streik Statisten im eigenen Kampf

Der dreiwöchige Streik der Metallarbeiter in Nord-Württemberg/Nord-Baden endete mit einem dürftigen Ergebnis. Das wissen gerade die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Tarifgebiet gestreikt haben und im Streik erfahren mußten, wer mit dem ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten des Arbeitskampfes am besten umzugehen verstand. Gestreikt haben die Metallarbeiter, organisiert wurde der Streik von der IGM, aber geführt wurde er von den Unternehmern. Die Streikstrategie der IGM überließ den Unternehmern das Gesetz des Handelns und hinderte die zum Streik entschlossenen Kollegen in anderen Tarifgebieten, sich an einer Auseinandersetzung zu beteiligen, die gerade durch die Unternehmerstrategie einen politischen Charakter wie keine andere Tarifbewegung vorher erhielt. Mit diesem der IGM aufgezwungenen Streik versuchten die Unternehmer, den tarifpolitischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften weiter einzuschränken. Ihr Kampf richtete sich gegen die noch bestehende Tarifautonomie, ihr Ziel war auch diesmal ein bundeseinheitlicher Tarifabschluß durch zentrale Verhandlungen, ihre Absicht war, den Gewerkschaften die Verantwortung für die Stillegung der Produktion in den vom Streik nicht unmittelbar betroffenen Bereichen zuzuschieben, um desorientierte Arbeiter gegen ihre eigene Organisation mobilisieren zu können. Unterstützung fanden die Unternehmer in Bonn und in Nürnberg, bei Schiller und Stingl. Der eine diffamierte den Streik. Sein Stichwort „Flächenbrand" wurde von der bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen. Der andere wollte die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung an die durch Einstellung der Produktion betroffenen Arbeiter verhindern, wenn diese Einstellung der Produktion mit dem Streik in einem unmittelbaren Zusammenhang stand. Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit korrigierte unter dem Druck der Gewerkschaften diese Entscheidung ihres Präsidenten, politische Konsequenzen wurden jedoch nicht gezogen. Der Apparat der IGM, der dem Streik aus dem Wege gehen mußte, da er zu einer Strategie, in der der Streik ein notwendiges Instrument zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderung ist, nicht mehr fähig ist, stand den zum Kampf entschlossenen Unternehmern ohnmächtig gegenüber.

Diese Tarifauseinandersetzung offenbarte ein Dilemma, in dem sich angepaßte Gewerkschaften seit eh und je befanden. In einer Phase der Rezession, in der auch die internationale Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals belastet ist und es daher durchaus der Logik des Kapitalverwertungsprozesses entspricht, die Lohnkosten so niedrig wie möglich zu halten, müssen die Lohnabhängigen Preissteigerungen von durchschnittlich 6-8 % hinnehmen. Zur gleichen Zeit werden die Kollegen in den Betrieben durch Betriebstillegungen und Kurzarbeit eingeschüchtert. Die Sozialdemokratische Partei, mit der sich der größte Teil der Arbeiter noch identifiziert, wird dafür von der Rechten verantwortlich gemacht. Der Gewerkschaftsapparat, einer der Stützen der Bundesregierung, sieht sich in der fatalen Lage, mit Rücksicht auf die schwache Position der Regierung, die Kollegen in den Betrieben zurückhalten zu müssen und zugleich die Forderungen dieser Kollegen in die Tarifauseinandersetzung einzubringen.

Der Gewerkschaftsapparat beherrscht die Lage noch, solange er die Tarifkommissionen an die Leine legen kann. Hier werden die Forderungen aus den Betrieben und Ortsverwaltungen in die Nähe der Lohnleitlinien gedrückt. Schon immer haben gegenüber Sozialdemokraten Appelle an das Verantwortungsbewußtsein und Aufforderungen zur angeblich realistischen Einschätzung der Lage Erfolg gehabt. Und wer es verstand, auch noch an das Vertrauen zu appellieren, das man doch zum Vorstand, der schon wisse, was jetzt zu tun ist, haben müsse, konnte sich letztlich über die in der Satzung der Organisation dem Vorstand überlassene Vollmacht hinaus einen Blankoscheck für das Tarifgeschäft ausstellen lassen. So geschah es auch diesmal.



Die IGM lehnte zwar zentrale Verhandlungen ab, doch die vom Vorstand zugelassenen regionalen Verhandlungen einschließlich des vom Vorstand genehmigten Streiks in Nord-Württemberg/Nord-Baden hatten für den Vorstand nur die Funktion, den Schein tarifpolitischer Selbständigkeit der Bezirke zu wahren. Die zentralen Verhandlungen fanden auf dem Hintergrund des Streiks in Nord-Württemberg/Nord-Baden statt. Hier wurde nach den ersten Schlichtungsverhandlungen der Schiedsspruch von 7,5 % für 7 Monate akzeptiert, hier wurde erst zögernd gestreikt und der Streik ausgedehnt, nachdem die Unternehmer bei ihren 4,5 % blieben. In den anderen Tarifbezirken wurde gebremst. Nord-Württemberg/Nord-Baden sollte das Ergebnis bringen, an dem sich die anderen Tarifbezirke zu orientieren haben.

Obwohl die aktiven Kollegen dieses Spiel durchschauten, waren sie mehr oder weniger zur Untätigkeit verurteilt. Die totale Abhängigkeit der unteren Gewerkschaftsorgane von der Zustimmung der Vorstands macht es gerade in verschärften Kampfsituationen unmöglich, im Rahmen der organisatorischen Bedingungen demokratisch legitimierte Entscheidungen von unten nach oben durchzusetzen. Im Tarifkonflikt gilt in den Gewerkschaften Notstandsrecht mit allen Folgen für innerorganisatorische Demokratie. Dieser gewerkschaftliche Ausnahmezustand erlaubt es dem Apparat, auch spontane Aktionen mit größerem Erfolg zu unterbinden als in den friedlicheren Zeiten. Die Notwendigkeit, im Tarifkonflikt geschlossen hinter der Organisation zu stehen, verdeckt die Ambivalenz der außerordentlichen Vollmachten, die der Vorstand nach der Satzung für diesen Fall hat. Verstärkt wird unter diesen Bedingungen auch die Erwartung der Kollegen, daß alleine durch die Arbeitsniederlegung die Verhandlungsposition der Organisation gestärkt ist. Es ist daher kaum verwunderlich, daß viele der streikenden Kollegen den Fortgang des Kampfes vor dem Fernsehschirm verfolgen. Das eingespielte Verfahren der Verhandlungen und die durch die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarungen von 1964 noch eingeengte Bewegungsfreiheit der Verhandlungskommissionen verurteilt den streikenden Kollegen zum Statisten.

Das Ergebnis dieser Tarifrunde ist bekannt: 7,5 % für zwölf Monate, eine pauschale Abgeltung für Oktober bis Dezember 1971 von 180,– DM und eine stufenweise Absicherung eines 13. Monatseinkommens, die 1974 40 % betragen soll. Der Vorstand der IGM hat dieses Ergebnis als einen Erfolg bezeichnet, und Tausende von Funktionären in den Betrieben werden gegen ihre bessere Einsicht die Kritik der Kollegen auffangen und aus Loyalität zu ihrer eigenen Organisation ein Ergebnis billigen, das sie so nicht gewollt und in einer Abstimmung auch nicht akzeptiert hätten.

Das Ergebnis liegt noch unter dem Einigungsvorschlag, dem die IGM Anfang November so schnell zugestimmt hatte. Damit ist die Rechnung der Unternehmer aufgegangen. Der Tarifabschluß kommt faktisch einem Lohnstopp gleich. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte haben die Gewerkschaften streiken müssen, um einen Lohnabbau zu verhindern und nach dreiwöchigem Streik einem Vertrag zugestimmt, mit dem auf eine Erhöhung des Realeinkommens verzichtet wurde. Nach den letzten Tarifabschlüssen in der chemischen Industrie, die ebenfalls nur durch Streiks erzwungen werden konnten, ist dies die zweite Tarifrunde, in der die Gewerkschaften die Erfahrungen machen müssen, daß ihr tarifpolitisches Instrumentarium stumpf geworden ist. Die seit den Septemberstreiks wachsende Streikbereitschaft der Arbeiterklasse findet in der jetzigen Organisationsform der Gewerkschaften und den durch diese Organisationsform bestimmten Bedingungen der Tarifauseinandersetzungen nicht mehr ihren angemessenen Ausdruck. Das klägliche Ende dieser Tarifauseinandersetzung war vorhersehbar. Vermeidbar ist ein solches Ende erst dann, wenn die Arbeiter nicht mehr die Statisten in ihrem eigenen Kampf sind.

HEINZ HAUSER

Die FR und der „Fall Gerold"

Die „Frankfurter Rundschau", der Karl Gerold in Personalunion als Verleger, Herausgeber und Chefredakteur voransteht, gefällt sich in der Rolle eines späten Nachfahren von Zolas „J'accuse"; direkt, so ihre Pose und ihr Image, will sie mahnen, um zu bessern. Die FR glaubt an eine Wendung zum Guten; gegebene Zustände sollen nicht abgeschafft, sondern reformiert werden. Und seinem Selbstverständnis nach steht Gerold — sozialliberal, „aufgeklärt-kapitalistisch" und in diesem Rahmen kritisch — an der Spitze der Reformkräfte, die sich in natürlicher Konsequenz um seine Zeitung scharen. Auflagenhöhe, öffentliche Ehrungen und Kontakte mit der ehrenwerten Gesellschaft derer aus Politik, Wirtschaft und Kultur bestätigen Gerold in seiner Zuversicht auf die Reformierbarkeit. So schlimm kann es doch nicht sein: die weihnachtliche Spendenaktion mobilisiert 1971 rund 90.000 DM, mehr als 60 % der Bevölkerung sollen die Ostverträge begrüßen — was die CDU jetzt sogar Kulenkampff anlastet! — kurz: Gerold sieht eine (seine) Chance. Zwar gibt es noch Strauß, die Ewiggestrigen, aber Geralds Gedichte, seine pathetisch-moralisierenden Artikel und die FR insgesamt werden schon noch helfen, ihren Einfluß zurückzudrängen. Zu diesem Zweck formiert Gerold seine Redaktion als „Kampftruppe" in Sachen sozialliberaler Manipulation.

In diese formierte Gesellschaft, in diese heile Welt seiner Redaktion sah Gerold Unfrieden einkehren. Einer erdreistet sich, in einem von ihm herausgegebenen Buch („Die Tabus der bundesdeutschen Presse", Hanser Verl., 136 S., 7,80 DM) auch die FR kritisieren zu lassen, Eckart Spoo, dieser eine, gilt deshalb für Gerold nicht mehr als anständiger Mann. Ihm wird „aus wohlüberlegten Gründen" fristgerecht gekündigt, war doch Gerold, seiner Darstellung zufolge („Wahrheiten statt Verdrehungen" in: FR, 18. 12. 71, S. 3), über der Kritik „fast vom Stuhl gefallen". Die Kündigung ist so Rache für diesen Beinahe-Podeststurz. Das ist so selbstverständlich, daß Gerold auf eine Aktion zugunsten einer Zurücknahme der Kündigung erst reagiert, als diese sog. „Aktion Pressefreiheit" per Anzeige an die Öffentlichkeit tritt (FR, 18. 12. 71, S. 6).

Nachdem die FR bis dato nur in zwei Kurzmeldungen auf die Entlassung ihres Münchner Korrespondenten, Spoo, eingegangen war, äußert sich Gerold, notgedrungen, am 18. 12. ausführlich. Spoo ist nämlich auch Bundesvorsitzender der sich für „innere Pressefreiheit", Redaktionsstatute und vor allem für ein Bundes-Presserahmengesetz engagiert einsetzenden „Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier" (dju); der Protest gegen seine Kündigung sieht in der Entlassung „eine Gefahr für die ohnehin schwer angeschlagenen Informations- und Meinungsfreiheit", „weil der eigentliche Grund . . . in der politischen Arbeit und publizistischen Aktivität Spoos . . . gesehen wird" (so die „Aktion Pressefreiheit"). Auch erscheint es nicht als Zufall, daß gleichzeitig mehrere in der dju organisierte Journalisten entlassen worden sind. Die Gründe der Kündigung Spoos werden angezweifelt. Die IG Druck strebt ein Verfahren an (dazu Gerold: „. . . Ihr Herren von der Gewerkschaft. Auf welchem Wege befindet Ihr Euch? Ich warne Euch . . ."). Öffentliche Kritik an Geralds Entscheidung schwillt schließlich so an, daß endlich auch Gerold reagieren muß. Jetzt begründet er die Entlassung ausführlicher, wobei er zeigt, daß der „Fall Spoo" tatsächlich ein „Fall Gerold" ist.

Geralds „Antwort auf eine Kampagne" demonstriert eindringlich, wie wichtig es ist, Zeitungen den Händen ihrer Verleger zu entwinden. Ansonsten steht gekränkter Eitelkeit das Mittel der Kündigung zu. Denn am 8.12.70 hat Wolfram Schütte ausführlich und positiv über den Kongreß „Tabus der deutschen Presse" berichtet, was die vom Springer Verlag herausgegebenen internen „Nachrichten" (Dez. 70, S. 8 f) kritisierten. Die Wiedergabe der Kongreßreferate in dem von Spoo herausgegebenen Sammelband aber führt jetzt zur Kündigung, womit Gerold (ungewollt?) Springers heimlichen Wunsch einlöst (vgl. „Nachrichten", Sept. 70, S. 7 ff, Mai 71, S. 3), womit Gerold aber vor allem die Systemaffirmativität seiner FR aufzeigt.

Gerold moniert drei Stellen des außerordentlich wichtigen und total Neuland beschreitenden Sammelbandes: zwei Fußnoten (S. 58, 65 f) und einen kurzen Abschnitt (S. 55). Eine Fußnote unterstreicht den Alibicharakter der FR-Altenhilfsaktion. Der Abschnitt charakterisiert: „. . . auch in der FR wird nicht versucht, volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu analysieren. Ihre Kritik bewegt sich im Rahmen des gegebenen Systems, offenbar im Glauben, daß innerhalb dieser Ordnung ein befriedigender Interessenausgleich möglich sei . . ." Beide Feststellungen dürften zu verifizieren sein, auch wenn Gerold darüber vom Stuhl fallen sollte. Die Kündigung wird denn auch am stärksten auf die zweite Fußnote gestützt. Ohne Namensnennung heißt es dort, Kurt Simon sei gleichzeitig FR-Wirtschaftsredakteur und publizistischer Unternehmensberater. Diese Aussage ist falsch. Gerold kreidet Spoo an — per Kündigung — daß dieser die Unwahrheit veröffentlicht hat und dadurch redaktionellen Unfrieden stiftete. Gerold bezeichnet dies „mindestens als ‚moralischen Hausfriedensbruch'"; er fürchtet die Spaltung seiner „Kampftruppe". Damit zeigt er sich als autoritärer Patriarch, dem eine kritische Distanz zur eigenen Realität unerwünscht ist. Leitwert ist einzig „notwendige Geschlossenheit".

Gerold hat die Macht, diesen Verzicht auf Selbstkritik durchzusetzen. Es gibt kein Redaktionsstatut. Der Alleinherrscher läßt sich in die inhaltliche und personalpolitische Gestaltung seines Organs nicht hineinreden; Liberalismus findet seine Grenzen — wie solte es anders sein — am Eigentum, an den Nutzungsrechten. Der „Fall Gerold" steht deshalb für die Dringlichkeit, Redaktionsstatute als Minimalziel zu fordern, Redaktionsbeiräte mit inhaltlichen und personalpolitischen Mitwirkungsrechten zu etablieren, Ansätze zu herrschaftsfreier und damit rationaler Diskussion zu institutionalisieren. Wenn die FR ihren Ruf nicht endgültig aufgeben, sondern einlösen will, sollte sie hier schnellstens Terrain aufholen (z. B. gegenüber dem „Stern", der „Süddeutschen", der „Neuen Ruhr Zeitung").

Wolfram Schüttes Bericht zitierte in diesem Sinne eine Aussage Ulrich Sonnemanns auf dem Kongreß „Tabus der deutschen Presse": „Nur der linkeste Liberalismus ist in Deutschland überhaupt welcher." Bislang aber dokumentiert die FR unter Karl Gerold, wie die Kündigung Spoos zeigt, einen anderen Tatbestand, den Schütte auch benannt hat: „aufklärerische Publizistik (kann) unter dem Druck der Verhältnisse verkümmern." Die FR leistet dem zusätzlich Vorschub, insofern sie die Verhältnisse lediglich personalisierend kritisiert und sie nicht auf ihren Begriff bringt.

EIKE HENNIG

Gastarbeiter und Klassenbewußtsein

Wenn man heute sagt, die Gastarbeiter eigneten sich die Werte und Verhaltensweisen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Industrieländern an, bedeutet dies zweierlei: einerseits, daß die Gastarbeiter aus einem potentiellen „Revolutionsmilieu" entrissen werden, und andererseits, daß sie ein Bewußtsein entwickeln, das dem der Arbeiterklasse in den Industrieländern ähnelt. Ersteres findet sowohl bei den aus Agrargebieten herkommenden, als auch bei den aus städtischen Bereichen stammenden Gastarbeitern statt. Durch die Berührung mit einer „Konsumgesellschaft" machen sie sich mit der Zeit deren Werte zu eigen: Das Eigenheim, einen selbständigen Beruf, die Erweiterung des eigenen Hofes, den Kühlschrank und das Radio, den Waschautomaten und die Stilmöbel, schließlich den PKW. Die einheimische Arbeiterklasse im Aufnahmeland übt auf diese Weise einen „Demonstrationseffekt" auf die Gastarbeiter aus. Sie identifizieren sich sogar mit den Verhaltensnormen und Gewohnheiten der einheimischen Arbeiterklasse, und zwar nicht mit dem Teil, der finanziell schlecht auskommt, sondern mit denen, die sich zu einer „Arbeiteraristokratie" entwickelt haben. Gerade diese Konfrontation mit den Konsumnormen der eigenen Klasse im Aufnahmeland, die relative Lösung seines Existenzproblems, und darüber hinaus seine sich mit der Zeit bessernde finanzielle Lage, die es ihm ermöglicht, den im Vergleich zu seinem Herkunftsland höheren Lebensstandard der Arbeiterklasse des Aufnahmelandes zu erreichen, schließlich — was wichtiger ist — das Ausmalen der Möglichkeit eines noch höheren Lebensstandards in der Zukunft, verschleiern für den Gastarbeiter den sich im Emigrationsprozeß äußernden Ausbeutungsmechanismus. Er gewinnt vielmehr den Eindruck einer gesicherten Existenz, und es wird dadurch verhindert, daß er die wackeligen Grundlagen erkennt, die seinen Arbeitsplatz bereitstellen. Daraus ergibt sich die Vorstellung, daß sich der Gastarbeiter für sein Herkunftsland die Errichtung von ähnlichen Verhältnissen wünscht. Kapitalisten, Staat und Gewerkschaften im Aufnahmeland sorgen dafür, daß diese Einstellung unter den Gastarbeitern Fuß faßt.

Noch ein anderer Faktor führt aber die Gastarbeiter zu solchen „evolutionistischen" Einstellungen, nämlich die Tatsache, daß durch die Auswanderung ihr persönliches Problem gelöst wird. Die Gastarbeiter bleiben im Aufnahmeland vereinzelt; sie entwickeln in ungenügendem Maße ein kollektives Klassenbewußtsein. Dafür sind ihre Existenzbedingungen und ihr niedriges Bildungsniveau einerseits, andererseits aber die fehlende politische Organisierung der Gastarbeiter als solche verantwortlich. Jedesmal, wenn es dazu kommt, daß sich ein gereiftes Klassenbewußtsein der Gastarbeiter in einer anderen politischen Organisation artikuliert als der nach ihren Heimatproblemen gerichteten Sektionen der traditionellen politischen Parteien, wird es sowohl von den Organen der heimatlichen Regierungen im Aufnahmeland, die die Gastarbeiter terrorisieren, als auch von den politischen und gewerkschaftlichen Organisation des Aufnahmelandes im Namen der „Gemeinsamkeit der Interessen" im Keim erstickt.

Damit beschränkt sich die Beschäftigung mit Politik auf tagespolitische Entwicklungen in der Heimat. Sie ist dazu national ver-

einzelt und darüber hinaus unkoordiniert. Die existierenden politischen Organisationen der Gastarbeiter in den Aufnahmeländern haben kaum gesellschaftspolitische Konzepte für die Emigration entwickelt. Ihr Problem bleibt an erster Stelle die politische Situation zu Hause, nicht etwa die Situation als Gastarbeiter im Aufnahmeland, deren Ursache die politische Situation in ihrem Heimatland ist. Sie kämpfen also primär gegen die Regime ihrer Heimatländer und erst gelegentlich, wenn überhaupt, gegen die Ausbeutung, der sie im Aufnahmeland ausgesetzt sind. Dies bedeutet einerseits das Fehlen einer hinreichenden Einsicht in den Zusammenhang zwischen den strukturellen Schwächen des Kapitalismus in ihrem Heimatland und den entwickelteren Verhältnissen in den Aufnahmeländern, und andererseits die Betrachtung der Emigration als kurzfristig; sie selber betrachten nämlich ihre Auswanderung — wenigstens am Anfang — als provisorisch.

Es darf auch nicht verkannt werden, daß Mitglieder revolutionärer politischer Organisationen zum großen Teil Gastarbeiter sind, die schon vor ihrer Emigration politisch ausgebildet waren und ein Klassenbewußtsein entwickelt hatten. Auf diesen Teil der Gastarbeiter sind hauptsächlich spontane Proteste, Streiks und Demonstrationen zurückzuführen.

Die große Masse der Gastarbeiter bleibt jedoch vereinzelt und politisch unorganisiert. Psychologisch übertragen sie dann die Verantwortung für ihr „verbessertes Schicksal" den im Aufnahmeland herrschenden Verhältnissen, die sie nicht zu durchschauen imstande sind. Darüber hinaus kommt es dazu, daß, wenn sich die Verhältnisse im Heimatland nicht nach den hier gebildeten Mustervorstellungen ändern, der animus revertendi abnimmt. Aus dem Gastarbeiter wird ein Einwanderer, die Aufenthaltsdauer verlängert sich. Die „Entrevolutionierung" der Gastarbeiter ist dadurch ein fait accompli. Man könnte sogar eine fast gesicherte Relation feststellen: je länger nämlich der Aufenthalt dauert, desto vollkommener wird der Identifikationsprozeß der Gastarbeiter mit den Lebensnormen und Lebensgewohnheiten der einheimischen Arbeiterklasse.

MARIOS NIKOLINAKOS

Entwicklungshilfe nach Renger

Neue Formen der Hilfe für die Dritte Welt zeichnen sich am Horizont ab! Was sind die als Entwicklungshilfe getarnten, vom Steuerzahler subventionierten Privatinvestitionen in der Dritten Welt, was sind die verschleiernden Aktionen „Brot für die Welt" und „Misereor" gegen die neuen, man möchte fast sagen revolutionären Gedanken der Frau Annemarie Renger? Sie, die als Bundestagsmitglied der SPD zwar nur dem „Wohle des ganzen deutschen Volkes" verpflichtet ist, denkt und fühlt weiter. Mehr noch! In einer

Annemarie Renger: dpa
Anstellung beim Schah?

großartigen Synthese, deren Tragweite heute noch gar nicht zu übersehen ist, verknüpft sie das Wohl der deutschen Großverdiener mit den Interessen derer, die auf dieser Welt noch hungern müssen, arbeitslos sind und sich noch nicht von den so geschätzten europäischen und amerikanischen Konzernen ausbeuten lassen dürfen. Kurz: Sie fordert, daß der „starke Bedarf an Haushaltspersonal in der Bundesrepublik durch die Verpflichtung von Bediensteten aus Entwicklungsländern gedeckt wird". Man kann dieser Forderung nur zustimmen! Wenn man bedenkt, daß jede deutsche Hausfrau vor Weihnachten im Durchschnitt vier Zentner nach Hause schleppte, liegt die Notwendigkeit für die „Beschaffung von Personal aus dem außereuropäischen Ausland" klar auf der Hand. Zwar ist die überwältigende Mehrheit der deutschen Hausfrauen leider eine solche Art Arbeit gewöhnt und wird sich ohne Krise diese Bürde in den nächsten Jahren nicht nehmen lassen, doch der verfeinerte Geschmack der Damen von Welt wüßte einen kongolesischen Gepäckträger, einen Boy aus Malaysia oder einen indonesischen Koch wohl zu schätzen. Die Folgen jeder Form von Arbeitslosigkeit könnten gemildert werden. Dem arbeitslosen Aktienbesitzer einen arbeitslosen indischen Fakir zum Meditieren, eine schwarze Mammy für die kleinen, einen studierten persischen Haussklaven für die Bildung der älteren Kinder. Doch es wird nicht nur den Großverdienern geholfen! Durch die importierten Hausangestellten wird die qualifizierte Arbeit von Ingenieurinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen und ausgebildeten weiblichen Angestellten wieder für den Arbeitsprozeß frei verfügbar. Jedem ist geholfen. Die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern „wird gemildert", die Arbeitslosigkeit der Profiteinstreicher wird verschönt und die Wirtschaft wächst dank neuer qualifizierter Arbeitskräfte. Es muß wiederholt werden: Frau Renger ist eine kluge, weitdenkende Frau. Sie sollte zur Hausangestellten beim Schah von Persien befördert werden.

MATHIAS WALTER

Krieg in Südasien

An dieser Stelle sollte ein Kommentar zum indisch-pakistanischen Konflikt stehen. Bei der Diskussion der Entwürfe hierzu ergab sich jedoch, daß unsere Kenntnisse und Informationen nicht ausreichten, um mehr als allgemeine Aussagen machen zu können. Natürlich sehen wir, daß es bei den Konflikten zwischen West- und Ostpakistan und zwischen Indien und Westpakistan vornehmlich um Interessen der jeweiligen bürgerlichen Eliten geht. Ihnen ist es weitgehend gelungen, auch die anderen Klassen zum Teil durch nationalistische Parolen, zum Teil wie in Ost-Bengalen durch die Hoffnung, daß nationale Befreiung auch die Befreiung aus Elend und Knechtschaft schlechthin bringen würde, für ihre Ziele zu mobilisieren. Wir können ebenfalls ausmachen, daß in dem Konflikt auch sozialrevolutionäre Momente sichtbar werden. Am deutlichsten wird dies in Ost-Bengalen, wo sozialrevolutionäre Opposition schon in vergangenen Jahren immer wieder virulent geworden ist, und wo die selbständige Organisation des Widerstandes gegen die westpakistanischen Truppen anscheinend die sozialrevolutionären Kräfte gestärkt hat. Für die indischen Sieger ergeben sich hieraus wahrscheinlich Schwierigkeiten, denn an einem starken Einfluß dieser Kräfte auf den neuen Staat Bangla Desh oder gar an ihrer Vorherrschaft kann den indischen Herrschaftseliten nicht gelegen sein. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Verzögerung des Truppenabzuges durch Neu Delhi nicht etwa mit solchen erwarteten oder schon auftretenden Schwierigkeiten zusammenhängt. Wir sehen ferner, daß innerhalb Westpakistans sich Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen der Herrschenden abspielen und daß dort vermutlich ein Elitenwechsel auf der Tagesordnung steht.

Doch bei allen Problemen reichen unsere augenblicklichen Informationen nicht aus, um genauere Einschätzungen vorzunehmen. Wir können weder die Stärke und die Probleme der sozialrevolutionären Bewegung und ihrer einzelnen Gruppierungen in Bangla Desh ausreichend beurteilen, noch können wir die Tendenzen hinreichend erkennen, die sich aus den Fraktionskämpfen in Westpakistan entwickeln.

In einer ähnlichen Lage befinden wir uns in Hinblick auf die Politik der UdSSR und Chinas. Beide Staaten haben mit bürgerlichen oder reaktionären Regierungen paktiert. Beide haben anscheinend wenig dazu beigetragen, die sozialrevolutionären Bewegungen in den drei südasiatischen Ländern zu fördern. Wahrscheinlich haben sie eher versucht, ihren Einfluß zu nutzen, um diese Bewegungen ihren spezifischen Interessen dienstbar zu machen. Aber wiederum müßten wir mehr wissen, um die sowjetische und die chinesische Position über allgemeinste Bestimmungen hinaus zu analysieren und dadurch ihre Ziele verständlich zu machen. Auch die Auseinandersetzung mit den wohl eher der jeweiligen Rechtfertigung dienenden Thesen der nach Moskau bzw. Peking orientierten Gruppen bedarf einer detaillierten Analyse der tatsächlich betriebenen Politik dieser Großmächte, wenn mehr als nur Gegenüberstellung von Behauptungen erreicht werden soll.

Wir verzichten deshalb in dieser Nummer auf einen Kommentar über die Ereignisse in Südasien. Dies nicht, um dem Thema auszuweichen, sondern vielmehr, um ihm nach gründlicherem Studium der Situation und der Ereignisse besser gerecht werden zu können.

DIE LINKS-REDAKTION

●

Neu im Bücher- & Papervertrieb

IMD Heft 13: Martin Nicolaus: Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel. Ernest Mandel: Die Widersprüche des Imperialismus. DM 8,—

IMD-Arbeitspapier 4: Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Eine Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua. DM 2,30

Etwa ab 2. Januarhälfte Sozialistische Betriebskorrespondenz: Analysen der Metall- und Chemie-Tarifrunden 1971. DM 1,—

Materialien zur Unterrichtspraxis: Unterrichtseinheit ARBEIT. Ca. DM 5,—

Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes: Dokumentation zu den Auseinandersetzungen an der Gesamtschule Fröndenberg und den Schüleraktionen an der Gesamtschule in der Nordweststadt Frankfurt. DM 2,50

Bezug über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Sozialismus und Devisen

Vorläufige Anmerkungen zur Situation in Jugoslawien

Die amerikanischen Marxisten Hubermann und Sweezy prägten 1964 in einer Auseinandersetzung mit der chinesischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens die Paraphrase des „friedlichen Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus". (1) Die Ereignisse der vergangenen Wochen in Kroatien lassen daran zweifeln, daß die sozioökonomische und politische Entwicklung in diesem Lande unbedingt friedlich verläuft. In einer Rede vor Gewerkschaftlern in Belgrad Mitte Dezember beschwor Tito das Gespenst des Bürgerkriegs: binnen eines halben Jahres wäre er unausweichlich ausgebrochen, hätte die Parteiexekutive des Bundes nicht eingegriffen, so meinte er.

Huberman/Sweezy wußten natürlich — und sie betonten es in ihrer Kritik der chinesischen Deutung — daß die Wandlungsprozesse des jugoslawischen Gesellschaftssystems zu komplex und vieldeutig sind, um sie in der zitierten verkürzenden Formel voll erfassen zu können. Jene ökonomischen Reformmaßnahmen, die geeignet sind, die allgemeine Entwicklungsrichtung der Paraphrase zu stützen, trugen jedoch ohne Zweifel zur Entstehung und Verschärfung der Konflikte bei, die sich jetzt in Zagreb manifestierten. Es geht hierbei um rechtliche und institutionelle Absicherungen einer zunehmenden Freisetzung gesellschaftlicher Partialinteressen. Daß die damit aufkeimenden Konflikte in Jugoslawien die Form nationaler Auseinandersetzungen annehmen, ist historisch erklärbar; diese Form jedoch mit Ursache und Inhalt der Gegensätze zu verwechseln — wie in der Presse der BRD allgemein — ist Ausdruck der bürgerlichen Unfähigkeit zu einer erklärungsfähigen Sozialanalyse.

An jene Publizisten, denen die historischen Rivalitäten zwischen Serben und Kroaten ein zureichender Erklärungsgrund sind, wäre die Frage zu richten, weshalb diese Konflikte nicht in den fünfziger und frühen sechziger Jahren fortdauerten, als doch die politischen Kämpfe im Königreich und die Exzesse des klerikal-fachistischen Ustascharegimes in Kroatien gegenwärtiger waren als heute? Die Antwort, die Artikulierung nationaler Interessen sei in jener Zeit rigoros unterdrückt worden, würde nicht voll überzeugen, wenn auch dieser Umstand nicht ungeprüft geleugnet und als Erklärungsgrund neben anderen konzediert werden mag. Jedoch lassen sich nicht alle Formen nationaler Manifestationen unterbinden, und nach dem Urteil vieler damaliger Beobachter war selbst der latente Nationalismus in Kroatien im Schwinden begriffen.

Zudem waren jene — tatsächlichen oder auch einseitig interpretierten — Verhältnisse, die kroatische Kreise heute zum Anlaß ihrer nationalistisch akzentuierten Forderungen nehmen, in jenen Jahren spürbarer ausgeprägt als nach den Verfassungsreformen von 1963 und 1970 und nach der Wirtschaftsreform von 1965. Aber offensichtlich waren die damaligen Bestrebungen des Bundes der Kommunisten sowie der bundesstaatlichen Instanzen, die Herausbildung eines jugoslawischen Nationalgefühls zu fördern, das sich auf die gemeinsamen sozialistischen Produktionsverhältnisse gründet, nicht erfolglos. Diese Versuche, Veränderungen im Bereich des politisch-ideologischen Überbaus zu bewirken, hatten noch eine Fundierung in der Gestaltung der Produktionsverhältnisse, wo z. B. durch eine weitgehende Abschöpfung der betrieblichen Gewinne die gesellschaftliche Verfügung über das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt gewährleistet war.

Dem stufenweisen Abbau der gesellschaftlichen Aneignungen und Verfügung (bis zur fast vollständigen Aufhebung nach 1965) entsprach im weiteren Verlauf jedoch die sukzessive Freisetzung partieller sozialer Interessen, und zwar sowohl betrieblicher, kommunaler, einzelrepublikanischer wie auch individueller. Den wachsenden Widerspruch zwischen andauernder verbaler Proklamierung sozialistischer Normen und der tatsächlichen Installierung von Konkurrenzverhältnissen und Chancen individueller Bereicherung konstatierte Mihailo Marković bereits 1965. (2) So bildeten sich schließlich Denk- und Verhaltensweisen sowie ein Interessenverständnis heraus, aus dem z. B. die Forderung erwächst, die in der Teilrepublik Kroatien geschaffenen Devisen müßten hier verbleiben. Genuin sozialistisch gesehen ist dieser Anspruch ähnlich grotesk wie die überkommenen Grenzen Kroatiens, die die devisenträchtige Verwertung z. B. der Küste um Dubrovnik dieser Republik und nicht dem ‚armen' Bosnien-Herzegowina ermöglicht. Diese Feststellung ist jedoch kein Plädoyer für die derzeitigen Praktiken der Devisenbewirtschaftung in Jugoslawien, die offenbar nicht in Richtung gesamtgesellschaftlicher Nutzung wirkt, sondern ein nationales Partikularinteresse zulasten eines anderen fördert. Wir werden darauf in einer gründlicher belegten Untersuchung zurückkommen.

Wie geht es weiter? Tito fordert, der Bund der Kommunisten müsse aus seiner Passivität heraustreten, die Arbeiterschaft müsse stärker zur Mitentscheidung in der Partei herangezogen werden. Nun gehört jedoch eben diese ‚Passivität' der Partei zu den zentralen Elementen der jugoslawischen reformkommunistischen Konzeption, und es scheint äußerst fraglich, ob diese künftig einmal problematisiert wird. Bisher wurden jedenfalls alle Übel bei ‚kominformistischen' und ‚etatistischen' Tendenzen gesucht, unter die man unbedenklich alle Befürwortungen gesamtgesellschaftlicher Prioritäten subsumierte. Titos Eingeständnis offenbar weitgehender Ausschaltung der Arbeiterschaft von der politischen Willensbildung wirkt ausgesprochen fatal angesichts des Umstands, daß der Beitrag jugoslawischer Theoretiker zur neueren Diskussion um Konzeptionen sozialistischer und kommunistischer Gesellschaften vornehmlich in der Denunziation des ‚etatistischen Sozialismus' sowjetischen Typs besteht, für den die politische Entrechtung der Arbeiter kennzeichnend sei. Sollte vielleicht in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen beiden ‚Modellen' gar nicht so groß und die Einschränkung der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt der Parteibürokratie in Jugoslawien weniger zugunsten der Werktätigen, als vielmehr der Bürokraten der öffentlichen Administration und der Technokraten der nach Abschaffung verbindlicher Wirtschaftsplanung nicht mehr mit gesamtgesellschaftlichen Interessen verbundenen Betriebe erfolgt sein?

HANSGEORG CONERT

Anmerkungen:
1) Bettelheim, Dobb u.a. Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969, Wagenbach-Rotbuch Nr. 11 S. 33 ff.
2) Marković, M.: Die moralische Integrität der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft, in: ders.: Dialektik der Praxis, Frankfurt/M. 1968, insbes. S. 173

Aus der Türkei nichts Neues

Es ist still geworden um die Türkei. Dies nicht nur, weil der Blätterwald über Ost-, Nahost- und Mittelostpolitik genug zu schreiben hat und so dem türkischen Terror die Schau gestohlen wurde, sondern vielmehr weil die Publizierung militärischer Unterdrückung, bestialischer Folterungen und der Praktizierung des Ausnahmerechts abträglich für die Legitimation des „westlichen" Lebensstils, ihrer Herrschaftsordnung ist. Für ein türkisches Persepolis aber sind die Verhältnisse im Lande noch zu ungeklärt und Kemal Atatürks Erbe noch zu brisant. Nur kleine Notizen gelangen dann und wann in unsere Zeitungen, die anscheinend widersprüchlich auch den Interessierten im Unklaren lassen: Der von den Militärs eingesetzte und bestimmt gegenüber bürgerlichen Verfassungsrechten nicht zimperliche Ministerpräsident Erim droht zurückzutreten, Minister werden ausgewechselt und die Gefahr einer Machtübernahme durch das Militär soll, obwohl es selbst die Regierung de facto einsetzte, als Damoklesschwert über allem hängen.

Wie reimt sich das?

Obwohl die Einzelheiten von aussen kaum auszumachen sind, lassen sich doch die groben Strukturen erkennen. Das Militär in der Türkei war über viele Jahrhunderte Träger der Expansion des osmanischen Reiches über weite Teile Europas und Asiens. Es war aber später auch Träger der Modernisierungsbestrebungen, als die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Mitteleuropa mit ihren Fortschritten in Produktion und Technik die Türkei zu einem zweitrangigen Staat werden ließ. Der Etatismus des Generals Kemal Atatürk, verbunden mit seinem nationalen Kampf gegen die nach dem ersten Weltkrieg die Türkei fleddernden imperialistischen Großmächte, stellte den Höhepunkt des Bemühens dar, den Vorsprung der europäischen bürgerlichen Staaten einzuholen und der Türkei wieder einen gleichrangigen Status zu sichern. Vorbild hierfür waren nicht neue gesellschaftliche Muster, etwa wie sie sich nach 1917 in der Sowjetunion anbahnten, sondern die kapitalistischen Staaten selbst. Der national-türkische Weg zum Kapitalismus kollidierte natürlich mit den Interessen der imperialistischen Mächte, deren Einfluß stark beschnitten wurde. Er kollidierte aber auch mit den kurzfristigen Interessen der privaten türkischen Kapitaleigner, die zugunsten allgemeiner Ziele des Aufbaues an die Kandare gelegt wurden.

Der Zweite Weltkrieg schuf jedoch Wandel. Er eröffnete neue Export-Möglichkeiten, stärkte dadurch privates Kapital und führte die westliche Vormacht USA ins Mittelmeer-Gebiet. Der Weg des Atatürk brach ab, obwohl die Türkei nach wie vor ein unterentwickeltes Land war, das der Konkurrenz mit den fortgeschrittenen kapitalistischen Industriestaaten nicht gewachsen war. Türkisches und vor allem ausländisches Kapital gestalteten die weitere Entwicklung, das Unvermeidliche trat ein: Planlosigkeit des wirtschaftlichen Aufbaus, wachsende Verschuldung, rapide Inflation, Verelendung der Massen und zunehmende Abhän-

Angela Davis

Ende Januar 1971 beginnt voraussichtlich der Hauptprozeß gegen Angela Davis. Der Prozeß wird sich über mehrere Monate erstrecken (die Geschworenenwahl im Prozeß gegen Bobby Seale dauerte seinerzeit knapp zwei Monate). Wir bitten jetzt alle ausgefüllten Unterschriftslisten an das Sozialistische Büro zu schicken und neue Listen zur Fortsetzung der Unterschriftenaktion anzufordern. Das Angela Davis Solidaritätskomitee plant zum 29./30. April 1972 einen zentralen Solidaritätskongreß in Frankfurt. Nähere Informationen hierüber in der nächsten Ausgabe „links".

gigkeit von ausländischem Kapital, das oft, das Chaos noch steigernd, in rivalisierenden Gruppen auftrat. Vom eigenen türkischen Weg zum Kapitalismus blieb nur die Erinnerung und anscheinend bei weiten Teilen aller Klassen und fast aller Schichten die Hoffnung auf einen neuen Kemal. Für das Auslandskapital aber und die verbündete Kompradoren-Bourgeoisie sind jedoch die Kemalisten Feinde. Man erinnert sich noch allzu gut an die im etatistischen Weg gezogenen Grenzen. So wird deshalb gegenwärtig die Armee rigoros von kemalistischen Elementen gereinigt, denn im Gegensatz zu den 20er Jahren sind die Spitzen des Militärs mittlerweile via NATO- und CENTO-Kooperation in die Reihen der imperialistisch orientierten Kompradoren-Bourgeoisie übergegangen. Sichtbarer Ausdruck dessen ist die gemeinsame Pensionsklasse der Offiziere, mit deren Kapital sie in die im wesentlichen vom Ausland beherrschten Wachstumsindustrien des Landes eingestiegen sind. Aus dieser Sicht wird das häufig als so wichtig erachtete Problem, ob das Militär direkt die Macht ergreift oder ob dies verhindert werden könne, zu einer Frage der opportunsten Herrschaftstechnik und der nach außen besten Legitimation. Man kann schließlich aus den Fehlern der griechischen Obristen lernen.

Die Schwierigkeiten des Ministerpräsidenten Erim resultieren denn auch kaum aus seinem Verhältnis zum Militär, sondern aus den Fraktionskämpfen zwischen rivalisierenden Gruppen und Schichten des Bürgertums. Dazu gehören Kämpfe zwischen Bankengruppen, die differierenden Erwartungen der Großgrundbesitzer, des kleineren, nicht an das Ausland gebundenen Kapitals und des mit den kapitalistischen Industriestaaten verbundenen türkischen Kapitals an die Regierungspolitik. Sie wollen den Staat für ihre speziellen, sich häufig widersprechenden Ziele einspannen. Deshalb ist auch die Ankündigung der Regierung in Ankara, Reformen durchführen zu wollen, nicht nur Augenwischerei für Gutgläubige. Nur handelt es sich hierbei eben nicht um Reformen im Interesse der Masse der Bevölkerung, sondern um Reformen im Interesse bestimmter Fraktionen der Herrschenden. Aber nicht nur hieraus stammen Erims Nöte, sondern vor allem aus der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes. Gegenüber den rivalisierenden Fraktionen kann er hoffen, sich dank der starken Position des Militärs, seiner guten Verbindungen zu den NATO-Staaten und der aussichtslosen Lage der Kemalisten zugunsten des ausländischen Kapitals und der Kompradoren-Bourgeoisie durchzusetzen. Aber das bedeutet für die Zukunft weiter geringe Rücksichtnahme auf eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und auf die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung, also eine weitere lange Strecke der Entbehrung.

Damit auf diesem langen Marsch des Elends mit ungewissem Ziel das Gesellschaftssystem nicht von der ausgequetschten Bevölkerung gestürzt wird, sollen schon jetzt jegliche Ansätze des Protestes und der Neuorientierung beseitigt werden. In diesem Punkt sind sich alle Fraktionen der Herrschenden einig: die Linke zu zerschlagen und die Linken zu liquidieren. Dabei noch das Odium des Terrors auf die Opfer selbst zu lenken, ist eine herrschaftstechnisch erwünschte und publizistisch intensiv verfolgte Zugabe. Zwar werden Unterdrückung, Elend und wachsende Proletarisierung der Bevölkerung immer wieder die Voraussetzungen für neue Proteste und zunehmenden Widerstand schaffen, trotzdem bedarf es in der für die türkische Linke schwierigen gegenwärtigen Phase mehr denn je der internationalen Hilfe. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit entsprechenden linken Gruppierungen unter den türkischen Gastarbeitern kann in der Bundesrepublik ein wichtiger Hebel zu diesem Zwecke sein.

ANDREAS BURO

Türkei-Solidarität

Unterstützt die türkischen Genossen. Verbreitet den Türkei-Report (DM 2,50). Sammelt Unterschriften für die „Aufforderung an Bundespräsident und Bundesregierung" und für die Protest-Karten an den türkischen Staatspräsidenten. Spenden an das Sonderkonto Türkei-Solidarität, Bank für Gemeinwirtschaft Nr. 17 439 961, Niederlassung Offenbach.

Die Materialien über
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591.

Die Bürde des weißen Mannes in Afrika

Der alternde Staatsmann Sir Douglas-Home, einst Mitstreiter des Briten-Premiers Chamberlain in Münchner Tagen, hat seinen großen letzten Erfolg errungen, so tönte es aus den Massenmedien. Rhodesien und England haben sich ausgesöhnt. Aussöhnung klingt so wie Frieden, und Frieden ist gut. Das Zwischenspiel, der Konflikt Englands mit seiner ehemaligen Kolonie Rhodesien, eine Farce in der Tragödie, ist im letzten Akt in Salisbury zu Ende gegangen. Über die haarsträubenden Bedingungen, unter denen England bereit war, den Streit zu beenden, und die nur als Kapitulation auf Kosten der schwarzen Bevölkerung gewertet werden können, ist genug bekannt geworden. Auch hörte man von den 800 Mill. DM, die England jährlich durch

Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Norbert Altmann · Klaus Düll · Guido Kammerer
Öffentliche Verwaltung
Modernisierung als gesellschaftliches Problem – RKW-Projekt 90
120 Seiten, kartoniert 7,– DM

Aake Anker-Ording
Betriebsdemokratie
Gesellschaftlicher Fortschritt durch Mitbestimmung
Mit einem Vorwort von Peter v. Oertzen
7., völlig überarbeitete Auflage
152 Seiten, kartoniert 12,– DM

Die neue Arbeiterklasse
Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus
Texte von Serge Mallet, Manuel Bridier, Ernest Mandel, Alain Touraine u. a.
Herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter
224 Seiten, kartoniert 9,– DM

Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung
Eine Textsammlung
Herausgegeben und eingeleitet von Ernest Mandel
468 Seiten, 29,– DM

Eric Ertl
Alle Macht den Räten?
Zur Theorie und Praxis der Rätebewegung
2. Auflage 1969, 104 Seiten
kartoniert 7,– DM

Oskar Negt
Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen
Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung
6., völlig überarbeitete Auflage
kartoniert 8,– DM

Oswald v. Nell-Breuning
Mitbestimmung
4. Auflage 1969, 156 Seiten,
kartoniert 9,– DM

Herwig Roggemann
Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien
264 Seiten mit 10 Schaubildern
kartoniert 15,– DM

Eberhard Schmidt
Die verhinderte Neuordnung 1945 – 1952
Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland
Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth
2. Aufl. 1971, 244 Seiten, kartoniert 15,– DM

Oswald Todtenberg · Arno Ploog
Du gehörst dir und nicht den Bossen
Mit Illustrationen von Arno Ploog
Eine Buch für Lehrlinge
148 Seiten, kartoniert 8,– DM

THEMENKREIS BETRIEB
Herausgegeben von
Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann, Oskar Negt, Willi Pöhler, Olaf Sund, Reinhard Welteke

Band 1:
Industriearbeit und Herrschaft
123 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 2:
Der Konflikt um Lohn und Leistung
131 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 3:
Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer
148 Seiten, kartoniert DM 5,–

Band 4:
Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt
162 Seiten, kartoniert DM 5,–

Europäische Verlagsanstalt

die Blockade Rhodesiens verlor und nun einspart. Neben all den Einzelheiten blieb jedoch unerwähnt, in welchem großen Zusammenhang das Arrangement, einst von Labour gleichermaßen verfolgt wie heute von den Konservativen, steht.

Mit dem sich steigernden Freiheitskampf der schwarzen Bevölkerung der portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique wächst auch die potentielle Bedrohung der weißen Herrschaft in der südlichen Spitze Afrikas. Ein Blick auf die afrikanische Landkarte zeigt, wie weit von Süden und Nordwesten her dieser Kontinent schon wieder zur „Bürde des weißen Mannes" geworden ist. Die westeuropäischen Staaten und ihre konkurrierenden und fusionierenden Monopolgruppen, alle Träger dieser „Bürde", haben ein ungeheures Verlangen, Afrika möglichst weitgehend als Rohstoff-Lieferant und Region billiger Arbeitskräfte zu kontrollieren. Die Republik Südafrika hat hierbei die wichtige Funktion des Statthalters am Orte. Deshalb wird auch trotz aller UN-Resolutionen ihr Mandat über Südwest-Afrika nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Alle sonstige Kritik an der Apartheid-Politik Südafrikas hat lediglich den Rang diplomatischer Taktik, um die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern nicht zu stören, die nicht direkt von weißen Minderheiten beherrscht, deren herrschende Schichten aber doch über Commonwealth, Communauté oder EWG-Assozierung dem westlichen Europa verbunden sind. Schließlich hat gerade jetzt Douglas-Home der Apartheids-Politik rhodesischer Prägung in Salisbury den westlichen Segen gegeben. In bedrohlicher Situation wird eben ein Konflikt zwischen prinzipiell Gleichgesinnten über Bürgerrechte und -freiheiten zum luxuriösen Ballast, der schnellstens über Bord zu werfen ist.

Der Blick auf die Karte lehrt aber auch, daß eine Befreiung Angolas und Mozambiques in Verbindung mit einer selbständigen Politik Sambias und Tansanias einen durchgehenden Riegel gegen expansionistische Politik, die von Südafrika ausgeht, darstellen würde. Der Eisenbahnbau der Chinesen von Daresalam in Tansania zu den Kupfergruben in Sambia zielt sicher nicht nur auf Kupfertransport, sondern ist von strategischer Bedeutung, um diesen Riegel wirksam werden zu lassen. In solchen Überlegungen muß Sambia eine zentrale Position einnehmen. Die Bereinigung des Verhältnisses der westeuropäischen kapitalistischen Industriestaaten zu dem Grenznachbarn Sambias, Rhodesien, muß deshalb unter diesen Aspekt gesehen werden. Es wäre daher nicht verwunderlich, wenn in Zukunft der Druck auf Sambia und die Bemühungen um seine Integration ins westliche Lager zunehmend wachsen würden.

JULIAN KARL

Militärdiktatur in Thailand

Als sich im November 1971 das ohnehin reaktionäre Kittikachorn-Regime als perfekter Notstandsstaat den USA vorstellte, fiel Washington nicht anderes ein, als die Ereignisse in Thailand für „völlig überraschend" zu erklären. Der amerikanische Imperialismus, der erst die Voraussetzungen für diese Entwicklung schaffte, kann sich von nun an fest auf einen „starken Verbündeten" in diesem Teil Südostasiens verlassen.

Die durchgesetzten Maßnahmen — Erklärung des Kriegsrechts, Entlassung des Kabinetts, Außerkraftsetzung der Verfassung, Verbot politischer Parteien und die Auflösung des Parlaments — zerstörten vollends die ehemals bürgerlich-liberale Fassade und zeigten den wahren Charakter der politischen Verhältnisse in Thailand.

Die Hintergründe dieses reaktionären Rechtsputsches liegen in der Zuspitzung der innenpolitischen Schwierigkeiten, die zum Teil durch den Abzug der Amerikaner aus Vietnam bedingt sind. Nach Ende des II. Weltkrieges begannen die USA, ihre Vormachtstellung in Thailand aufzubauen und zu festigen. Im Jahre 1950 wurde zwischen beiden Staaten ein Militär- und Wirtschaftshilfeabkommen unterzeichnet, wodurch den Amerikanern Thailand als Schlußglied des um die Volksrepublik China gelegten „strategischen Rings" diente. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und die Angst, in Thailand könne sich ein zweites Vietnam ereignen, führten 1957 zur Machtübernahme einer Gruppe von Armeeoffizieren unter Führung Feldmarschalls Sarit Thanarat, der zuvor das Parlament sowie alle politischen Parteien aufgelöst hatte. Die Militärs hatten durch diesen Schritt die kapitalistischen Staaten — voran die USA — von der politischen Stabilität im Lande überzeugen können. Die „Wirtschaftshilfe" in Form von Kapitalinvestitionen und langfristigen Darlehen floß üppiger denn je. Ende 1963 bildete Kittikachorn eine neue Militärregierung, die er jetzt (nach kurzem parlamentarischen Zwischenspiel von 1969—71) brutaler festigte.

Den thailändischen Militaristen war der Parlamentarismus von Beginn an ein Dorn im Auge. Washington hatte sie schließlich (mit Hilfe verstärkter Finanzspritzen und Schmiergelder) von der Notwendigkeit überzeugen können, wenigstens in Bangkok die Frmen der parlamentarischen Demokratie aufrechtzuerhalten.

Die herrschende Partei war die Saha Pracha Thai, Sprachrohr der thailändischen Militaristen und ihrer Lehrmeister. Die Prachatipat stellte die Oppositionspartei, in deren Reihen der arrivierte Mittelstand sowie die Aristokratie für die Milderung der militärischen Macht in der Regierung plädierten. Lediglich die Nao Ruam Settachon repräsentierte die Fraktion des liberal-demokratisch eingestellten Kleinbürgertums, das sich für ein bündnisloses Thailand einsetzte und die friedliche Koexistenz mit anderen Staaten zu ihrer politischen Maxime erhob. Zwischen 1958 und 1968 waren politische Parteien gänzlich verboten. Die Verfassung von 1968 hatte zwar diesen Beschluß aufgehoben, das Entstehen einer kommunistischen Partei wurde allerdings auf Anraten der amerikanischen Imperialisten untersagt, die mit drastischen Kürzungen der „Wirtschaftshilfe" drohten.

Ohnehin hatte sich Washington die Benutzung Thailands als Sprungbrett für seine Indochinapolitik einiges kosten lassen. Es pumpte 2,2 Mrd. Dollar an Militär- und „Wirtschaftshilfe" ins Land, ließ seit den frühen sechziger Jahren von den Luftstützpunkten Korat, Tak, Udorn und Ubon aus Bombenladungen nach Laos und Kambodscha fliegen, errichtete den Hochseehafen bei Sattahip, baute Flugplätze für den Krieg gegen die Völker Indochinas und schürte Korruption und Opiumschmuggel. Zudem erreichten die USA von den Militärs die Stationierung von Söldnern in Laos sowie in Südvietnam (s. die Eliteeinheit der „Black Panthers", die seit Mitte 1970 aus einsichtigen Gründen als „Leopards" umbenannt wurde).

Nixons Guam-Doktrin („to make Asians fight Asians") hatte besonders stark das thailändische Militär konsterniert. Hinzu kam, daß von den ehemals 45.000 in Thailand stationierten US-Soldaten im Frühjahr 1970 8.000 Mann abgezogen wurden. Die Bangkok-Generalität reagierte sauer. Nach dem CIA inspirierten Kamboscha-Überfall am 18. März 1970 hatte sie sich vorerst geweigert, weitere Truppen ins Kriegsgebiet zu schikken. Erst nachdem sich Washington bereit erklärte, im Falle einer völligen Besetzung Kambodschas thailändische Gebietsansprüche (in erster Linie die Gegend um Battambang) zu berücksichtigen, gab Kittikachorn nach.

Nach Taiwans Rausschmiß aus der UNO und Washingtons Annäherung an Peking, fühlten sich die thailändischen Militaristen vollends verraten. Teile der oppositionellen Prachatipat-Partei, der Nao Ruam Settachon sowie die Studenten der Chulalongkorn-Universität (Bangkok) hatten diesen Schritt wohlwollend aufgenommen und die Militärs zu einer Revision der strikt auf Antichinakurs eingeschworenen Außenpolitik bewegen wollen. Das Kittikachorn-Praphas-Regime sah darin nichts anderes, als ein heimliches Arrangement mit den „Kommunisten". Es vermutete zudem, daß die Guerilleros im eigenen Land mehr Oberwasser bekommen und die Verankerung im Volke verstärken könnten.

Daß der Rechtsputsch in Bangkok fast gleichzeitig mit den Ereignissen in der UNO zusammentraf, ist nicht verwunderlich. Die Militärs stellten die USA offen als Sündenbock hin und ließen sich nicht weiter darauf ein, auf Geheiß Washingtons das Modell eines „funktionierenden Parlamentarismus" (so der ehemalige Außenminister Thanat Khoman) am Rande des Kriegsschauplatzes zu spielen. Die parlamentarischen Scheingefechte zwischen den Parteien werteten die Militärs, die Hauptstütze der thailändischen Nationalbourgeoisie, als öffentliche Belästigung und Eingriff in ihren Machtbereich. Ein „harter" innenpolitischer Kurs mit dem Ziel einer nach außen hin dokumentierten „politischen Stabilität", so meinten sie, sei notwendig, um einerseits den wachsenden Widerstand der Guerilleros zu brechen, und zum anderen den ausländischen Devisenzufluß zu gewährleisten. Durch den Abzug der Amerikaner aus Indochina waren nicht nur riesige Finanzlücken im Staatshaushalt sichtbar — es drohte zudem ein Anwachsen der Arbeitslosen.

Daß eine Reaktion der ehemals im Parlament vertretenen Parteien auf die von den Militärs über Nacht verkündeten Notstandsdekrete fast fehlte, zeigt eindeutig deren Charakter. Befürwortet wird diese Entwicklung zur faschistischen Zerschlagung jeder Opposition von vornehmlich drei Fraktionen der herrschenden Klasse: den im Gegensatz zu Südvietnam traditionell reaktionären buddhistischen Elementen, König Bhumibol Adulyadej und der Aristokratie sowie von der Nationalbourgeoisie.

Der Widerstand der geknechteten Landmassen konnte jedoch nicht gebrochen werden. Die Stämme der Mongs, Meos, Daos und andere ethnische Minoritäten wurden seit Mitte der sechziger Jahre aus ihren Ansiedlungen vertrieben und in Konzentrationslager wie in Mewai in der Nordprovinz Chiang Rai gepfercht. Man sah in ihnen die soziale Basis der Revolutionäre. Die Eisenbahn des Landes wurde schon seit langem von Soldaten begleitet. Thailands Polizeichef, Praset Ruthei Ravong, verhängte seit 1968 mehrmals eine Urlaubssperre für seine Einheiten. Offiziell wird zugegeben, daß die USA 30 Spezialeinheiten von je 50 Polizisten ausgebildet haben und in der Povinz Kanchanaburi Anti-Guerilla-Schulen unterhalten. Die direkt dem Pentagon nachgeäfften zivil-militärischen Aktionen führten zur ständigen Vergrößerung „strategischer Punkte" — vergleichbar mit den „Agroville"-Projekten in Südvietnam. Um das Stimmungsbarometer der thailändischen Landbevölkerung zu registrieren, stellte schon die USOM (United States Operations Mission) vor geraumer Zeit Untersuchungen an. Obwohl das Ergebnis bis jetzt nicht publik wurde, dürfte es der Kittikachorn-Clique gewiß bekannt sein.

RAINER WERNING

Rote-Armee-Fraktion und Baader-Meinhof-Gruppe

Gert Schäfer

Der amtliche Aktenverkehr dieses Staates zählt eine Baader-Meinhof-Bande zu den meistgesuchtesten Verbrechern. Kein Autodiebstahl, kein Banküberfall, keine Schießerei, die nicht zu neuen Schlagzeilen von ihrem Treiben Anlaß gäben. In der Bundesrepublik und Westberlin läuft die Verbrecherjagd mit bislang ungesehenem Fahndungsaufwand ab. Sicherungsgruppe Bonn und Bundesanwaltschaft, Bundesinnenministerium und die Institutionen der Länder arbeiten sich in die Hände. Hunderte von Verdächtigen werden Tag und Nacht „observiert". Telefon- und Postüberwachungen sind ebenso an der Tages- und Nachtordnung wie Hausdurchsuchungen und Razzien. Straßensperren, besonders nachts auf den Autobahnen, häufen sich und werden mit der Jagd auf die „Baader-Meinhof-Bande" begründet. Leute mit Bärten oder anders Auffällige haben bei ihnen mit „schlagartigen" Verhören zu rechnen, die aus „polizeilich notwendigen" Gründen bekanntlich nicht weniger zimperlich sind als die Maßnahmen insgesamt. Steckbriefe der Verfolgten wurden an sämtliche Tankstellen und Gaststätten verteilt. Jedermann ist zu Zimmermanns Jagd aufgerufen.

Minister Ehmke erklärte die Rote-Armee-Fraktion alias Baader-Meinhof-Bande zu den kaltblütigsten und gefährlichsten Verbrechern, die hierzulande ihr Unwesen trieben. Minister Genscher rief dazu auf, „mit allen Mitteln" gegen sie vorzugehen. Minister Weyers Wunsch, die Bevölkerung müsse sich an den Anblick von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten wie an das Steuerzahlen gewöhnen, scheint sich zu erfüllen. Das Verteufeln und Kriminalisieren der Gejagten scheint gleich perfekt zu gelingen wie die Gewöhnung des Publikums an „schwerbewaffnete Polizisten" mit „Stahlhelmen und Maschinenpistolen", an „Belagerungszustand" und „Großeinsatz" (Bild, Berlin, unabhängig, überparteilich, 6. 12. 71).

Handelt es sich um eine allgemeine Hysterie? Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Denn der koordinierte Aufwand steht, wie jeder sehen kann, in groteskem Verhältnis zu der tatsächlichen „kriminellen Gefährdung" durch jene „Baader-Meinhof-Bande". Selbst wenn wir alles zusammenzählten, was ihr heute nachgesagt wird, erhielten wir höchstens eine Dezimalstelle der gesamten jährlichen westdeutschen Kriminalstatistik, wie der „Stern" im Bewußtsein des Makabren schrieb.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine selbst dort ganz und gar politisch begründete Aktion, wo die Akteure dies vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit notdürftig verleugnen. Minister Ehmkes Kassandraruf mögen wir aus seinen Ressentiments erklären; doch es sind offenkundig politische Ressentiments. Minister Genschers Aufforderung mögen wir dem Geschäft der Image-Pflege als eines Hüters der Ordnung zuschreiben; es ist offenkundig ein politisches Geschäft, das er pflegt. Minister Weyer mögen wir zugestehen, daß er seinen Wunsch für selbstverständlich hält; es ist die Selbstverständlichkeit einschüchternder Staatsgewalt.

Keine Verdrehung, keine Bedenkenlosigkeit, keine Heuchelei, keine offene Lüge und keine Infamie ist der guten Gesellschaft zu schade, um die Aktionen der Staatsgewalt zu rechtfertigen. Wenn die „Rote-Armee-Fraktion" Anlaß zur Reaktion staatlicher Gewalt und ihrer gesellschaftlichen Instanzen gab und geben wollte — wie wir aus Publikationen, die ihr zugeschrieben werden, entnehmen müssen — so ist diese Reaktion nicht nur maßlos ausgefallen, wie ein Liberaler feststellen könnte (hat jedoch ein Liberaler das irgendwo öffentlich ausgesprochen?); denn sie verstößt augenscheinlich gegen das beschworene rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die Reaktion der Staatsgewalten wie des Publikums gehorcht darüber hinaus im allgemeinen der haßerfüllten Projektion eigener, freilich oft kaum mehr verdrängter Wünsche auf den gejagten Gegner. Ihm wird mit äußerstem Zynismus und zugleich unverhüllter Genugtuung noch dort begegnet, wo die Verfolger erkennen, daß sie es mit Reaktionen von Verzweifelten zu tun haben. So appellierte ein Herr der „Berliner Morgenpost" am 5. 12. 71, nach der dunklen und verdunkelten Erschießung Georg von Rauchs, mit schwerlich zu überbietender Infamie und auffälligen Lügen an das Gewissen der Gejagten:

„Terror. Mit einer Brutalität ohnegleichen hat die Baader-Meinhof-Bande Terror in unsere Stadt getragen. Von der Polizei hart bedrängt und gejagt, wehren sich die Kriminellen wie die Tiere, für die es keinen Ausweg mehr gibt. Mit Maschinenpistolen ausgerüstet schießen diese Politgangster auf jeden, der sich ihnen entgegenstellt. Sie sind rücksichtsloser als die meisten Verbrecher, für die Frauen und Kinder tabu sind. Nur einem unwahrscheinlichen Zufall ist es zu verdanken, daß bei der Schießerei in der Eisenacher Straße nicht Passanten getötet worden sind. Die Baader-Meinhof-Bande hat die Stadt unsicher gemacht. Niemand weiß, ob er mit seinem geparkten Auto weiterfahren kann. In den Kaufhäusern müssen bewaffnete Polizisten die Hauptkassen bewachen. Furcht und Mißtrauen herrschen. Das erschossene Bandenmitglied haben die Terroristen am Tatort liegen lassen. Aus, vorbei, zu nichts mehr nutze. Mit wievielen Toten wollen die Baaders und Meinhofs noch ihr Gewissen belasten? Haben diese Verbrecher überhaupt noch ein Gewissen?"

An der Seite dieses durchaus nicht vereinzelten, jedoch besonders verräterischen Kommentars, für den ein Karl Kraus kaum Worte fände, befindet sich eine Fotografie zweier grinsender Polizisten: „Mit Stahlhelm oder Schutzhelm. Polizisten sichern eine Durchsuchung mit schußbereiten MP's".

Wer angesichts solcher, wenn auch meist verhüllterer Sprache und Wirklichkeit der Herrschaft nicht Verzweiflung und Wut empfindet, mag wohl zum Faschisten taugen. Aber Verzweiflung und Zorn müssen wir — und das ist oft genug schier unerträglich — unterdrükken, um der Unterdrückten und um unserer selbst willen. Unser Impuls der empörten Verzweiflung, folgten wir ihm unmittelbar, wäre in dieser Gesellschaft selbstzerstörerisch (und sicherlich auch, wie jeder Moralismus, von intellektueller Unaufrichtigkeit). Horst Mahler hat im Prozeß gegen die „Kaufhausbrandstifter" gesagt: „Wenn sie ins Zuchthaus geschickt werden, so könnte man die Schlußfolgerung ziehen, daß in dieser Gesellschaft das Zuchthaus der einzige Aufenthaltsort für einen anständigen Menschen ist". Diese Schlußfolgerung aus elenden gesellschaftlichen Verhältnissen entspräche indessen der Logik allein „moralischen Bewußtseins". Ebenso wenig wie Zorn und Empörung können wir dieses uns ungebrochen erlauben. Ist erst Kommunismus das, „was mit dem Namen Moral so lange gesucht wurde" (Ernst Bloch), so müssen wir heute Verzweiflung und Zorn zügeln, um sie in eine überlegte, kühle Strategie der Revolution zu verwandeln. Denn allein genaue politische Kalkulation des Handelns nach voraussehbarem Risiko und Ergebnis, auf der Grundlage entwickelter und ausgewiesener Analyse der konkreten gesellschaftlichen Situation, ist politisch zu rechtfertigen.

Es ist überwältigend wahr, daß die als „Baader-Meinhof-Bande" Verfolgten „mindestens seit dem Tod von Petra Schelm doch in einer Situation sind, in der sie entweder nur so wahnsinnig sein können, auf einen Polizisten zu schießen, oder so verrückt sein müssen, sich abknallen zu lassen" (Homann). Die Gruppe hatte von Anbeginn den Weg des revolutionären Terrorismus aus Verzweiflung eingeschlagen. In einer Lage, die ihr nur mehr das absurde Los zu bieten schien: „Wer sich nicht wehrt, stirbt; wer sich nicht wehrt, wird lebend begraben", erschien ihr das tägliche Wagnis, den Tod auf sich zu nehmen, als die Würde des wahren Revolutionärs. Blanquis bewegende Maxime: „Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen" konnte jedoch nur einen politischen Existentialismus hervorbringen, wenn eine materialistische Begründung des eingeschlagenen Handelns fehlte. Die Motive, welche die RAF-Gruppe für ihr Handeln in der spezifischen Situation der Bundesrepublik und Westberlins vortrug, entbehrten aller Maßstäbe solcher Analyse und damit objektiver Bestimmungen.

Sie stützte sich, soweit es aus den veröffentlichten Schriften hervorgeht, auf abstrakt verallgemeinerte Zitate, die überall unbesehen passen sollten, sowie auf nicht weniger abstrakte Annahmen, aus denen mit demselben Recht die entgegengesetzten Folgerungen als die tatsächlich gezogenen „abgeleitet" werden könnten. Sie versuchte, objektive und subjektive Schwächen der Revolutionäre mit dem Satz zu überspielen, daß der bewaffnete Kampf die höchste Form des Klassenkampfes und daß dem Imperialismus — hier und heute wie überall — ohne bewaffneten Kampf nicht zu begegnen sei. Deshalb gelte es, eine Rote Armee aufzubauen. Stadtguerilla bedeute, trotz und gerade wegen der „Schwäche der revolutionären Kräfte in der BRD und Westberlin hier und jetzt revolutionär zu intervenieren". Die gewiß nicht zu leugnende konterrevolutionäre und wie wir aus allen geschichtlichen Erfahrungen wissen: zu jeder Barbarei entschlossene Gewalt der Herrschenden könne einzig mit dieser „revolutionären Moral", mit der Macht des siegreichen Beispiels bewaffneten Kampfes gebrochen werden. „Die Führung besteht in der beispielhaften Aktion, die durch ihre Verallgemeinerung die Avantgarde ständig aufhebt." Durch den erfolgreichen bewaffneten Kampf

sei mit einem fortschreitenden „moralischen Verschleiß" des herrschenden Systems zu rechnen.

Das einzige konkrete, das heißt situationspezifische Argument, die Erfolgschancen solchen Kampfes in der bestehenden Situation der BRD und Westberlins zu begründen (alle anderen Aussagen wurden aus abstrakten Notwendigkeiten deduziert), setzt auf potentiell revolutionäre Gewaltsamkeit der Unterdrückten: „In der überall vorhandenen offenen und verdeckten Aggressivität entdecken wir so die vorhandene, lediglich deformierte Abwehrreaktion der Massen gegen die Unterdrückung, unter der sie leiden. Die ständig wiederholte öffentliche und versteckte Billigung der Gewaltanwendung gegen vermeintliche innere und äußere Feinde, die Forderung nach solcher Gewaltanwendung gegen die vermeintlichen Verursacher allgemein empfundener Bedrohung und Unsicherheit, sind ein Ausdruck des im Kern richtigen Bewußtseins, daß in der Klassenauseinandersetzung die Gewalt über die Durchsetzung der Klasseninteressen entscheidet." Die Autoren verwiesen an anderer Stelle auf die Untersuchungen zur „Autoritären Persönlichkeit" und zur „Massenpsychologie des Faschismus". Angesichts dieser Untersuchungen muß die Annahme, daß bewaffnete Aktionen hierzulande revolutionäre Prozesse, nicht aber faschismusähnliche Gewalt oder vorherrschende Bindungen begünstigen würden, eine leere Vermutung bleiben. Die Frage des Zusammenhangs beispielhafter bewaffneter Aktionen, gesellschaftlicher Bewußtseinsformen und Manipulationsgehalte, verdrängter Bedürfnisse und Einsichten, bleibt tatsächlich gänzlich ungeklärt. Das suggestive Vorbild revolutionärer Erfahrungen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen, wie denen Chinas oder Lateinamerikas, ersetzt die konkrete Analyse. So verfielen die Autoren in Wahrheit einem bloßen heroischen Praktizismus: „Die Rote-Armee-Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln."

Dieser tragische Praktizismus führte zu dem, was die Autoren bestritten: „Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen die Kräfte der Revolution nur verheizt werden können." Georg Lukács hatte in einer wirklich revolutionären Situation geschrieben: „Jeder, der sich gegenwärtig für den Kommunismus entscheidet, ist also verpflichtet, für jedes Menschenleben, das im Kampf für ihn umkommt, dieselbe individuelle Verantwortung zu tragen, als wenn er selbst alle getötet hätte ... Dadurch, daß der einzelne, der eine ethische Entscheidung in sich ausführt, irgend einer Taktik folgt oder sie ablehnt, begibt er sich auf eine spezielle Ebene des Handelns, die der Politik nämlich, und die Besonderheit seines Handelns enthält die Konsequenz, daß er wissen muß, unter welchen Umständen und wie er handelt." Auch wenn wir nie vollkommen wissen können, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen wir politisch handeln – ein revolutionärer Praktizismus (dem der Dogmatismus beliebiger abstrakt allgemeiner Deduktionen entspricht) kann nicht mehr als eine Verzweiflungsform politischen Handelns sein.

Die RAF-Gruppe stellte die Frage (und sie bezeichnet wohl den politischen Ausgangspunkt ihres Handelns): Wollt Ihr, daß es dabei bleibt, daß die Intellektuellen wieder auf ihre Zeitschriften reduziert, die Linken wieder in ihre Zirkel eingeschlossen und der Internationalismus demoralisiert werden? Sie beantwortete diese Frage (die natürlich keine des bloßen Willens ist) für sich so: „Wir behaupten, daß ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozeß gibt, daß das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht." Aber gibt es eine revolutionäre Initiative ohne sozialistische Massenbewegung, gibt es eine Vereinheitlichungsbewegung ohne eine Bewegung, die es zu vereinheitlichen gilt? In der Bundesrepublik gibt es keine sozialistische Massenbewegung, die diesen Namen verdiente, sondern nur mehr oder weniger schwache Ansätze dazu. In dieser Lage den „Berg der militärischen Potenz des bürgerlichen Staates" abtragen und gleichzeitig die „Entwicklung der eigenen militärischen Potenzen des Proletariats" durch Stadtguerilla vorantreiben zu wollen, das ist, von jeder anderen Problematik einmal abgesehen, heroischer Wahnwitz und sinnloser Opfergang.

Jetzt haben wir freilich gut reden. Wer von uns hat energisch und zeitig genug ausgesprochen, daß es in der gegebenen Lage mit Sicherheit gar nicht anders kommen konnte als es gekommen ist? Gebannt schreckten wir davor zurück, das „Schicksal" zu berufen, indem wir es aussprächen. Fasziniert von der Entschlossenheit der Gruppe, entlasteten sich viele, indem sie schwiegen und den Dingen ihren Lauf ließen. Sie wollten ihren Genossen „nicht in den Rücken fallen". Dabei hätte es nur ein politisch und zugleich moralisch verantwortliches Handeln der Nahestehenden geben können: alles zu tun, um die Verfolgten zur Selbstentwaffnung zu veranlassen und Wege einzuleiten, sie ihrem Los als Märtyrer zu entreißen. Brecht sagte: „Als Me-tis Lieblingsschüler Tu im Bürgerkrieg gefallen war, weil er, obgleich mit bestimmtem Auftrag versehen und anderer Aufträge noch gewärtig, zum Gewehr gegriffen hatte, weigerte sich Me-ti, ihn als guten Revolutionär zu bezeichnen. Er hatte keinen zureichenden Grund angegeben, warum er den einen Auftrag mit einem anderen wechselte. Er glaubte, Krieg sei nur, wo geschossen wird; er sah nicht weiter als 50 Meter und starb eigentlich wie ein Raufbold."

Die naive, aus Schwäche sich steigernde Rhetorik der Gewalt und die Unbekümmertheit politischen Denkens und Handelns mochten einiges zu diesem Versagen beitragen. Naivität in politischen Dingen ist aber längst nicht mehr zu rechtfertigen. Weder an Märtyrern noch an zerstobenen Illusionen interessiert, sollten wir endlich aus den beschämenden Fehlern lernen und damit aufhören, die Erfahrungen und Gedanken eines gesellschaftlichen Gettos, wie sich die Lage der Revolutionäre nicht allein in Westberlin darstellt, mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und realen Möglichkeiten insgesamt zu verwechseln. In einer Atmosphäre, worin realistische Situationseinschätzungen mit Defaitismus verwechselt wurden und der kurze Atem ungezügelten Zorns einzig als revolutionär galt, schien sich jeder zu isolieren, der vor vagen Hoffnungen und Schritten der Verzweiflung warnte. Doch allesamt hätten wir das elende Ende voraussehen können und müssen.

Die Lage der Gruppe scheint nun fast auswegslos zu sein. Außenstehende können ihr jedenfalls Ratschläge ebenso wenig geben wie ihnen unmittelbare Hilfe möglich ist. Die politisch notwendige Kritik an einer Politik der Verzweiflung ändert nichts an der Verbundenheit mit jenen, die aus keinen allzu fern liegenden Gründen einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen haben. Weder angesichts der unmittelbar Betroffenen noch angesichts derer, die sich zu Schritten der Verzweiflung hinreißen lassen könnten, kann Solidarität jedoch Schweigen heißen.

Politisch war die „Baader-Meinhof-Bande" den Herrschenden stets nur ein willkommener Anlaß zur Demonstration „rechtstaatlicher Gewalt" und zu falschen Identifikationen. Von einer Solidarisierung oder auch nur vagen politischen Sympathie der Unterdrückten mit ihrer „revolutionären Gewalt" kann keine Rede sein; was die Gruppe allenfalls erwarten darf, sind gewisse Identifikationen mit ihrem Schicksal als „out-laws", ihrem Verzweiflungskampf, oder aber Sympathien für technisch gelungene Coups, die freilich jedem beliebigen Gangsterstück entgegengebracht werden, dessen „Leistung" wie jede andere honoriert wird. Sie repräsentiert so wider Willen eher bloße Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Ordnung als eine politisch revolutionäre Tendenz.

Darüber hinaus sollten wir beden-

TRIKONT

NEUERE BEITRÄGE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE

SAMIR AMIN / CHRISTIAN PALLOIX

Der internationale Handel und die internationalen Kapitalbewegungen / Ungleicher Austausch und internationale Arbeitsteilung/Die Imperialismusfrage bei Lenin und Rosa Luxemburg/ Imperialismus und Monopolphase / Imperialismus und Klassenkampf.

NEUERSCHEINUNG 100 Seiten DM 7,60

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 27

KONZEPTION DER PROLETARISCHEN PARTEI BEI LENIN

Avanguardia Operaia

Geschichte und Entwicklung der leninschen Parteikonzeption in ihrer ständigen Konfrontation mit der konkreten Klassenkampfpraxis. Die notwendige Verbindung von organisierter theoretischer und praktischer Arbeit.

Neuerscheinung ca. 120 Seiten ca. DM 5,80

THEORIE UND PRAXIS SOZIALISTISCHER PLANUNG

CHARLES BETTELHEIM

Zentralisierte oder dezentralisierte Entscheidung/Plan und Bedarfsbestimmung, Geld, Preis und Gewinn/Bestimmung der günstigsten Technik/Die Problematik des ökonomischen Gleichgewichts.

Neuerscheinung ca. 400 Seiten ca. DM 20,—

ken, ob es nicht heute viel bedeutsamer sein könnte, statt auf abstrakte und unhistorische Weise revolutionäre Gewalt mit bewaffnetem Aufstand herkömmlicher Art zu identifizieren, das Bewußtsein der Unterdrückten für jene Formen gesellschaftlicher Gewalt zu schärfen, die nicht wahrgenommen werden, wenn Krieg, offener Bürgerkrieg oder unmittelbar körperliche Auseinandersetzungen vor Augen stehen. Die Erfahrung offener Gewaltsamkeit in unserem Jahrhundert, untrennbar mit dem Imperialismus verknüpft, hat offenbar andere, grundlegende Formen sozialer Gewaltverhältnisse, wie den stummen ökonomischen Zwang, verschleiert oder als minder bedeutsam und bedrohlich erscheinen lassen. Für den Kapitalismus hat sich das als sehr praktisch erwiesen. Heute beginnen die Ausgebeuteten und Unterdrückten in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften erst allmählich wieder, eine Sensibilität für andere als militärische oder unmittelbar körperliche Gewalt zu entwickeln, schrecken aber gleichzeitig vor ihrer eigenen Einsicht noch zurück (wie die gegenwärtige Inflation des Begriffs Terror belegen kann) So könnte es eher zu politischen Rückschlägen als zu Aufklärungsprozessen führen, unvermittelte gewaltsame Konfrontationen zu suchen. In ihnen geschieht gerade nicht, was sie der Idee nach bewirken sollen: die stumme Gewalt sozialer Herrschaftsverhältnisse „manifest" werden zu lassen; denn wir erfahren das „Wesen" des Kapitalismus ja dann nicht, wenn wir Klassenherrschaft und -gewalt ohne ihre ökonomische Formbestimmung wahrnehmen wollten oder allein körperlicher, auch technisch potenzierter offen politischer Gewalt gegenüberstehen.

Heute scheint die direkte Konfrontation mit verzweifelten Revolutionären den Repräsentanten gesellschaftlicher Gewaltapparate durchaus erwünscht zu sein; jedenfalls bedeutet sie alles andere als eine politische Gefahr für sie. Dagegen erregt sie nichts so sehr wie jener Prozeß, den sie eine „schleichende Revolution" nennen. Sie sehen ein „großes Panorama einer revolutionären Situation" vor sich (so ein Herausgeber der FAZ, 15. 12. 71). Herr Schelsky, der gewiß die Entmachtung akademischer Duodezfürsten mit dem Untergang der Gesellschaft verwechselt, entwarf als Ideologe der herrschenden Klasse dieses Panorama und wähnt „eine professionelle politisch-revolutionäre Strategie der Unterwanderung durch die radikale Linke" in gesamtgesellschaftlichem Maßstab kurz vor dem schließlichen Erfolg (FAZ, 10. 12. 71). Alles andere als nur persönliche Ängste sind es jedoch, was die Herrschenden in fast panischer Furcht erschauern läßt. „Revolution kommt heute auf leisen Sohlen" schleudern sie jenem Prozeß in fast allen gesellschaftlichen Bereichen entgegen, den sie als „Herrschaftsübernahme durch normative Überbietung", als eine „Kulturrevolution westlicher Prägung" bezeichnen. Damit reagieren sie auf ihre Weise auf die zunehmende Legitimationsschwäche des kapitalistischen Herrschaftssystems. Ihrem autoritären Denken erscheint die „Umfunktionierung individueller Grundrechte zu Kampfmitteln der Diffamierung" (das heißt der „Diffamierung" bestehender Klassen- und Herrschaftsverhältnisse) als genialer revolutionärer Trick der Unterwanderung. Am liebsten würden sie natürlich die „revolutionäre Vermittlung von Sinn" als einen „planmäßigen Mißbrauch, der mit verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechten getrieben wird" wie ehedem staatlich verbieten und unterdrücken lassen. Sie sehen bereits jeden „etwas weltfremden Humanisten" und jeden liberalen Demokraten zum „Handlanger" des Umsturzes und „der Legalität der Hitlers vor der Machtergreifung" geraten; es wimmelt ihnen nur so von „Hilfskräften", „Helfershelfern", „Mitläufern", so daß sich die „Staatsorgane zu einer überpeinlich formalen Wahrung der Freiheitsrechte des einzelnen" gezwungen sähen (was zwar nicht stimmt, einem vom Faschismus enttäuschten einstigen Parteigänger der „Revolution von rechts" aber wohl so scheinen kann). Als von ihnen am meisten gefürchtete Form, demokratische und sozialistische Intentionen voranzutreiben, erscheint ihnen aber nicht zufällig der Prozeß, den Oskar Negt als „sozialrevolutionäre Doppelstrategie" bezeichnet hat: eine „flexible, ein Optimum von Spontaneitätselementen bindende Organisationsform der informellen Kader", die ein „Überwinden des naiven Verhältnisses zur Gewalt" freilich ebenso voraussetzt wie das „differenzierte Einstellen auf die existierenden Formen des Arbeiterbewußtseins".

Sozialrevolutionäre Doppelstrategie muß mit mühselig in Rechtsformen gekleideten Unterdrückungsmaßnahmen rechnen. Sie wird sich im nicht minder notwendigen Aufbau einer autonomen sozialistischen Organisation auch dem Problem der aus den Institutionen Hinausgeworfenen stellen müssen, um ihnen eine lebensgeschichtliche und realitätsgerechte politische Perspektive zu vermitteln. Den Genossen, denen infolge ihrer politischen Tätigkeit (die allerdings auf taktische Klugheit in jedem Fall angewiesen ist) gesicherte Berufslaufbahnen verschlossen bleiben, muß eine dauerhafte Sicherung ihrer politischen Arbeit wie ihres Lebensunterhalts geschaffen werden. Das kann praktisch nur im Rahmen sozialistischer Organisierung, die finanzielle Mittel und langfristige Tätigkeitsbereiche auch außerhalb der etablierten gesellschaftlichen Institutionen erschließt, geschehen. Ohne kurzatmige Illusionen diesen Weg einzuschlagen, ist unsere politische Pflicht.

„Deutschunterricht in emanzipatorischer Absicht":

. . . als Alternative zu einer starren Praxis

Projekt Deutschunterricht

Herausgegeben von Heinz Ide in Verbindung mit dem Bremer Kollektiv. 6 Bände.

Soeben erschienen:

Projekt Deutschunterricht 1: Kritisches Lesen – Märchen. Sage. Fabel. Volksbuch.
228 S. Brosch. DM 12,– Materialienteil separat DM 2,–

Projekt Deutschunterricht 2: Sozialisation und Manipulation durch Sprache
ca. 200 S. Brosch. ca. DM 13,– Materialienteil separat ca. DM 3,–

- Alle Einzelbeiträge bieten die Grundlage für einen gesellschaftskritischen Deutschunterricht.
- Alle in den Einzelbeiträgen behandelten Texte sind in einem anhängenden Materialienteil zusammengefaßt.
- Alle Materialienteile stehen den Schülern als Arbeitsunterlagen gesondert zur Verfügung (Mindestabnahme: 10 Exemplare).

Die Bände 3–6 erscheinen im Frühjahr bzw. Herbst 1972.

. . . als Ideologiekritik überlieferter Denkmuster

Bestandsaufnahme Deutschunterricht. Ein Fach in der Krise

Herausgegeben von Heinz Ide und Mitarbeitern. 2. Auflage 1971. 256 Seiten. Broschiert DM 16,80

neu

Alois Andiel:

Politische Bildung und private Macht

Demokratische Spielregeln im Bezugssystem von Schule und Gesellschaft. Politischer Unterricht als Umschlagplatz für neoliberale Wertvorstellungen. 164 S. Brosch. DM 12,80

Kurt G. Fischer:

Einführung in die politische Bildung

Ein Studienbuch über den Diskussions- und Problemstand der Politischen Bildung in der Gegenwart. 153 Seiten. Broschiert DM 9,–

neu

Kurt G. Fischer und Mitarbeiter:

Gesellschaft und Politik

Ein Arbeitsbuch für die Sozial- und Gemeinschaftskunde der Klassen 7 bis 9/10 aller Schularten. 334 Seiten. Broschiert DM 11,50

Zur Praxis des Politischen Unterrichts

Herausgegeben von Kurt G. Fischer. Ansätze zur Veränderung des Lernbereichs gesellschaftlich-politischer Bildung. 157 Seiten. Broschiert DM 12,80

Kurt G. Fischer und Mitarbeiter:

Politische Bildung

Ein Lehr- und Arbeitsbuch für den sozialkundlich-politischen Unterricht an Gymnasien und Berufsschulen. 330 Seiten und 32 Seiten Ergänzungen. Gebunden DM 13,80

Bitte fordern Sie unsere Sonderprospekte an.

J. B. Metzler
7 Stuttgart 1
Postfach 529

Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD

Kritik zu den Thesen des Sozialistischen Büros

Im Frühjahr hatte die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro die Broschüre „Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik" veröffentlicht und zur Auseinandersetzung mit ihren Thesen aufgefordert. In der ersten Nummer dieses Jahres veröffentlicht „links" mehrere der Diskussionsbeiträge, von denen einige Dutzend schriftlich im Sozialistischen Büro eingegangen sind. Sie enthalten erwartungsgemäß Anklagen des Revisionismus und Opportunismus ebenso wie den Vorwurf, die realen Möglichkeiten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik, insbesondere in den Gewerkschaften und Parteien, in denen die Arbeiter organisiert sind, zu vernachlässigen und zu unterschätzen. Weithin wurde Kritik an zu vagen Formulierungen und an Auslassungen von wichtigen Punkten geübt. Konkrete Vorschläge zur Präzisierung der Thesen sind in den bisher eingesandten Kommentaren jedoch spärlich. „links" wird diejenigen Diskussionsbeiträge veröffentlichen, in denen bedeutsame Auffassungsunterschiede zu den „Ansatzpunkten" angedeutet sind sowie solche Äußerungen, die konkrete Erwartungen einer präziseren Stellungnahme der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro ausdrücken.

Ein Fortschritt in der sozialistischen Analyse der internationalen Entwicklung und demzufolge auch der Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik scheint jedoch vorläufig nur dadurch zu erreichen, daß die intensive Auseinandersetzung mit einzelnen Punkten dieser Thesen aufgenommen und fortgesetzt wird. In „links" ist dies in den vergangenen Monaten mit der Diskussion der Chancen sozialistischer Politik im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei schon beispielhaft begonnen worden. Eine entsprechende, kontroverse Erörterung anderer zentraler Punkte der Thesen, etwa des Verhältnisses von Sozialisten in der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten, ist in den nächsten Monaten erforderlich, um die mit Recht wiederholt kritisierte Unbestimmtheit mehrerer Thesen und die Lücken in der Analyse zu überwinden und schließlich zu Elementen eines Programmes sozialistischer Politik zu gelangen.

(Die Broschüre mit den Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro über Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik kann bezogen werden durch Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591; Einzelpreis DM 2,–, bei Abnahme von 10 Stück je DM 1,–.)

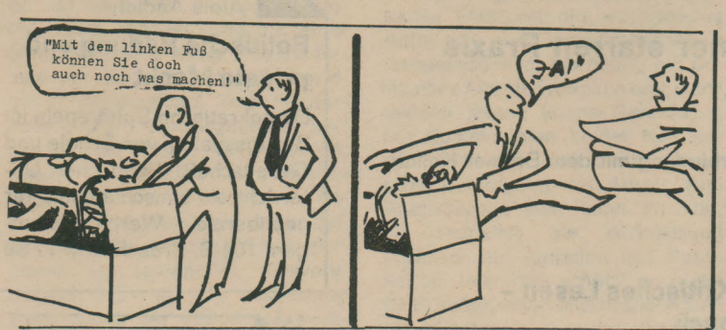
Allgemeine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen

Wir halten Veröffentlichung und Diskussion der „Thesen" für notwendig, weil damit ein wichtiger Schritt zur Mobilisierung von Sozialisten innerhalb der BRD in Richtung auf eine überregionale Organisierung getan wird, die sich nicht bloß an historische Vorbilder klammert. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse in der BRD, die weder mit denen der Weimarer Republik, noch gar mit denen des vorrevolutionären Rußland verglichen werden können, müssen einer gründlichen Analyse unterzogen werden, bevor eine stategische oder organisatorische Massenlinie herausgebildet werden kann.

Um dazu einen Beitrag leisten zu können, müssen der Zweck der „Thesen" und ihr historischer Stellenwert noch klarer umrissen werden, als das im vorliegenden ersten Entwurf geschieht. Empirische Analyse (auch wenn keine „systematischen Interpretationsansätze gesellschaftlicher Entwicklung" zugrunde liegen sollen) und „Selbstverständigung" für verstreute Gruppen von Sozialisten dürfen nicht mit der Agitation für die Mobilisierung potentieller Sympathisanten durcheinander gebracht werden, ohne sich gegenseitig zu behindern. Was die antiautoritäre Bewegung mit der „Orientierung an Zielgruppen" in die sozialistische Strategie eingebracht hat, ist nicht hinreichend berücksichtigt worden.

Zu Kapitel 1
(Bestandsaufnahme)

Obwohl wir generell zustimmen, ist die Verselbständigung der westeuropäischen Staaten gegenüber den USA in ihrer Bedeutung zu sehr überbetont. Einerseits ist die Analyse zumindest unvollständig, wenn zwar die möglichen Gegensätze zwischen nordamerikanischem und westeuropäischem Kapital hervorgehoben werden, diese



Gegensätze aber nicht der Vereinheitlichungstendenz des internationalen Kapitals konfrontiert werden: Verflechtung, Konzernbildung und staatliches Krisenmanagement sind Teil der Abwehrstrategie gegen den sozialistischen Block, aber auch gegen die Kampfmittel der Arbeiter im kapitalistischen System (Streiks). Andererseits widerlegt die Darstellung nicht genügend den Verdacht, zum Zweck der Agitation (Abbau der Legitimationsideologien des Kapitals) könnte auch die Verwendung kleinbürgerlicher nationalistischer Ressentiments (Überlegenheit europäischer Kultur gegenüber dem american way of life) für gerechtfertigt gehalten werden. Das aber lenkt vom Hauptwiderspruch ab; überdies könnte solche „Mobilisierung" als faschistischer Bumerang auf die sozialistische Bewegung zurückschlagen und deren Internationalismus behindern.

Zu Kapitel 2
(Zur Situation in der BRD)

Der Analyse der Situation der BRD stimmen wir im ganzen zu, haben aber eine Reihe von Einwendungen dort, wo uns die Analyse zu kurz zu greifen scheint. Zunächst muß auch hier bezweifelt werden, daß die BRD entgegen der Internationalisierung des Kapitals zu einer eigenständigen imperialistischen Politik kommen kann. Unzureichend bestimmt bleibt, in welcher Weise die Agitations- und Aktionskonzepte der antiautoritären Bewegung eine Rolle in der Fortentwicklung sozialistischer Strategie der Gegenwart spielen und welche Faktoren die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital in Gang gebracht haben. Das Verhältnis, in dem der Kampf gegen Herrschaftsstrukturen zu dem Kampf gegen Ausbeutung steht, wird nicht thematisch und es bleibt unklar, in welcher Weise eine potentielle reaktionäre Gegenbewegung im Rahmen einer sozialistischen Strategie berücksichtigt werden könnte.

Zu Kapitel 3
(Ansätze sozialistischer Strategie in der BRD)

In dem Abschnitt ‚Prinzipielle Annahmen' (3. 1) wird besonders deutlich, daß es sich bei dem Arbeitspapier nicht um eine „konkrete analytische Aufarbeitung der gesellschaftlichen und politischen Situation in der BRD" handelt (Vorwort); aber es wird auch keine eigene Alternative zu den übrigen Versuchen vorgelegt, sozialistische Strategie zu entwickeln. Obwohl wir den analytischen Ansatz teilen, daß aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der sozialistischen Bewegung die Ausarbeitung sozialistischer Strategie heute nicht darauf verzichten kann, emanzipatorische Prozesse in der bestehenden Gesellschaft zu fördern oder in Gang zu setzen und qualitativ neue soziale Beziehungen (gesellschaftliche Selbstbestimmung) zu entwickeln, bleiben in dem Papier die inhaltlichen Aussagen zu diesem Kernbereich sozialistischer Strategie unzureichend. Strategische Konzepte haben solange nur geringen Wert für die Mobilisierung sozialistischen Potentials, wie sie allgemein bleiben und die konkreten Konflikte nicht in ihre Analyse einbeziehen.

Vor allem der konkrete Inhalt als emanzipatorisch angesehener Bewegungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft muß genau bestimmt und daraufhin untersucht werden, wieweit er dem Klasseninteresse dient, oder nur einer Art zweiten Aufklärung des bürgerlichen Bewußtseins. Soweit im Abschnitt „Aufgaben" (3. 2) bereits Anwendungsfelder skizziert sind, muß besonders das Konzept der Gewinnung von „Machtpositionen", von „'Gegenmacht' im Rahmen des kapitalistischen Systems" gründlicher diskutiert werden. Zum einen scheinen die Widerstände, die einer solchen Strategie entgegengesetzt werden, zu wenig berücksichtigt; zum anderen ist es durchaus die Frage, ob der Kapitalismus nicht in der Lage ist, vereinzelte Positionen von 'Gegen-

macht' als exotische Beispiele für seinen Liberalismus bestehen zu lassen oder gar zu integrieren. Gegenmacht aufzubauen ist notwendig; ob das aber als offene Übernahme von Stellen oder als Machtkampf um bestehende kapitalistische Institutionen – mit dem Ziel, sie sozusagen aus dem Kapitalismus herauszubrechen – in einem Land möglich ist, bleibt ungeklärt. Es könnte immerhin sein, daß der Situation Formen subversiver Arbeit angemessener sind.

Übereinstimmung besteht darin, daß qualitativ neue soziale Strukturen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft auch die gegenwärtige Arbeit nicht unberührt lassen können. Eine sozialistische Strategie ohne ausreichende Analyse der ökonomischen Bedingungen ihres Kampfes zu formulieren, wäre genauso verfehlt, wie der Versuch von Praxis, dem Organisationsstrukturen zweitrangig sind. Das zentrale Problem der Struktur einer zukünftigen, nicht mehr kapitalistisch organisierten Gesellschaft, kann daher auch dort nicht ausgeklammert werden, wo die Organisation des sozialistischen Kampfes für eine solche Gesellschaft erst am Anfang steht.

Wenn das 'Verhältnis sozialistischer Gruppen zu Institutionen' zum Thema wird (3.3), verliert sich diese Überlegung allerdings wieder. Denn einerseits wird kaum etwas über Aufgaben, Strategie und Zielvorstellungen gesagt, zum anderen erscheinen unter „Institutionen" nur Parteien und Gewerkschaften, so daß die sozialistische Arbeit etwa in Einrichtungen der Kommunalpolitik, in den Verbänden und Organisationen des Ausbildungs-, Sozial- und Gesundheitssektors etc. nicht diskutiert wird. Der Stellenwert dieser, in Basisgruppen oder anderen Formen organisierten, Arbeit im Vergleich zu der in Parteien und Gewerkschaften zu leistenden darf zwar nicht zu hoch veranschlagt werden, müßte aber mehr beachtet werden als das in diesem Abschnitt geschieht.

Im Gegensatz zu anderen Teilen des Papiers wird im Abschnitt 3.3 die Abhängigkeit der Staatsverwaltung vom Kapital zu einseitig dargestellt. Dadurch wird in diesem Zusammenhang der Bedeutungszuwachs für die Rolle des Staates bei der Erhaltung krisenfreier ökonomischer Stabilität unterschätzt – eine Rolle, die mit den Interessen der Großindustrie nicht deckungsgleich ist. Denn während die Großindustrie z. B. das Zunehmen von Arbeitslosigkeit durchaus als nützlich ansieht, kann sich keine Partei eine Politik leisten, die darauf hinausliefe. Gäbe es nur die einseitige Abhängigkeit des Staates von den Monopolen, wäre seine Rolle und die der Parteien ziemlich uninteressant, ebenso übrigens wie die in der sozialistischen Strategie wichtig gewordene Diskussion von Herrschaftsstrukturen und autoritärem Verhalten.

Die Forderung, bei Wahlen die SPD zu unterstützen, um innerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie „Freiheitsräume" zu erhalten, sollte nicht erhoben werden, ohne daß ihre möglichen Konsequenzen in den Blick kommen. Immerhin spricht ja einiges dafür, daß gerade die SPD die Stabilität spätkapitalistischer Produktions- und Machtverhältnisse am ehesten garantiert, und es bleibt offen, inwiefern die „liberalere" Durchsetzung von Kapitalinteressen nützlich ist. So wie darüberhinaus die „neuen Organisationsformen" unbestimmt bleiben, wird auch unreflektiert ein „Kampf um parlamentarische Vertretung der Sozialisten auf der Basis politischer Massenaktivierung" angestrebt – ohne Rücksicht auf die lange Debatte um Parlamentarismus und Rätedemokratie (Lukács: „Der Parlamentarismus ist ein System, das zur Manipulation von oben eingerichtet ist".).

Die Analyse des Verhältnisses zu den Gewerkschaften hat den beginnenden Politisierungsprozeß in den Gewerkschaften noch garnicht zur Kenntnis genommen; ebensowenig wird die gefährliche Rolle der gewerkschaftlichen Konzeption von „Mitbestimmung" erörtert. Und auch die notwendige Doppelstrategie (Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft zugleich) wird nur gestreift.

(3. 4) Auffälligerweise ist der Abschnitt über das „Verhältnis zu sozialistischen Staaten" der kürzeste des ganzen Papiers. Sein Hauptmangel besteht darin, daß nirgends steht, was unter sozialistischen Staaten verstanden werden soll; sie treten schlicht als „bestehende" auf. Voraussetzungen dazu bleiben undeutlich oder werden – wie die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln – gar nicht erst erwähnt. Beim kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte sozialistischer Staaten werden heutige Schwächen zu sehr aus angeblich unvermeidlichen äußeren Schwierigkeiten abgeleitet, ohne daß „Fehlschläge, Abgehen von den ursprünglichen sozialistischen Zielsetzungen, Fixierung auf ökonomische Leistungen, bürokratische Herrschaftsformen" selber als mögliche – und vielleicht wechselseitige – Ursachen von Deformationen untersucht würden. Wenn richtig ist, daß „die weitere Entwicklung der sozialistischen Staaten ... für die Durchsetzung des Sozialismus in den kapitalistischen Staaten von höchster Bedeutung ist", muß die fehlende Stellungnahme zu den „bestehenden" sozialistischen Staaten umso mehr auffallen. Daran ändert auch die „kritische Solidarität mit all den Kräften, die sich um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in diesen Ländern bemühen", wenig. Wir meinen, daß eine neue sozialistische Organisation in der BRD dazu klar Stellung beziehen muß; sie wird ihr sonst in der Praxis abgezwungen werden. Vielleicht wird man sie sogar daran messen. Uns scheint deshalb eine solche klare Stellungnahme unerläßlich zu sein.

(3. 5+6) Das „Verhältnis sozialistischer Gruppen untereinander" wäre ein notwendiges Thema für das Konzept jeder gemeinsamen Strategie-Diskussion oder gar einer Organisationsdebatte. Daß im Thesenpapier statt dessen nur einzelne sich als sozialistisch verstehende Organisationen beschrieben werden, ist ein schwerwiegender Mangel. Überdies wird die Rolle der DKP unterschätzt, wenn ihr nur ein „bescheidener organisatorischer Ansatz" unter dem Stichwort „Gruppierung" zugebilligt wird. Hier und in der Kritik an der mangelnden innerparteilichen Demokratie der DKP wird zwar erkennbar, daß die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro die DKP im Grunde nicht für eine sozialistische Partei hält; ebenso wie in der Frage des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten fehlt aber eine entschiedene Stellungnahme. Obwohl die DKP sozialistische Ziele vertritt, müssen ihre Organisationsstruktur und die Kritiklosigkeit, mit der sie die Praxis in den sozialistischen Ländern akzeptiert, als untauglich für die Mobilisierung sozialistischer Kräfte in dieser Gesellschaft abgelehnt werden. Das heißt nicht, daß für eine sozialistische Organisation die projektbezogene Zusammenarbeit mit der DKP zu verwerfen wäre – Voraussetzung bliebe dafür aber, daß von der DKP kein Führungsanspruch erhoben wird.

Wir teilen die Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten linker Gruppen in der SPD, vermissen aber die Feststellung, daß die SPD keine sozialistische Partei ist. In eine Partei, die die Funktion hat, den Kapitalismus wohnlicher zu gestalten, sollten Sozialisten nicht massenhaft eintreten; für diese käme es darauf an, selbständig eine sozialistische Alternative zu erarbeiten, die als Korrektiv zugleich eine wirksame Unterstützung linker Genossen in der SPD sein könnte. Statt einer flüchtigen und noch dazu mangelhaften deskriptiven Erfassung der Reste der antiautoritären Bewegung, wäre eine Analyse ihres historischen Stellenwerts sinnvoll gewesen, wie wir sie vor einigen Monaten in „links" gegeben haben. Die „Anmerkungen zur Organisationsfrage" (3. 6) zeigen ja, daß das Sozialistische Büro seine Organisationsvorstellungen inhaltlich aus den Erfahrungen der antiautoritären Bewegung ableitet. Dabei wird auch einer der Gründe dafür deutlich, daß das Papier über das Verhältnis der dargestellten Organisationen zueinander nichts sagt: Weil jede dieser Gruppen einen Führungsanspruch erhebt, der nur durch eine neue Organisationsform überwunden werden kann. Praktisch und theoretisch an der Konkretisierung solcher Organisationsvorstellungen zu arbeiten, muß für die nächste Zukunft die Hauptaufgabe aller Sozialisten sein.

Zu Kapitel 4
(Arbeit und Ziel des Sozialistischen Büros)

Wir sehen in der dargestellten Arbeitsweise des Sozialistischen Büros und den Möglichkeiten, die sich aus seiner Organisationsstruktur ergeben, einen sinnvollen Ansatz für die Vorarbeiten zur überregionalen Organisierung aller sozialistischen Gruppen. Wir unterstützen deshalb diese Initiative und rufen alle Gruppen und ebenso auch alle vereinzelt arbeitenden Sozialisten auf, mit dem Sozialistischen Büro zu kooperieren.

Kollektiv des AK Sozialistische Strategie in Hamburg,
gez. Brumm, Dörner, Rebstock,
Kontaktadresse: Dieter Brumm, 2 Schenefeld (Hamburg), Wachtelberg 33 b.

«Meine Herren! Ich gehöre zu denen, die die Dinge von vorn anpacken!»

Sozialismus für Bildungsprivilegierte? Zur Sprache der Thesen

Ist Sozialismus nur eine Sache der Bildungsprivilegierten?

Die Mehrheit derer, die sich, zu Recht oder zu Unrecht, als Sozialisten betrachten, hat Universitäten bzw. Gymnasien besucht und sich dort einer Sprache bedienen gelernt, welche von der Mehrzahl der von den Kapitalisten abhängigen Menschen nicht verstanden wird. Auf Seite 6, letzter Absatz, der „Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro" wird sehr zutreffend von einer „systemimmanenten Fachsprache" gesprochen. Diese Sprache wird von so gut wie der gesamten Linken gesprochen und geschrieben. Das mag zum Teil daher kommen, daß der größte Teil der sozialistischen Ideen, aus welchem Grund auch immer, von Bildungsprivilegierten produziert wurde.

Man sollte doch einmal die Probe auf's Exempel machen. So z. B. irgendwelchen Arbeitern und Angestellten eine linke Publikation geben und sie bitten, diese zu

lesen und zu kritisieren. Ich bin überzeugt, die Masse würde resignierend die Lektüre zur Seite legen und erklären, sie verständen nicht einmal die Hälfte (aus oben angeführten Gründen) des Gelesenen. Sozialismus soll und muß durch a l l e vom Kapitalismus Erniedrigten verstanden und verwirklicht werden, sonst besteht die Gefahr, daß es kein Sozialismus, sondern wieder die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit wird!

An der Diskussion über den Sozialismus muß sich das Subjekt, der unterdrückte und unwissende Mensch, beteiligen können. Niemand darf zulassen, daß er, wie in der Kirche, n u r an die Sache glaubt ohne sie zu verstehen. Ich meine doch, daß es für den engagierten Sozialisten einfacher ist, sich allgemein verständlich auszudrücken als für jene, die nicht das Privileg der Bildung genossen haben, jeden sozialistische Gedanken verbreitenden Satz mühselig (und daher meist schon uninteressant) ins gebräuchliche Deutsch zu übersetzen.

Harald Stegemeyer, Hamburg

In den Vorbemerkungen zu den Thesen wird ausgeführt, daß diese sich nicht vornehmlich an ein nur theoretisch versiertes Publikum wenden. Liest man die Thesen, muß man jedoch feststellen, daß sie gespickt sind mit Fremdwörtern und zum Teil in einer wissenschaftlich-gestelzten Sprache gehalten wurden. Mir ist es schleierhaft, warum man nicht kapieren will, daß Fremdworte schon einfach untragbar sind. Warum benutzt man das Wort Telos, wenn es einen deutschen Ausdruck dafür gibt etc.?

Gerhard Naser, Heidenheim

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Aus dem Inhalt von Heft 5/71:

- Vorbeugehaft – erneuerter Versuch der polit. Unterdrückung
- Ausbau des Bundesgrenz-
- schutzes zur Regierungstruppe
- Lehrlingsstreik ist rechtmäßig
- Strafhaft ohne Urteil
- Gutachten zum Schießbefehl in München
- Zum Jugendgerichtstag

Probeheft und Abonnement (6 Hefte DM 6,– plus Porto) bei:

ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg
Werrgasse 7

Das Verhältnis zu den Gewerkschaften

Die positiven und von Erfolgen begleiteten Erfahrungen, die bereits in den zwanziger Jahren aus dem Verhältnis der damaligen Gewerkschafts-Opposition zu den damaligen „Freien Gewerkschaften" und bei der Bildung eines starken linken Flügels gewonnen wurden, müssen heute zum größten Teil neu erworben werden. Ob die Zeit dazu ausreicht, das hängt davon ab, wie wir sie nutzen.

Liest man diesen Abschnitt (S. 25–27), so erhält man zuerst den Eindruck, als ob alles gut und richtig sei. Doch mit dem letzten Satz scheint dann wieder alten Illusionen weit die Tür geöffnet und alles aufgehoben zu werden, was vorher schön und klug gesagt wurde. Was ist in diesem letzten Satz mit „... einem Stützpunkt außerhalb der Gewerkschaften ..." gemeint?

Nach meiner Meinung muß die Parole „Stützpunkt außerhalb der Gewerkschaften" den Apparaten als Argument und als Mahnung für ihre „Feindseligkeit" zugute kommen, wenn nicht klar ausgesprochen wird, was für „Stützpunkte" das sein sollen. Und das Ergebnis in den eigenen Reihen könnte, sobald diese Parole sich als undurchführbar ergibt, nur ein Fiasko aus Verwirrung und Depression sein, womit die eigene Niederlage gefördert werden würde.

So hat nach 1923 die spätere stalinistische KPD-Führung mit einer ähnlichen Politik die größte Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung herbeigeführt, ihre Wiederholung wäre Zeitvergeudung und absolut überflüssig. Alte Genossen, welche die zwanziger Jahre bis zu Hitler kritisch miterlebt haben, haben die Erfahrung gemacht, daß nur die stete und zähe Arbeit zielklarer oppositioneller Gewerkschafter eine ständig wachsende Zustimmung der übrigen Gewerkschaftskollegen bewirken, und nur die so entstehende allmähliche Festigung bzw. Verwurzelung oppositioneller Erfahrung und Einsicht den einzig möglichen Stützpunkt, nämlich der Gewerkschaften, und zwar in den Köpfen, herbeiführen kann.

Walter Bernhard, Westberlin

Zur Charakterisierung der DKP

Bei aller Respektierung des vorläufigen, des Diskussionscharakters der Thesen, möchte ich doch einige Anmerkungen speziell zum Kapital 3.5 (Verhältnis sozialistischer Gruppen) und zur Skizzierung der DKP machen, die mir dort nicht ausreichend erscheint.

1. Das Wort „entscheidend" (S. 28 Mitte) erscheint mir als eine Überzeichnung, denn wenn die DKP-Politik „entscheidend" mit den skizzierten Nachteilen behaftet ist, liegt der Schluß nahe, daß diese Politik bekämpft werden muß, da sie zur Desorientierung beiträgt. Das ist denn auch die Linie der sogenannten „Ultralinken". Eine bloße Darstellung der Mängel einer solch bedeutenden Gruppe wie der DKP mit nur formaler Andeutung von erfolgreicher Agitationspraxis genügt nicht. Auch wenn das Sozialistische Büro deutlich machen will, warum es sich nicht mit einer bestehenden sozialistischen Gruppe identifiziert, entschuldigt nicht das Fehlen einer umfassenderen Darstellung, die den Stellenwert der KP-Politik für eine sozialistisch-arbeitsteilige Strategie herauszuarbeiten hätte.

2. Dem Vorwurf, „die DKP hat nur unzureichend ... reflektiert", kann ich nicht folgen und wäre für eine Begründung dankbar. Auch was dann folgt, drückt meines Erachtens eine relativ wenig fundierte Kenntnis der DKP-Strategie aus: Die Orientierung „primär an parlamentarischen Erfolgen" wäre dann revisionistisch, wenn man zu dem Zweck Abstriche von der marxistischen Theorie machen würde, um „wählbarer" zu sein, und wenn man darüber hinaus den außerparlamentarischen Kampf vernachlässigen würde, der ja nun wirklich wichtiger ist. Die Tatsache, daß sich hier in Münster z. B. bei den letzten Bundestagswahlen die Kommunisten ausschließlich um den parlamentarischen Kampf kümmerten, resultiert daraus, daß die DKP noch zu schwach war, um die Arbeit zu teilen. Außerdem ermöglicht gerade die parlamentarische Plattform ein wirksameres Aufzeigen von gesellschaftlichen Gegenmodellen, die häufig ein politisches Alternativdenken erst wach werden lassen (siehe Gemeinden mit Kommunisten in der Kommunalverwaltung). Daß parlamentarische Beteiligung ein Anreiz zum Reformismus sein kann ist klar, sie reduziert die Wirksamkeit praktisch auf Agitation und Publikation. Immerhin schätzt auch die DKP außerparlamentarische Arbeit als wichtiger ein – und das nicht nur verbalakklamierend.

3. Eine „illusionäre Bündniskonstellation" wäre wohl z. B. Aufforderung an die SPD-Führung, gemeinsam gegen rechts zu agitieren, wie es die DKP im Anfang noch versuchte. Aktionsbündnisse mit der sozialdemokratischen Basis sowie mit Jusos, jeweils anhand konkreter Anlässe, sind allerdings durchaus realistisch – meine ich. Oder versteht ihr unter „illusionären Bündnissen" etwas anderes?

4. Daß die DKP sich ideologisch außerordentlich stark an SED und KPdSU anlehnt, mag teils aus persönlichen Erlebnissen älterer Parteimitglieder der DKP, teils aus Unterstützungsbedürfnis nach außen hin (auf Grund ihrer Schwäche hier) verständlich werden. Daß diese Momente Sachargumentationen teilweise in den Hintergrund drängen oder ganz ausschalten, ist allerdings kritisierbar. Hier würde ich den entsprechenden Punkt der „Thesen" unterstützen.
Allerdings gibt es auch zu diesem Punkt unter DKP-Studenten, wenigstens hier in Münster, intern eine vergleichsweise breite Diskussion – auch wenn es noch ein großer Schritt ist, bis man in einer stark antikommunistisch formierten Gesellschaft zwischen Anti- und schlicht „Nichtkommunismus" (im sozialistischen Sinn) unterscheiden lernen wird.

5. Die Thesen kritisieren unten auf S. 28 neben mangelnder Diskussionsbreite in der DKP (s. o.) auch mangelnde „Mitwirkungsbreite". Dem kann ich allerdings nicht folgen, da ich Gegenbeispiele kenne. Für eine Begründung bzw. Erläuterung wäre ich dankbar. Sollte der „demokratische Zentralismus" als Prinzip gemeint sein, dann soll man das klar sagen und kurz begründen. Die Auseinandersetzung mit diesem Organisationsprinzip erfordert allerdings eine eigene Grundsatzkritik, auch das auf S. 30–31 dazu Angemerkte reicht nicht aus bzw. nährt m. E. wieder Illusionen über autoritätsfreie Organisation, wofür gerade in unserer Gesellschaft allgemein wohl nach wie vor das gilt, was Engels vor 100 Jahren dazu gesagt hat. Das kann man bedauern, aber nicht unberücksichtigt lassen. Repressionsfreie Organisationsbereitschaft ist in erster Linie Aufgabe der Erziehung, – für eine Massen- und gerade Arbeiterpolitik dagegen wohl noch illusionär.

Michael Payne, Münster

Die Sowjetunion, ein sozialistischer Staat?

Soweit in den Thesen tatsächlich sozialistische Politik behandelt wird, grundsätzliche Postulate, Strategie und Taktik in unserer Zeit, besteht volle Übereinstimmung. Mir ist und bleibt unverständlich, warum Ihr immer wieder versucht, Unvereinbares zusammen zu kitten. Euren eignen Formulierungen zufolge ist Sozialismus nur denkbar, wenn die Werktätigen nicht als Objekt mißbraucht werden, sondern selbstbestimmend ihr Schicksal schmieden. Dann wimmelt es da andererseits von sozialistischen Staaten und dergleichen in Bezug auf KP-Politik. Ist Euch dieser Widerspruch nicht bewußt oder ist es gewollter Opportunismus? Für meine Begriffe gibt es heute keinen schlimmeren Antikommunismus als die Praxis derer, die sich fälschlich Kommunisten nennen. Wenn ich in der Bild-Zeitung von sozialistischen Staaten lese, ist mir das verständlich. Eure Distanz oder Kritik wird gegenstandslos, wenn ihr Euch nicht von den üblichen, hüben und drüben bewußt falsch gebrauchten Formulierungen befreit. Erst dann wird die Diskussion über echte Alternativen sinnvoll und möglich.

Peter Lersch, Köln

Darf ein „Linker" LSD schlucken?

Rausch und Leistung im Kapitalismus

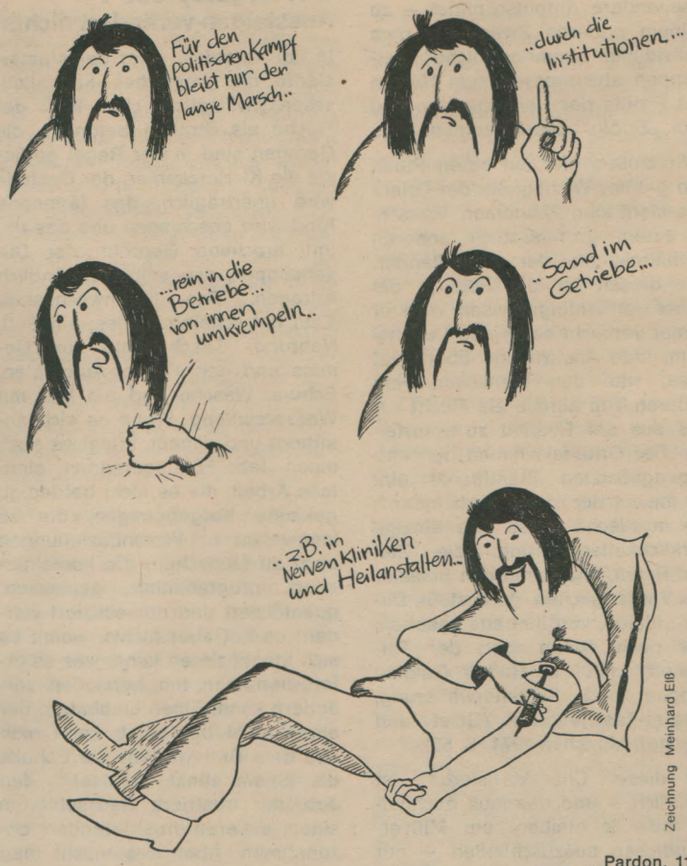
Herbert Stubenrauch

Es ist schwierig, zu Rauschmitteln und ihrem Stellenwert in der westlich-kapitalistischen Gesellschaft etwas zu sagen, ohne das übliche Beurteilungsklischee zu benutzen: entweder Propagierung und Verherrlichung der „Rauchgiftkultur" oder ihre totale Verurteilung. Ebensowenig kann sich aber die Linke einer rationalen Diskussion dieser Fragen entziehen, indem sie die Einstellung zu Rauschmitteln der privaten Entscheidung überläßt und damit einem Bündel von sehr unterschiedlichen Affekten, individuellen Erfahrungen, Vorurteilen und zum Teil unbewußten Wünschen und Ängsten.

Außer dem „Neuen Forum" (Wien), das in seiner Juni/Juli-Ausgabe 1971 sich ausführlich mit der „Rauschgiftkultur" beschäftigte, gibt es im deutschsprachigen Raum nur wenige ernsthafte Versuche, differenzierte Diskussionen über Drogengenuß voranzutreiben. Der von der Zeitschrift „konkret" für das Frühjahr 1972 initiierte „Anti-Drogen-Kongreß" vermag möglicherweise etwas Klarheit zu bringen, obwohl nach dem Stand der jetzigen Vorbereitungen und der bisherigen Politik von „konkret" in dieser Frage nicht klar ersichtlich ist, welchem Interesse dieser Kongreß nutzbar gemacht werden soll.

Mit der Drogenfrage wird ein Kernproblem antikapitalistischer Strategie angesprochen: zur Abschaffung der kapitalistischen Leistungsgesellschaft sind Leistung, Disziplin, Bedürfnisaufschub notwendig. Das Verhältnis von revolutionärer Arbeit und Genuß unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft wird bei der Drogenfrage zwingend thematisch.

Die Meinungen zu dem vorliegenden Artikel waren in der „links"-Redaktion selbst kontrovers; Grund genug, ihn den Lesern zur Diskussion zu stellen.



Pardon, 11/71

Darf ein „Linker" LSD schlucken? Genausogut könnte gefragt werden: Darf ein Linker Ferien machen, solange der Kapitalismus nicht beseitigt ist, darf er sich satt essen, solange Millionen Menschen hungern? Diese Frage kann nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantwortet werden, sie bedarf genauer Differenzierung – die hier nur in einigen groben Zügen angedeutet werden kann –, sie ist jedenfalls nicht auf der Ebene moralischer Urteile zu leisten, sondern verlangt eine konkrete Analyse der Funktion von Rauschmitteln in dieser Gesellschaft, der Bedürfnisse derer, die sie benutzen und den positiven wie negativen Folgen, die sie hervorbringen.

Unzählige Zeitungsartikel und Dutzende von Büchern sind in den letzten Jahren zum Thema Rauschmittel geschrieben worden. Behörden, Schulen, Kirchen, Parteien kümmern sich darum, veranstalten Tagungen, richten „Beratungsstellen für Drogenfragen" ein, und in dem Wust von Behauptungen, Urteilen und „wissenschaftlichen Untersuchungen" läßt sich nur schwer eine Orientierungslinie für einen kritisch-politischen Standpunkt zu dieser Frage herausfinden.

● Der Eiertanz der bürgerlichen Presse signalisiert lediglich, daß im „Drogenproblem" offenbar zentrale Widersprüche der kapitalistischen Ordnung selbst manifest werden, daß die Sorge um die rauschgiftgefährdete Jugend eng verknüpft ist mit der Sorge um das Funktionieren der „Leistungsgesellschaft", und daß ein „warnender" Artikel, der in der Zeitung gerahmt wird durch großformatige Anzeigen für Alkohol, Tabak und Schlafmittel, wenig ernst genommen werden kann.

● Die linke Presse hat in ihrer Stellungnahme zu Rauschmitteln immer schon geschwankt zwischen einer Position, in der Hasch und trips als schicke Assesoirs revolutionären Gehabes erschienen und der kreisende Joint zu einem wichtigen Glied der linken Subkultur verherrlicht wurde, – und der konträren Position, in der das Abklingen der Schüler- und Studentenrevolte von 1968 mit dem individuellen Abschlaffen vieler Genossen im resignierten und damit unpolitisch gewordenen Rauschmittelgenuß in Beziehung gesetzt, und der Kampf gegen die Flucht in den Rausch – die nichts verändert, sondern nur der privaten Befriedigung dient und schließlich selbst kaputt macht – aufgenommen wurde (z. B. „konkret" seit 1971: „Genossen, wir haben Scheiße gebaut").

Tatsachen

Es gibt bisher nur eine einzige umfassende empirische Untersuchung über die Verbreitung von Rauschmitteln unter Jugendlichen (eine entsprechende unter Erwachsenen ist in der BRD nicht bekannt), und zwar die Studie, die 1970/71 im Auftrag der Hamburger Schulbehörde erstellt wurde und eine repräsentative Stichprobe von 4800 Mädchen und Jungen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren umfaßte. Die Ergebnisse sind:

● fast 25 % der Schüler haben Erfahrungen mit Rauschmitteln,

● 12 % nehmen regelmäßig Haschisch oder noch stärkere Mittel,

● nicht Gymnasiasten sind die häufigsten Hascher, sondern Lehrlinge,

● 1 % gehört zu den „Fixern", die sich gefährliche Mittel einspritzen,

● psychische Probleme spielen bei der Disponierung Jugendlicher zum Rauschmittelgebrauch eine erhebliche Rolle; so nannten viele der Befragten ihr Familienleben „unerträglich". (Quelle: betrifft: erziehung, 4/1971/10, S. 18).

Haschisch führt nicht zu härteren Drogen

„Haschisch erzeugt keine physische Abhängigkeit, führt nicht zwangsläufig zu anderen „harten" Drogen und hinterläßt bei gelegentlichem Konsum weder körperliche noch geistige Schäden. Anhänger des „süßen Rausches" neigen im Gegensatz zu Alkoholikern nicht zu kriminellen Gewaltakten."

Mäßiger Haschgenuß verleitet auch nicht zur permanenten Flucht aus der Wirklichkeit. Zu diesen Schlußfolgerungen ist ein Gremium von elf Wissenschaftlern – Ärzten, Psychologen und Pharmakologen – in einer detaillierten Untersuchung gekommen, deren Ergebnis die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf soeben veröffentlicht hat. Die WHO-Studie bestreitet die Richtigkeit der sogenannten „Domino-Theorie", der zufolge heranwachsende Jugendliche in der Regel mit dem Rauchen von Haschisch oder Marihuana beginnen, später zu anderen Drogen übergehen und schließlich beim Heroin landen" (Quelle: dpa, nach FAZ, 26. 11. 71).

Die Lage

Wenn das so ist: wenn 12 % der Jugendlichen Rauschmittel benutzen, wenn es vor allem diejenigen tun, die ab ihrem 15. Lebensjahr ihre Arbeitskraft für andere in Fabriken und Büros verkaufen müssen, wenn es weiter stimmt, daß diese Mittel nicht abhängig machen: warum also dies Geschrei? Weil in der Tatsache ein Symptom hervorbricht, das die Herrschenden beunruhigt; offenbar vermag das System von Produktion und Konsum, diese scheinbar „beste aller möglichen Welten", doch keine Befriedigung und Befriedung der in ihr lebenden und arbeitenden Menschen zu schaffen; es bleiben Leiden, unbefriedigte Bedürfnisse, Ekel, Verweigerung, Re-

bellion. Die unerträglichen Lebensbedingungen – in Familie und am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Freizeit – verlangen nach etwas anderem.

Marxistische Kritik hat diesen Verhalt schon lange auf den Begriff gebracht: **Entfremdung. Die Transformation dieser Kritik in eine Strategie praktischer Veränderung durch handelnde Individuen kann nur die einzig relevante Konsequenz sein, und die individuelle Flucht in private Paradiese bleibt, und daran ist festzuhalten, unpolitisch, systemstabilisierend.**

Die Zwitterhaftigkeit der bürgerlichen Auseinandersetzung mit dem Rauschmittelproblem hat jedoch andere Ursachen: für sie sind Hasch und LSD zunächst auch Instrumente, die Arbeitssklaven zufrieden zu halten, Mittel wie der Betriebsausflug, die Weihnachtsgratifikation, die Vergnügungsindustrie, der Alkohol und das Fernsehen. Aber: gerade die diskriminierten Rauschmittel haben Nebenfolgen, führen in ihrer Wirkungseinheit Momente mit sich, die nicht mehr so leicht sozialtechnologisch zu manipulieren sind, sie eröffnen Perspektiven, haben gleichsam Unterströmungen, die für das System latent bedrohlich sind.

Nur so ist die Aufregung zu deuten, mit der die „Verantwortlichen" des Systems seit Jahren um das Rauschmittelproblem kreisen. Wenn sie gewiß sein könnten, daß Hasch als Ausgleichssport für den Feierabend, der wieder zu besserer Leistung im Betrieb fit macht, verwertbar wäre, würden sie nicht mehr lange zögern, es an jedem Kiosk feilzubieten. Aber diese Gewißheit bleibt ihnen versagt. Denn nicht aggressiver Rausch und Genuß – Introversion und Passivität stellen einen Gegensatz zu dieser Gesellschaft dar, der ihre polit-ökonomischen und ideologischen Fundamente selbst betrifft.

Rausch und Leistung

In einem sehr verkürzten, viele Einzelwidersprüche ausklammernden Vergleich zwischen den Ländern der westlich-kapitalistischen industriellen Zivilisation und denen des Orients, lassen sich einige bemerkenswerte Unterschiede feststellen: Die kapitalistische Zivilisation ist geprägt durch Verhaltens- und Charaktereigenschaften ihrer Individuen – abgeleitet von und symbolisiert in den Produktionsverhältnissen – die gekennzeichnet sind durch: Erosfeindlichkeit, Askese, Zucht, Leistung, Gehorsam, Disziplin, Funktionalität, aggressive Expansion, Wille, Erfolg, Praktikabilität, Effizienz, Profit. Demgegenüber stehen in der orientalischen Kultur Begriffe wie: Kontemplation, Introversion, Genuß, Ruhe, Erosfreundlichkeit, Passivität, Friedlichkeit. Es ist sicher kein Zufall, daß in der orientalischen Kultur Alkohol – der „enthemmt" und aggressiv macht – verpönt ist, während Haschisch und Opium (wie seine Derivate), die still und sanft machen, erlaubt sind. Vor diesem Hintergrund ist auch nur zu erklären, weshalb es in jeder „westlichen" Apotheke Weckamine und Amphetamine frei zu kaufen gibt: sie stacheln an, machen mobil, dynamisch für den Konkurrenzkampf, bringen auf Hochtouren, peitschen vorwärts – wie Alkohol, Nikotin, Koffein und zahllose andere Aufputschmittel – zu keinem anderen Zweck als dem Individuum „unmenschliche" Leistungen abzupressen zum Nutzen des Profits der Herrschenden und zum „Erfolg" des Einzelnen.

„Wir stoßen hier auf einen Punkt von größter Wichtigkeit: der Orientale steht zum Phänomen 'Rausch' in einem grundsätzlich anderen Verhältnis als der Abendländer. Für diesen ist die Realität die Außenwelt. Infolgedessen wird er immer versucht sein, jede Lebensform, jede Ansicht und überhaupt alles, was den Menschen vom äußeren Tun abhält, als Flucht vor und aus der Realität zu verurteilen. Der Orientale nimmt den entgegengesetzten Standpunkt ein: für ihn ist der „Weg nach innen", die mystische Reise, die einzige Wirklichkeitserfahrung, die Zeit und Raum, und damit den Schleier des Vergänglichen, durchstößt. Daher „flieht", von ihm aus gesehen, wer nach außen lebt: der Tatmensch" (Quelle: Rudolf Gelpke: Drogen und Seelenerweiterung, Kindler-Taschenbuch (Geist und Psyche), München 1971, S. 50).

Mit dieser Charakterisierung ist natürlich – und das muß nachhaltig bewußt bleiben, um Mißverständnisse auszuschließen – nur ein Aspekt der individuellen Selbstwahrnehmung, des kulturanthropologischen „Klimas" der beiden Kulturen gegenübergestellt. In ihr wird wohl das Lebensleitbild des kapitalistischen Systems, das jedem seiner Mitglieder von Kindesbeinen an einsozialisiert wird, relativiert, nicht aber etwa vor dem sozialen Elend, der Ausbeutung, den feudalen Herrschaftsstrukturen, der Unterdrückung der Frau, der politischen Lethargie und Apathie „des Orients" die Augen verschlossen. Für den Feudalherren des Orients waren und sind die opiumberauschten, apathischen Menschen genauso herrschaftssichernd wie die durch Leistung, Erfolg, Alkohol und Fernsehen „besoffenen" Arbeitermassen für den westlichen Kapitalisten.

Nur: Wie schon Baudelaire erkannte: Haschisch-Liebhaber können keine guten Krieger sein – auch keine guten Bürger in einem Staat unserer Ordnung (Charles Baudelaire: Vom Wein und vom Haschisch, 1851), sie passen nicht ins Bild, sie sind, so heißt es heute in den USA, „drop-outs", diese Typen, die aussteigen, weggehen, nicht mitmachen bei dem absurden Spiel, in dem ein Bomberpilot ein Held, ein Fabrikdirektor ein verdienter Mann ums Gemeinwohl und ein träumendes junges Mädchen, das „high" ist, entweder als krank oder kriminell „behandelt" wird. Man lese die Stellenangebote in den Zeitungen: Gefragt ist, wer aggressiv, dynamisch, anpassungsbereit, ordentlich, fleißig, pünktlich, – wer Öl für die Profitmaschine zu sein verspricht – der, der reibungslos funktioniert im vorhandenen System.

Wer ist „drop-out"? – Aussteigen verändert nichts

In Los Angeles, einer der Musterstädte der westlichen kapitalistischen Zivilisation, sind 40% der Fläche als Straßen betoniert, die Garagen sind in der Regel größer als die Kinderzimmer, der Gestank wird unerträglich, das lärmende Kind wird geschlagen und das ununterbrochene Gedröhn der Düsenclipper als selbstverständlich ertragen. Das heranwachsende Kind hat scheinbar alles: ein Bett, Nahrung, Taschengeld für Comics und den Flipper-Automaten, Schule, Wäsche und ein WC mit Wasserspülung. Wenn es sich anstrengt und anpaßt, kriegt es auch einen Job: Fünftagerennen, sinnlose Arbeit, die es nicht befriedigt, gekaufte Vergnügungen, die es langweilen, Warenbeziehungen auch zu Menschen, die konfektioniert, programmiert, gemessen, quantifiziert und domestiziert werden; es hat aber nichts, womit es sich identifizieren kann, was es erforschen kann, tun, herstellen, verändern kann. Einen Liebhaber, der einen nicht befriedigt, kann man aus dem Bett werfen; die Schule, die einem stinkt, verlassen; den Job, der frustriert, wechseln, um einen anderen frustrierenden anzunehmen. Aber was macht man mit einem System, das einen kaputtmacht?

Wo Menschen wie Konservendosen behandelt werden, die man gebrauchen und nach Gebrauch wegwerfen kann, wo alle Aktivität nur nützlich wird, wenn sie einem absurden System die Lebenszeit verlängern hilft: wird darin nicht derjenige, der aussteigt, der nicht mehr mitmacht, sich verweigert, sich zunächst auf sich selbst zurückzieht, der erfahren will, daß es da noch so etwas gibt wie menschliche Wärme, Kommunikation, der ganz einfach das Berühren der Haut eines anderen Menschen erleben will – wird darin nicht derjenige, der, da es keine Alternative zu dieser Gesellschaft gegenwärtig für ihn gibt, Rauschmittel nimmt, um die erwürgende Realität dieser Gesellschaft zu verlassen, potentiell immer zu einem revolutionären Subjekt? Sind die drop-outs dieser Gesellschaft nicht möglicherweise die Sensibelsten, Stärksten, Intelligentesten – diejenigen nämlich, die das Spiel durchschaut haben und konsequent nicht mehr mitspielen? Wer diese Erfahrung gemacht hat, ist nicht mehr so leicht auf Neckermann-Kataloge, Opel-Kadett und Eigenheim-Wunschbilder zurechtzutrimmen, wer die Waren-Surrogate von Pop-Musik, Striptease, „Auto-Motor-und-Sport" durchschaut hat und nicht aufgibt, nach dem zu suchen, was sein Leben lebenswert machen könnte: er symbolisiert, indem er einfach nur da ist, einen radikalen Widerspruch zu dem System, an dem dieses hoffentlich vergeblich seine Fürsorge – und damit Eingemeindungsmaßnahmen zu entfalten versucht.

Auf dem Hintergrund dieser Situation stellt sich nun die weitere Frage: wie kann verhindert werden, daß der Rausch, der Genuß, die Gegenbewegung, zur bloßen individuellen Flucht verkommen, die folgenlos bleibt, die aktionslos wird und möglicherweise in einer Heil- und Pflegeanstalt endet? Da muß zunächst klargestellt werden: nicht Hasch oder LSD, Morphium oder Heroin machen kaputt, sondern dahinter steht immer das System, das kaputtmacht. Die Rauschmittel haben unter Umständen wohl die Wirkung, daß sie unfähig machen zu systemverändernder umwälzender Praxis – aber nicht sie sind die Ursachen, sondern das ungeheure Maß an Selbstdisziplin, Ich-Stärke, Solidarität, das verlangt wird, um in diesem System halbwegs unbeschädigt zu bestehen und trotzdem zum politischen Angriff sich zu sammeln.

Der Aufbau der notwendigen Selbstdisziplin kann aber gerade – und das ist die bedrückende Gefahr – bei Jugendlichen durch Drogenerfahrungen vollends verschüttet werden. Als Übersprungshandlung eingeleitet, verfestigt sich nur zu leicht der bequeme Weg ins Glück zu einer Realitätsblindheit, in der sich die betroffenen Individuen selbst zerstören .An dieser Stelle schlägt dann der „Drogenmarkt" zu: er bietet immer neue Glücksversprechungen an, macht seine horrenden Gewinne, indem zunächst Abhängigkeit, dann Steigerung der Quanten und Mittel, sodann kriminelle Akte (um zu dem Geld zu kommen, das der gesteigerte Bedarf an teuren Mitteln erfordert) erzeugt werden. So unterwirft sich der Drogenabhängige total seinem Ausbeuter: indem er jeden Preis zahlt, indem er kein Mittel scheut, um an das notwendige Geld zu kommen und indem er zugleich immer schon im Drogengenuß selbst der Illegalität unterliegt. Er wird planmäßig kaputt gemacht, bis auch der letzte Pfennig aus ihm herausgepreßt ist. Es ist ein System, dessen Grundstruktur sich in der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft durch den Kapitalismus spiegelt, nur, daß die Fabrik den Arbeiter nicht so schnell und so sichtbar kaputtmacht, wie den Drogenabhängigen seine Nadel.

Linker Rigorismus

Nun gibt es eine Reihe von Stimmen innerhalb der Neuen Linken, die dafür plädieren, nur derjenige sei ein wirklicher Revolutionär, der es fertig bringe, in eiserner Selbstdisziplin ununterbrochen für die Revolution zu arbeiten, der kein „Privatleben" mehr zuläßt, der weder auf die bürgerlichen, noch die möglichen anderen Glücksverspre-

chungen reinfällt, kurz: der asketisch lebe. In dieser, aus der Geschichte der Neuen Linken im Schatten der antiautoritären Zeit verständlichen Phase, bahnt sich jedoch eine Übernahme der bekämpften kapitalistisch-westlichen Arbeits- und Leistungsvorstellungen an, in der sich wesentliche Elemente der zu verändernden Misere selbst reproduzieren: Arbeit im Schweiße des Angesichts, Effizienz als einziges Kriterium, widerspruchsfreie Praxis als kategorischer Imperativ, Aufhebung aller Widersprüche individueller Existenz in einer an abstrakten politisch-sozialistisch-revolutionären Kriterien orientierten Leistung, die sich im Einzelnen als verinnerlichtes Pendant zum kapitalistischen Leistungsbegriff niederschlägt (vgl. hierzu den Aufsatz von Michael Schneider, „Gegen den linken Dogmatismus" im „Kursbuch" 25).

Wenn kein Teil der noch ausstehenden Wirklichkeit einer sozialistischen Gesellschaft in der gegenwärtigen Existenz des revolutionären Individuums antizipatorisch erlebbar ist, dann erstarrt nur zu leicht „linke Praxis" zu einem dogmatischen – nur mit umgekehrten Vorzeichen versehenen – Reproduzieren der kapitalistischen Bewußtseinsinhalte im sozialistischen Subjekt: es unterwirft sich dem Leistungszwang, der Genußfeindlichkeit, der Effizienz- und Aktivitätspeitsche so total, daß an der täglichen Praxis nirgendwo das Licht eines möglichen und erstrebten „befriedigten" Lebens für alle aufleuchtet. Der Totalitätsanspruch revolutionärer Aktivitäten schlägt um zu einem eschatologischen Heilsversprechen, an dem die jetzt lebenden Individuen keinen Teil mehr haben: kapitalistische Ethik (aus protestantischem Geist) mit sozialistischem, kleinbürgerlichen Vorzeichen.

Ambivalenz

Alles, was Spaß macht, drängt nach Wiederholung. Die Erfahrung des Rausches, einmal erlebt – ob im Orgasmus, beim Trip – zeigt Perspektiven befriedigten menschlichen Lebens auf und weist zugleich auf die Begrenztheit seiner Befriedigungsmöglichkeiten in der bestehenden Gesellschaft hin. Alle Lust will Lösung, alle Enge Erweiterung, alle Gleichförmigkeit Differenzierung: dieses Grundbedürfnis menschlicher Erfahrungstotalität stößt zwangsläufig an die Grenzen des bestehenden Gesellschaftssystems. Und da beginnt auch die Ambivalenz in der Einschätzung der Rauschmittel. **Sie sind an sich, wie viele andere Werkzeuge, die der Mensch zur Naturbewältigung und Lebenspraxis benutzt, „wertneutral"; sie sind nützlich, bereichernd und gefährlich zugleich. Erst das Bedürfnis, das dahintersteht, der Zweck, dem sie dienen, der Verwertungszusammenhang, dem sie unterliegen, weisen ihre spezifische gesellschaftliche und politische Bedeutung aus.** Wie das Messer, das zum Brotschneiden und zum Töten dienen kann, wie der elektrische Strom, der Führerschein, das Dynamit, ein bestimmtes Medikament, kurz: wie alle Mittel, die die Menschen gebrauchen, seien es vorgefundene, oder erst technologisch produzierte, der Förderung, Entfaltung menschlichen Glücks und zugleich auch seiner Zerstörung dienen können, so tragen die Rauschmittel diesen Ambivalenzcharakter in sich.

Jeder einzelne Trip ist in sich ambivalent. Er verstärkt, verlängert, verdichtet das psychische Erfahrungsreservoir, deckt Beziehungen auf, schafft Einsichten und Zusammenhänge, „Sehweisen" und Erlebnisqualitäten neuer Art, aber nicht grundsätzlich neuen Inhalts. Das inhaltliche „Material" bringt der, der auf „die Reise" geht, immer schon mit; er geht nur neu und anders damit um als er gelernt hat, in dieser Gesellschaft damit umzugehen. So kann auch all die namenlose Angst, die Erbärmlichkeit des Lebens, das Entsetzen über die Sinnlosigkeit vieler Tätigkeiten, das ganze neurotische Syndrom der eigenen Person ans Licht kommen. Sind die psychischen Mittel nicht bereitgestellt, entwickelt und erfahren, diese Dimension der Erfahrung zu „bearbeiten", wird die Reise ins Unbekannte zum „horror-trip". Die Ähnlichkeit des Trips mit dem Traumgeschehen, die Ablösung der Vorstellungen von den Affekten, das Erleben des frei flottierenden unbewußten Materials sind mit ein Grund, den Trip zu meiden wie einen Gang zum Analytiker: man fürchtet die Konfrontation mit dem, was man selbst dumpf in sich spürt. All die sorgfältig aufgebauten charakterlichen Panzerungen und die Entlastungsfunktionen werden transparent, es gibt kein Rollenspiel mehr, das aus den Erwartungen der anderen gesteuert wird, man ist Beobachter und Beobachteter zugleich.

William Burroughs „Naked Lunch", Warhols Film „Trash" sind eindrucksvolle Dokumente der Zerstörung humaner Existenz durch Rauschmittel; die Protokolle aus „Bonnys Ranch" in Berlin und die Berichte der Nervenkliniken über die menschlichen Wracks, die Heroin und andere Mittel kaputt gemacht haben, lassen keinen Zweifel an der selbstmörderischen Wirkung der „harten" Drogen. Aber will man daher ableiten, daß Rauschmittel **„an sich"** zerstörerisch sind? Will man von daher begründen, kein Rauschmittel mehr zu benutzen? Das hieße zu vergessen, daß diejenigen, die die Drogen zerstören, schon zuvor am System selbst zugrunde gegangen sind. Denn was macht mehr kaputt: als Soldat der USA in Vietnam kämpfen zu müssen, das idiotische Konkurrenz-, Warenanhäufungs- und Erfolgsspiel dieser Gesellschaft mitmachen zu müssen, der Irrationalität dieses Systems „Sinn und Wert" abgewinnen zu müssen, oder der Versuch, im Rausch zu sich selbst zu kommen oder auch der eigenen bedrückenden Wirklichkeit zu entfliehen – auch wenn dieser Versuch scheitert? Und dabei weiß man, daß er zumeist bei denjenigen scheitert, das heißt in der Nervenheilanstalt endet, die ohnehin keine Chance hatten, innerhalb der Spielregeln des Systems zu einem „Erfolg" d. h. glücklichem Leben zu kommen: bei den Minderheiten, den Arbeitslosen, den Entrechteten, den Gestrandeten, den „Mühseligen und Beladenen".

„Liebe – Brot der Armen" – dieser Satz müßte ergänzt werden: „Rausch – Surrogat des Glücks, das noch aussteht". Darin liegt der Kern einer politischen Einschätzung der **Rauschmittel: sie dürfen kein Ersatz werden für die konsequente Arbeit an der politischen Veränderung des Systems, das das Unglück, aus dem geflüchtet werden soll im Rausch, erst produziert. Und sie können andererseits – sofern dieser Grundzusammenhang bewußt ist – die partielle Vorwegnahme ganz anderer Existenz-, Wahrnehmungs- und Erlebnisbedingungen schaffen, für die es im Rahmen einer auf Leistung, Effizienz und aggressiver Expansion ausgerichteten Gesellschaft keinen Platz gibt. So erlebt und in den stabilen sozialen und politischen Kontext solidarischer revolutionärer Praxis eingebettet, vermögen Rauschmittel – sofern sie unterhalb der Grenze der physischen und psychischen Abhängigkeit bleiben – die Realitätssicht und die Urteilsschärfe, die Gelassenheit und Ausdauer, die Sensibilität und Aktivität der Linken in gewisser Weise zu fördern. Sie stellen dann nicht mehr die kurzschlüssige Aufhebung des Realitätsprinzips durch das Lustprinzip dar, sondern vermögen – wenn auch nur partiell – dem Lustprinzip zur individuellen Erfahrung zu verhelfen, die der Realität trotzt.**

Auf eine Formel gebracht: wer nicht weiß, worauf es ankommt, kann durch Rauschmittel in die quietistische, apathische Ecke gedrängt werden, er scheidet aus für den politischen Kampf. Wer in dieser Gesellschaft bewußt lebt – weil es keine reale Flucht gibt – wer ihren Klassencharakter, ihre Inhumanität und Verkrüppelung menschlicher Möglichkeiten durchschaut hat und sich im politischen Kampf organisiert, für den können Rauschmittel auch die Perspektive eines Lebens eröffnen, für die die westlich-kapitalistische Produktion und Gesellschaft keinen Platz hat: die des Genusses, der Ekstase, des Glücks, das nicht nach außen erobert, sondern in sich selbst ruht.

Alle Rauschzustände haben ein Stück Verneinung der sogenannten Realität und rekonstruieren einen anderen, verschütteten Teil menschlicher Glückserfahrung zugleich: im Orgasmus z. B. wird die „Realität" erheblich verkürzt wahrgenommen, dafür aber eine qualitativ andere hergestellt, im Alkoholrausch werden die physische Motorik und der Realitätsbezug eingeschränkt, im Konsum von Waren (Coca-Cola-Rausch, Fernsehrausch usw.) wird manipulativ auf dieses Grundmuster zurückgegriffen und ein Surrogat für den Urwunsch nach Rausch angeboten: dem nach „Außer-Sich-Sein", nach Erleben, nach Harmonie, nach Einverstanden-Sein-Können mit sich und der Welt. Timothy Leary, der Prophet des LSD, hat diesen Traum vom befreiten Glück umfänglich artikuliert. In dieser Realitätsverneinung liegt im Kern ein diese Realität transzendierendes Moment: das Denken verläßt die vorgezeichneten Bahnen, die sinnliche Wahrnehmung erweitert und differenziert sich, und das „Noch-Nicht", das nicht Realisierte, das Prinzip Hoffnung selbst, tritt in den Horizont; das „Ich", das handelnde und erlebende Subjekt geht mit der Realität spielerisch, frei, gelöst um, es unterwirft sich nicht blind dem Diktat der Tatsachen, es behandelt diese Realität als Material der eigenen kreativen Gestaltung. Darin antizipiert der Rausch etwas von dem verschütteten Potential des Menschen: zu sein, wie es die bestehende gesellschaftliche Realität nicht zuläßt. Das ist – bei aller aufgezeigten Ambivalenz – das revolutionäre Moment des Rausches.

In der aufkommenden pauschalen Ablehnung von Rauschmitteln unter den Linken liegt – neben der notwendigen und zwingenden Gegnerschaft zu den ausbeuterischen Heroinhändlern, die mit ihrem Stoff für sich selbst Profite und andere nur kaputt machen, indem sie ihnen jeden Realitätszugang verschließen – die Gefahr, die alte puritanische, lustfeindliche und nur auf Effizienz bedachte Lebenspraxis zu reproduzieren, die gerade überwunden werden soll.

DIE SOZIALE REVOLUTION IST KEINE PARTEISACHE

GEGEN DEN STROM DES DOGMATISMUS
FÜR DIE ANALYSE DER ARBEITERBEWEGUNG & IHRE BEZIEHUNG ZUM HEUTIGEN KAPITALISMUS
FÜR DEN AUSTAUSCH VON ERFAHRUNGEN & INFORMATIONEN ZWISCHEN GENOSSEN

NR 1
KRITIK DER PL/PI
STREIKBEWEGUNGEN
GEWERKSCHAFTSFRAGE
KRITIK AN MANDEL

NR 2
LINKSKOMMUNISMUS IN DER WEIMARER REP.
RENAULT 71
ARBEITSTEILUNG & KLASSENBEWUSSTSEIN
ARBEITERBEWEG. IN USA

ZEITSCHRIFT IN FREIER FOLGE
PREIS 3.50
KREFELDERSTR 18 G. HERRMANN
1 BERLIN 21

Die komponierte Geschlossenheit

Eindrücke vom Düsseldorfer Parteitag der DKP

Fred Geissler

Der manifeste Antikommunismus in der Bundesrepublik, der notwendigerweise die Solidarität aller Sozialisten herausfordert, hat mittlerweile auch zu Folgen geführt, die eine Auseinandersetzung mit der DKP erschweren. Sozialistische Kritik an der DKP wird kaum geübt, da man sich nicht dem Odium des Antikommunisten aussetzen möchte. Die DKP nutzt diese Situation bewußt aus; sie bezeichnet sich (das zeigte der Parteitag überaus deutlich) als die einzige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der BRD. Sie nimmt für sich in Anspruch, allein „konsequent die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen" zu vertreten. Dieser Absolutheitsanspruch impliziert, daß nur die Mitglieder der DKP Kommunisten sind und macht es daher auch leicht, diejenigen als „Abweichler", „Linkssektierer" und „Antikommunisten" zu diskriminieren, die die DKP kritisieren. Die DKP-Führung will damit eine kritische Diskussion über ihre Strategie unter den Mitgliedern und mit anderen sozialistischen bzw. kommunistischen Gruppen unmöglich machen.

Der rigide Führungsanspruch, die geschlossenen Aussagen und die scheinbar organisatorische Perspektive gegenüber der Resignation der antiautoritären Bewegung hat die DKP vornehmlich für Jugendliche und Studenten als eine Möglichkeit politischer Praxis ausgewiesen und zu steigenden Mitgliederzahlen geführt. Wie Kurt Bachmann auf dem Parteitag im Bericht des Parteivorstandes feststellte, sind „seit dem Essener Parteitag über 13 000 — vorwiegend junge Menschen — in unserer Partei Mitglied geworden. Wir haben jetzt mit dem Stand vom 1. November 1971 33 410 Mitglieder, die in 408 Betriebsgruppen, 471 Wohngebietsgruppen und 23 Hochschulgruppen organisiert sind."

Schon dieser Bericht des Parteivorstandes war von fragwürdigem Selbstbewußtsein getragen. Bachmann eröffnete seinen Bericht mit der Feststellung: „Wir sind im Kampf für die Ziele unserer Grundsatzerklärung in solidarischer Verbundenheit mit allen Kräften des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt ein beachtliches Stück weitergekommen. Auf dem Essener Parteitag haben wir erklärt, die DKP werde ihren Beitrag leisten zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus. Das Kräfteverhältnis

dpa

hat sich weiter verändert und unsere Partei hat dazu den ihr möglichen Beitrag geleistet".

Auf eine Analyse des internationalen Klassenkampfes mußte der Parteivorstand jedoch verzichten, da sonst der Widerspruch zwischen den inhaltsleeren Deklamationen und der politischen Realität deutlich geworden wäre. So vermeiden der Parteivorstand — wie auch die vom Parteitag verabschiedeten „Thesen" — jede Konkretisierung von Ziel und Strategie, die über die Identifikation mit der „Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft" einerseits und Forderungen wie Sicherung und Ausbau des heutigen Lebensstandards der arbeitenden Menschen, Steigerung der Massenkaufkraft, Gesetze gegen Entlassungen, Abbau der Rüstungsausgaben, staatlicher Preisstopp, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Senkung der Lohnsteuer und Mehrwertsteuer, Mitbestimmung in allen Bereichen des Wirtschaftslebens andererseits hinausgehen. In nichts unterscheiden sich die programmatischen Aussagen dieser Partei von den traditionellen Programmen der Sozialdemokratie. Im Bericht Bachmanns folgt diesem Forderungskatalog eine einzige, die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsverhältnisse wenigstens in Frage stellt: „Zugleich sind wir Kommunisten der Meinung, daß die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen, vor allem der Rüstungskonzerne, in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen vergrößerte Aktualität erlangt."

Der Parteivorstand scheint den Vorwurf, diese Forderungen blieben innerhalb des Rahmens der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, gefürchtet zu haben. In den Reden und den verabschiedeten „Thesen" wird immer wieder die Notwendigkeit einer „tiefgreifenden demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" und die Schaffung einer „antimonopolistischen Demokratie" unterstrichen. Der ideologische Hintergrund dieser Konzeption einer „antimonopolistischen Demokratie" (These 9) wird noch ausführlicher zu diskutieren sein. Von strategischer Bedeutung ist, daß diese „antimonopolistische Demokratie" den „Weg zum Sozialismus zu öffnen" hat und nur verwirklicht werden kann durch den Kampf der Arbeiterklasse „und der Volksmassen", „und der anderen antimonopolistischen Kräfte", „und der anderen demokratischen Kräfte".

Für die DKP ist es ein Prinzip ihrer politischen Praxis, die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" zu verwirklichen, da nur durch die Verwirklichung dieser Aktionseinheit eine von der Arbeiterklasse geführte und gemeinsam von allen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht möglich sei. Dem etatistischen Sozialismus der „sozialistischen Staatengemeinschaft" entspricht hier eine etatistische Strategie. Der Zusammenhang mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist offenkundig.

Eine zentrale Rolle spielt in den „Thesen" die Bündnispolitik, insbesondere das Verhältnis zu SPD und Gewerkschaften. Immer wieder wurden Bekenntnisse zum Grundgesetz und zur breiten Front aller demokratischen Kräfte abgelegt und die gelegentliche Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Mitgliedern der DKP umjubelt. Während dabei gegenüber der SPD noch eine ambivalente Haltung eingenommen und nur die rechten SPD-Führer als Handlanger des Kapitalismus bezeichnet wurden, wird jede Kritik an den Gewerkschaften in den „Thesen" vermieden. Der Streik der Metallarbeiter in Württemberg kam dem sehr zunutze. Hier konnte den Delegierten deutlich der Klassenkampf demonstriert werden. Der Parteitag kam dabei jedoch über Solidaritätsadressen nicht hinaus. Tabu waren Analyse und Kritik der gewerkschaftlichen „Vorbereitung" der Tarifauseinandersetzung und der Organisierung des Streiks. Vielmehr wurde in der Solidaritätserklärung des Parteitages zum Streik der Metallarbeiter die denfensive Argumentation des unvorbereitet in den Streik hineingeschlitterten IGM-Vorstands übernommen: „In Baden-Württemberg stehen die Metallarbeiter im Streik. Er wurde unvermeidbar, weil die Konzerne den Arbeitern und Angestellten ein Lohndiktat aufzwingen wollten, das den Reallohn vermindert . . ."

Organisatorische Perspektive, starke Emotionalität, geschlossene und dogmatisch verkündete Aussagen, die offensichtlich für nicht wenige Linke die Anziehungskraft der DKP ausmachen, waren modellartig auf dem Parteitag sichtbar. Die Komposition der Einheit war offensichtlich. Im Gegensatz zu allen bekannten linken Gruppierungen, auch zu sonst üblichen Partei- und Gewerkschaftskongressen, war der Parteitag von einer sprichwörtlichen Geschlossenheit. Kritik war verbannt, der Parteitag hörte Erfolgsmeldungen, nahm Solidaritätsadressen entgegen, es gab keinerlei divergierende Meinungen, alle Anträge und Wahlen wurden im wesentlichen von den über 600 Delegierten einmütig abgestimmt.

Der Parteitag sollte feste Einheit und Kraft demonstrieren, ein Gefühl der Stärke herstellen, suspendieren von der sonstigen Isolierung, den Teilnehmern die Emotionalität der Gleichgesinnten mit nach Hause geben. Die Delegierten und Gastdelegierten hörten ohne Diskussion die Berichte des Parteivorsitzenden Kurt Bachmann wie auch die Berichterstattung über die Vordiskussion an der Basis zu den „44 Thesen des Düsseldorfer Parteitages"; einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, die durch den Parteivorstand geänderten „Thesen" (die zentrale Aussage der Partei) zum alleinigen Diskussionsinhalt zu ma-

Zur Bauernfrage in Westdeutschland

Onno-Hans Poppinga

Teil III, Umrisse eines Strategiefindungsversuchs

Wer über Strategie diskutieren will, muß wissen, um wen es geht: wessen soziale Lage soll analysiert werden, wessen Widersprüche sollen als Folge und Bedingung der kapitalistischen Gesellschaft erklärt werden, an wen sollen sich Agitation und Propaganda richten. Die schon über ein halbes Jahrhundert alte Diskussion über die Strukturveränderungen im Proletariat (die Angestelltenfrage; Studenten: kleinbürgerlicher Bündnispartner oder Angehörige des qualifiziertesten Teils des Proletariats) illustriert, wie schwer selbst bei dieser Klasse, deren Grundverhältnis eindeutig ist, die Strategiefindung ist.

Bei der Untersuchung der Klassenlage der Bauern kann man zwar auf „gewichtige" Vorarbeiten zurückgreifen (u. a. Marx: Grundrentenkapitel im III. Band des Kapitels, „18. Brumaire des Louis Bonarparte"; Engels: „Der deutsche Bauernkrieg", „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland"; Lenin: „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage"; Mao: „Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan"). Es gibt aber nur wenige Möglichkeiten, diese Untersuchungen für eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft in einer hochkonzentrierten kapitalistischen Gesellschaft auf dem Hintergrund konkreter Klassenauseinandersetzungen zu überprüfen.

Jede Untersuchung der Klassenlage der Landwirtschaft muß, wenn sie sich nicht mit einer bloßen Beschreibung zufrieden geben will, von den Entwicklungsbedingungen der bäuerlichen Betriebe im konkreten kapitalistischen Produktionsverhältnis ausgehen. Für unsere Überlegungen soll die folgende Skizze diesen Hintergrund andeuten.

Nach Abzug einer aus natürlichen oder politischen Gründen notwendigen Importquote hat die nationale Landwirtschaft eine bestimmte Menge an Agrarprodukten zu erzeugen. Für diese Menge sind neben den Betrieben auf den günstigsten Produktionsstandorten (günstige natürliche Produktionsbedingungen, große Flächen, Nähe zum Markt, finanzstark) auch Betriebe auf ungünstigen Standorten einzusetzen. Die Folge ist, daß die unter den ungünstigsten Bedingungen produzierenden Betriebe den Preis der Produkte bestimmen [1]). Dieser Preis deckt gerade die Stückkosten solcher „Grenzbetriebe"; er liegt bei bäuerlichen Betrieben, wenn sie tendenziell aus der Produktion ausscheiden und deshalb nicht mehr investieren, oder auch bei Arbeiter-Bauern-Betrieben sogar niedriger, weil beide den in ihnen Arbeitenden nicht einmal mehr die einfache Reproduktion sichern. Bei Betrieben mit günstigem Standort bleibt dagegen zwischen Preis und Stückkosten eine Differenz; sie ist umso größer, je günstiger der Standort des Betriebes ist. Diese Differentialrente ist der Hauptgrund dafür, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Landwirtschaft so stark unterscheiden. Bleibt der gesamte Umfang der zu produzierenden Menge an Agrarprodukten gleich oder wächst er langsamer als die Produktivität, so reicht nach einer Produktivitätssteigerung eine kleiner Zahl von Betrieben aus, um die nötigen Produkte zu erzeugen. Dadurch scheiden die bisherigen Grenzbetriebe aus der Produktion aus mit der Wirkung, daß der Preis für Agrarprodukte gesenkt wird (was natürlich nicht dem Verbraucher zugute kommt). Sieht man sich das Ausscheiden der Grenzbetriebe noch etwas genauer an, so erkennt man, daß es kein einfacher Ja/Nein-Schritt ist. Erst werden, wenn sie keinen Profit mehr bringen, die Lohnarbeitskräfte entlassen, dann werden die unselbständigen familieneigenen Arbeitskräfte aus dem Betrieb gedrückt und erst als letztes, wenn der Betrieb zum Einmannbetrieb geworden ist und trotz aller Mehrarbeit nicht gehalten werden kann, wird er zum Arbeiter-Bauern-Betrieb abgebaut oder ganz aufgegeben.

Kapitalistische Bauernbetriebe

Hierzu sind alle Betriebe zu zählen, die mit Lohnarbeitskräften wirtschaften. Hier eignet sich der Bauer als Eigentümer oder Besitzer des Bodens und der landwirtschaftlichen Arbeitsmittel (Gebäude, Maschinen, Vieh, usw.) den von Lohnarbeitern erzeugten Mehrwert an. Diese Betriebe fallen unter den Lenin'schen Satz, daß kapitalistische Landwirtschaft Warenproduktion plus Lohnarbeit sei. Die absolute Zahl der kapitalistischen Bauernbetriebe nimmt laufend ab. Sie sind zwar eindeutig kapitalistisch — Aneignung des von den Landarbeitern erzeugten Mehrwerts durch den Bauern — aber in sehr eigentümlicher Weise.

---

chen. Allerdings fand diese Diskussion nicht statt. Vielmehr gab es über zwei Tage hin sich stetig wiederholende positive Erfolgsberichte „aus der Praxis für die Praxis", die den Delegierten das Bild einer expandierenden Partei vorzeichneten. Diese Erfolgsberichte wurden unterbrochen durch Grußtelegramme, Spendenbekanntgaben, aktuelle Meldungen, durch Grußansprachen kommunistischer Bruderparteien, allen voran die Sowjetunion und die DDR, gefolgt von der CSSR.

Diese Demonstration scheinbarer Macht wurde ergänzt durch die nur aus tiefer Gläubigkeit erklärbare Emotionalität des Parteitages, die wie ein Ritual mit Beschwörungscharakter immer wieder die Delegierten zu minutenlangen Ovationen und rhythmischem Klatschen von den Stühlen aufstehen ließ. Der Beifall galt sich dabei im Grunde selbst. Das frenetische Klatschen fungierte so als Verstärkungskomponente der politischen Aussage, machte sie unangreifbar und verankerte sie im Unterbewußtsein. Das stärkt die Identität mit der Partei, wobei dann Kritik an der DKP als Angriff auf die eigene Person empfunden werden mußte. Solches erleichtert die geschlossene Aussage, schafft aber auch die Basis zum Totalitätsanspruch der DKP als einzige Partei der Arbeiterklasse, hat zur Folge die schematisierte Aufteilung in Freund und Feind, was auch am Haß und der strikten Ablehnung gegen sogenannte „Abweichler", „Renegaten", „ultralinke Linkssektierer" und „Pseudorevolutionäre", die nach Meinung der DKP objektiv der Reaktion in die Hände arbeiten, zu erkennen war.

Dieser Anspruch läßt sich auch daran ablesen, daß in den „Thesen" die Identität mit der SED und der KPdSU betont, Chinas Weg als Spaltung des Weltkommunismus scharf verurteilt und das Kriterium jedes echten Kommunisten in der Stellung zur Sowjetunion bestimmt wird. Unkritisch wird das sowjetische Modell des Sozialismus als gültiges Modell angesehen, die verschiedenartigen historischen Bedingungen gehen kaum in die Diskussion ein.

Die Behandlung der „Thesen" läßt trotz des verbalen Verweises auf die Vordiskussion in den Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen die Reglementierung von oben erkennen. Der Bericht über die Diskussion und die Behandlung der „Thesen" weisen zwar eine Menge von Abänderungsvorschlägen aus, allerdings wird in einem Zusatz jeweils die Meinung des Parteivorstandes kundgetan, der bekanntgibt, ob diese Anregungen zu berücksichtigen sind oder nicht. Änderungsanträge zur Aussage Thälmanns, ein Kommunist erweise sich durch die Stellung zur S. U. als einer, für eine Abschwächung der Verurteilung Chinas oder für eine Modifizierung der Abgrenzungsthese zu den „links- und rechtsopportunistisch orientierten Sektierern" wurden nicht berücksichtigt. Die „große Diskussion unten" wurde vom Parteivorstand aufgefangen. Durch Beschluß der 10. Parteivorstandssitzung übernahm der PV die Funktion einer Antrags-Kommission und entschied alleine darüber, ob und wie die Anträge zu den „Thesen" berücksichtigt werden.

Die imposante äußere Aufmachung des Parteitags, die äußeren Merkmale der komponierten Geschlossenheit, der stete Verweis auf die unverbrüchliche Verbundenheit zur SED und KPdSU, die emotionale Abgrenzung gegenüber den „Linkssektierern", der zwanghaft wirkende immerwährende Katalog von Erfolgsmeldungen, das Fehlen jedweder grundsätzlichen Diskussion, der geschlossene Wahlvorgang, die einheitliche, nicht diskutierte Annahme der Thesen, — alle diese scheinbaren Äußerlichkeiten weisen auf die innere Verfassung der DKP. Die Faszination, die von der Geschlossenheit und der angebotenen organisatorischen Perspektive ausgeht, sollte zu Fragen an die DKP selbst umschlagen. Das unkritische Verhalten der Delegierten zu den mechanischen und sehr einfachen Analysen der „Thesen" sollte dazu motivieren, sich mit den Aussagen der DKP auseinanderzusetzen, wobei die Aussage innerhalb der „Thesen", daß es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Praxis geben könne, einerseits auf die DKP selbst und ihre Aussagen hin anzuwenden ist, andererseits die Frage notwendig macht, wie denn die Theorie selbst beschaffen sein mag, die eine solche Show von Geschlossenheit und Emotionalität nötig hat.

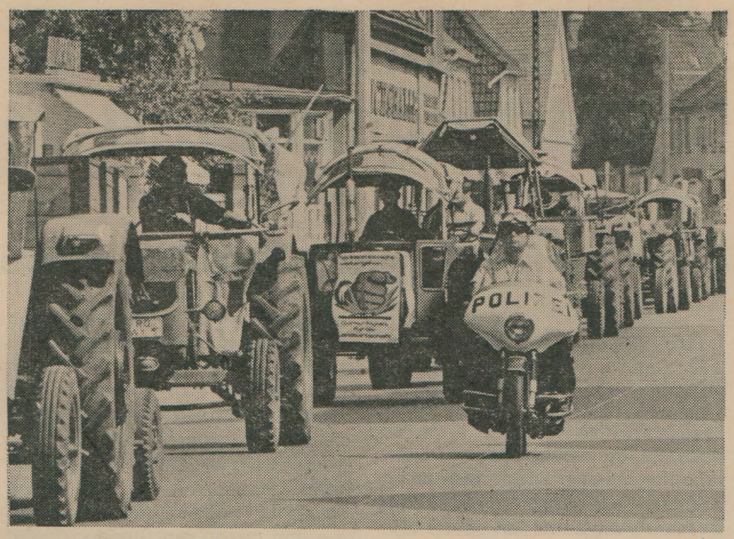
Die Lohnarbeit ist bei diesen Betrieben eher anzusprechen als die modernisierte Form bäuerlich-feudaler Produktionsverhältnisse (Gesindearbeitsverfassung: Knechte und Mägde), als Rest eines untergehenden Produktionsverhältnisses also, denn als herrschendes Prinzip. Der Kapitalismus setzt sich in der Landwirtschaft der Bundesrepublik nicht in erster Linie dadurch durch, daß ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe den anderen niederkonkurriert, sondern durch Übernahme ganzer Bereiche bisher bäuerlicher Produktion durch das industrielle Kapital.
Weil die kapitalistischen Bauernbetriebe in einem direkten Gegensatz zu den Landarbeitern stehen, liegen sie eindeutig auf der Linie der Unternehmer. Sie sind zu einem beträchtlichen Teil im Verband landwirtschaftlicher Arbeitgeber organisiert.

Kleinbauern

Dies sind die eigentlichen Bauern, die kleinen Warenproduzenten. Sie beuten keine Lohnarbeitskräfte aus; eher sind sie selber gelegentlich als Lohnarbeiter tätig (Zuerwerb). Der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche dieser Betriebe ist sehr unterschiedlich. Er reicht von intensiven Sonderkulturbetrieben mit wenigen Hektar bis zu Getreidebaubetrieben mit z. T. weit über 50 Hektar. Ebenfalls sehr unterschiedlich ist die wirtschaftliche Lage dieser Betriebe; sie verschlechtert sich tendenziell. Das Bewußtsein der Kleinbauern ist besonders widerspruchsvoll. Die Illusion, auch ein Unternehmer zu sein, ist noch nicht verschwunden; die objektive Annäherung an die Arbeiterklasse noch nicht akzeptiert, sie wird als Deklassierung empfunden.

Arbeiter-Bauern

Aus dem kleinen Warenproduzenten ist hier ein Lohn- oder Gehaltsabhängiger geworden. Der landwirtschaftliche Betrieb wird noch aufrechterhalten, oft im beträchtlichen Umfang; der Arbeiter-Bauer geht aber regelmäßig „in's G'schäft", meistens als Hilfsarbeiter. Der Abbau des landwirtschaftlichen Betriebes zum Nebenerwerbsbetrieb erfolgt selten planmäßig. Fast immer versucht der Kleinbauer, die sukzessive Verschlechterung seiner Lage, seine Proletarisierung, durch Mobilisierung aller Reserven aufzuhalten. Erst wenn er nichts mehr zu mobilisieren hat, wenn er vollends ausgeblutet ist, fängt er eine regelmäßige gewerbliche Arbeit an. Oft noch wird das Geld, das er als Lohnarbeiter verdient, in den landwirtschaftlichen Betrieb gesteckt. Er ist mit den Händen Lohnarbeiter, mit dem Herzen Bauer.
Die bewußte Annäherung an die Arbeiterklasse dauert lange und ist schmerzhaft, bedeutet sie doch endgültig das Ende aller kleinbäuerlicher Illusionen.
Der Versuch, nach diesen Gesichtspunkten die Klassengliederung der landwirtschaftlichen Betriebe zu untersuchen, führt zu folgendem Ergebnis:



dpa

Tabelle 1: Klassengliederung [2]) der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha LN, 1968/69

	in 1.000	in v. H.
Arbeiter-Bauern-Betriebe	651	48
Kleinbauernbetriebe	635	47
Mittelbauernbetriebe	56	4
Großbauernbetriebe	18	1
	1.360	100

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", Hrsg. Statistisches Bundesamt, Stuttgart und Mainz, 1970, Heft II, S. 659
„Grüner Bericht 1970", Hrsg. BELF, Bonn 1970, S. 26

Festzuhalten ist, daß die Bauern keine eigene Klasse bilden, daß innerhalb der Bauern die Interessen außerordentlich unterschiedlich und oft genug direkt entgegengesetzt sind. Sozialistische Propaganda und Agitation muß sich deshalb vor allem an die Arbeiter-Bauern und die Kleinbauern richten.

Die Ausbeutung der Bauern bewußt machen

Der Angelpunkt jeder sozialistischen Propaganda unter Bauern muß sein, die Ausbeutung der Bauern bewußt zu machen. Besonders erschwert wird diese Aufgabe durch die Klassendifferenzierung innerhalb der Landwirtschaft. Nicht jeder Kleinbauer wird ausgebeutet; ein wenn auch kleiner Teil streicht eine Differentialrente ein. Außerdem ist es für einen Bauern gar nicht sehr einfach, Klarheit über die wirtschaftliche Lage seines Betriebes zu gewinnen. Die enge Abhängigkeit der einzelnen Teile des Betriebes von einander erschwert eine buchmäßige Erfassung, die natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen schwanken von Jahr zu Jahr und innerhalb eines Jahres.

Anders als beim Lohnarbeiter hat der Bauer auch keinen klaren Adressaten für seine ökonomischen Forderungen. Die Bildung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und der Preise für die Arbeitsmittel erscheint ihm zufällig, mehr durch die Politik der Regierung und EWG-Behörden bestimmt denn durch die Gesetze des Kapitals. Immer weniger kann der Bauer die Preisbildung „erfahren". Heute wird der größte Teil seiner Produkte nicht mehr auf dem Hof verkauft, sondern auf zentralen, entfernt liegenden Märkten. Wurde früher bei jedem Sack Getreide, bei jedem Schwein stundenlang gefeilscht, jedes neue Angebot in die Hand des Partners hineingeschlagen – im vollen Sinn des Wortes –, so übernehmen heute oft genossenschaftliche Organisationen die Vermarktung; den erzielten Preis erfährt der Bauer oft erst sehr viel später. Beim Wein dauert es z. B. oft über ein Jahr bis der Bauer sein Geld bekommt.
Es kann deshalb nicht überraschen, daß in den Augen vieler Bauern der Staat und die EWG-Behörden für die Preise verantwortlich sind. Die Existenz von Richtpreisen, Orientierungspreisen, Mindestpreisen, Einfuhr- und Vorratsstellen, Aufwertungsausgleichszahlungen usw. fördert diese Haltung. Richtig daran ist natürlich, daß staatliche Einrichtungen im erheblichen Maß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise beeinflussen; falsch ist dagegen, daß der Staat von den Bauern angesehen wird nicht als koordinierende Interessenvertretung des Kapitals, sondern als übergeordnete, neutrale Einrichtung. In den Augen der Bauern ist es Karl Schiller, der sie kaputt macht, und nicht das Monopolkapital. Es kann deshalb auch nicht überraschen, daß Vertreter der reaktionärsten Teile des Kapitals wie Adenauer, Strauß und Barzel bei vielen Bauern hoch angesehen sind.
Die Bewußtmachung der Ausbeutung der Bauern kann ansetzen vor allem an der EWG und den Lebensmittelpreisen. Von der EWG wissen die Bauern durch Erfahrung, daß sie viele Nachteile für sie gebracht hat. Bekannt ist aus-

Kleinanzeigen

AMOS – Kritische Blätter
gemacht von Sozialisten für Kirchenfunktionäre. Vier zur Zeit greifbare Nummern zu den Themen Imperialismus, Strukturpolitik, Sozialarbeiterausbildung, Lehrlinge. Bei Bestellung je Heft DM 1,– in Briefmarken beilegen. Bezug: REDAKTION AMOS, 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Baracke 8, Telefon (0 23 21) 70 14 65.

AStA-Dokumentation
zum Verbot marxistischer Grundkurse im Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften der Universität Regensburg, DM 1,– in Briefmarken beilegen. Bezug AStA der Uni Regensburg, 84 Regensburg, Universitätsstr. 33. Telefon (09 41) 9 43 22 15/16.

SOZIALISTISCHE FRONT
Theoretisches Organ des „linken SBH", herausgegeben von den SBH-Gruppen Göttingen, Bremen, Gießen, Bochum.
Probeexemplare über Michael Abendroth, 34 Göttingen, Lotzestraße 41.

Sozialarbeiter
Für ein Kollektiv mit sechs Fürsorgezöglingen sucht der Verein Soziale Jugendarbeit e. V., Essen-Steele, dringend einen jungen, staatlich examinierten Sozialarbeiter zum sofortigen Eintritt. Bezahlung nach BAT IV A.
Näheres unter Tel. (02 41) 51 43 51.

Der Marsch ins Getto
Thesen zur DKP und zur Linkssektiererei in der BRD. LZ – Redaktionskollektiv (Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter, Hamburg). Einzelpreis 50 Pfg. Bezug: Spartakus, 2 Hamburg 13, Postfach 117.

Bezugsperson
Kinderladen in Marburg sucht Bezugsperson, männlich oder weiblich (Kindergärtnerin, Sozialarbeiter, Pädagoge o. ä.) für ca. 10 Kinder, die mit den Eltern die Arbeit im Kinderladen weiterführt. 6 Stunden täglich. Bezahlung nach BAT. Zuschriften an Erika Ehlert, 355 Marburg, Calvinstr. 6.

Kritik des AKS
(Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit), Frankfurt, an einem offiziösen Arbeitspapier der Stadt Frankfurt, das einen Organisationsvorschlag für die „Neuverteilung" von Aufgaben im Sachgebiet „Familienfürsorge" enthält und den Inhalten und Methoden „moderner Sozialarbeit" eher gerecht werden soll. Bezug über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591 (50 Pfennig in Briefmarken beilegen).

serdem, daß die Industrie durch die EWG große Vorteile gewonnen hat. Das ist vielen Bauern z. B. klar geworden als sie erfuhren, daß die Düngemittelkonzerne der BRD Düngemittel, die in der BRD erzeugt wurden, in Frankreich billiger verkauften als hier. Importe von in der BRD erzeugten Stickstoffdüngemitteln aus Frankreich – das hat vielen zu denken gegeben.

Auf ähnliche Weise erfahren die Bauern einen ständig größer werdenden Abstand zwischen dem, was sie für ihre Produkte bekommen, und dem, was die Verbraucher dafür zahlen müssen. Die Forderung, man müsse, wie die französischen Bauern beim Streik der Renault-Arbeiter im Frühjahr 1971, den Arbeitern und Angestellten selber zeigen, wie wenig die Bauern von dem bekommen, was diese zahlen müssen, findet offene Ohren. Diese Prinzipien unserer Gesellschaft – Ausbeutung und Profit – müssen und können den Bauern klar gemacht werden in ihrem eigenen Erfahrungsbereich.

Zur Organisation der Bauern

Neben der Propaganda muß in jeder Strategiediskussion die Organisation bestimmt werden, mit deren Hilfe der Kampf aufgenommen und durchgestanden werden soll. Hier ist man sofort mit dem Deutschen Bauernverband konfrontiert. Fast alle Bauern halten den DBV für eine Interessenvertretung, für die einzige, die sich um ihre Probleme kümmert. Eine Umfrage im Winter 1969/70 ergab, daß auf die Frage „Was meinen Sie, wer setzt sich heute wirkungsvoller für die Interessen der Bauern ein, der Deutsche Bauernverband oder eine von den politischen Parteien?“ 85 v. H. der befragten Bauern den DBV nannten[3]).

– die Präsidenten der Landesvorstände und der Vorsitzende des Bundes der Landjugend bilden das Präsidium und wählen den Päsidenten.

Bauern im Klassenkampf

Diese Schrift von Bernhard Lambert zur Agrarfrage in der BRD (Rotbuch bei Wagenbach) ist das erste Buch, das die Proteste der Bauern politisch zu begreifen sucht und in einen politischen Zusammenhang stellt. Lambert macht – in einfacher Sprache und mit vielen Beispielen – die Ausbeutung der Bauern klar, ihre kulturelle und ökonomische Unterdrückung. Lambert zeigt, daß die Bauern Verbündete im antikapitalistischen Kampf sind. Im Anhang: Berichte über Aktionen; Zahlen zur Situation in der BRD.
140 Seiten, DM 6,50

Bezug über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

– Es gibt weder eine Urwahl noch eine Urabstimmung.

Die Masse der bäuerlichen Betriebe, also die Arbeiter-Bauern- und die Kleinbauernbetriebe, sind also von jedem Einfluß auf die Politik des DBV ausgeschlossen. Diese Struktur des DBV hat natürlich Konsequenzen. Eine davon ist die personelle Verschmelzung von DBV und CDU/CSU.

Der DBV ist deshalb von der Organisationsfrage her anders zu beurteilen als die DGB-Gewerkschaften. Der DBV ist nicht die Verteidigungsorganisation einer ausgebeuteten Klasse, sondern die Interessenvertretung der kapitalistischen Bauernbetriebe – allerdings mit starkem Anhang bei den Kleinbauern und Arbeiter-Bauern. Überlegungen, eine politisch-gewerkschaftliche Opposition zum DBV aufzubauen, ist deshalb nicht als RGO-Politik[4]) zu denunzieren.

Tabelle 2: Mitgliedschaft in v. H. von Bauern mit über 5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im DBV und im DGB

	DBV	DGB
Hektar 5 – 10	62	6
10 – 20	85	1
20 und mehr	92	–
Klein-, Mittel-, Großbauern	83	1
Arbeiter-Bauern	58	12
insgesamt	78	3

Quelle: „Bericht zur Untersuchung über die Einstellung von Landwirten zu agrarpolitischen Fragen“, Bonn, Febr. 1970, unveröffentlichtes Manuskript.

Der Organisationsgrad der Bauern ist also hoch; er ist von der Betriebsgröße und der Art der Bewirtschaftung abhängig. Der DBV bezeichnet sich zu Recht als eine berufsständige Vertretung. In ihm sind Großbauern mit zahlreichen Lohnarbeitskräften ebenso organisiert wie Arbeiter-Bauern. Der Aufbau des DBV ist streng hierarchisch und garantiert, daß die Basis keinen Einfluß gewinnen kann:

– die Vorsitzenden der Ortsverbände wählen den Kreisvorstand.

– die Vorsitzenden der Kreisverbände wählen den Bezirksvorstand.

– die Vorsitzenden der Bezirksvorstände wählen den Landesvorstand.

Anmerkungen

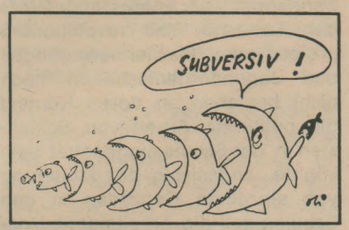
[1]) Karl Marx „Das Kapital“ Band III, Frankfurt/M., 1968, S. 671 f.
[2]) Arbeiter-Bauern: in erster Linie Lohnabhängige, in zweiter Linie Bauern. Kleinbauern: beuten weder Lohnarbeitskräfte aus noch sind sie selber ständige Lohnarbeitskräfte. Mittelbauern: wirtschaften mit ein oder zwei Lohnarbeitskräften. Großbauern: wirtschaften mit mehr als zwei Lohnarbeitskräften. Mittelbauern und Großbauern bilden zusammen die kapitalistischen Bauernbetriebe.
[3]) „Bericht zur Untersuchung über die Einstellung von Landwirten zu agrarpolitischen Fragen“ Bonn, Februar 1970, S. 19 (unveröffentlichtes Manuskript).
[4]) RGO: Rote-Gewerkschafts-Opposition; Linie der KPD am Ende der Weimarer Republik, die den Aufbau einer kommunistischen Gewerkschaft als Gegenorganisation zu den reformistischen Gewerkschaften beinhaltete.

„plakat“ in Stuttgart

In „links“ sind nicht zum ersten Mal Hinweise auf die „plakat“-Gruppe in Stuttgart erschienen, die nun mittlerweile fast fünf Jahre lang kontinuierlich arbeitet. Hier soll nicht die Rede sein von der Arbeitergruppe bei Daimler-Benz in Stuttgart, die in Kooperation mit dem „großen“ Plakat eine Betriebszeitung herausgibt, sondern eben vom „großen“ Plakat. Die Idee ist einleuchtend: Ein Plakat, das als Agitationsmittel benötigt und verwendet wird, und auf dessen Rückseite Informationen – kurze, nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit – abgedruckt sind. Durch die relativ hohe Auflage von 2000 Exemplaren (meist monatlich) können die Selbstkosten so niedrig gehalten werden, daß die Plakate auch tatsächlich von den verschiedenen arbeitenden Gruppen angeschlagen werden können (zugegebenermaßen liegt ihre zur Zeit noch häufigere Verwendung beim Zimmerschmuck).

Das „plakat“-Kollektiv hat sich neu konstituiert. Es setzt sich aus Vertretern des Sozialistischen Zentrums Stuttgart zusammen (das übrigens auch eng mit dem Sozialistischen Büro zusammenarbeitet). Schwerpunktmäßig sollen künftig jene Themen behandelt werden, an denen Gruppen, Verbände usw. arbeiten. Bisheriges Ergebnis dieser Umstellung: ein Plakat zu den „Feierlichkeiten“ in Persepolis, entstanden in Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Büro Offenbach und Genossen der CISNU, ein Plakat zu den Verhältnissen in der Türkei, entstanden in Zusammenarbeit mit der türkischen Volksbefreiungsfront; ein Plakat zum § 218, entstand in Zusammenarbeit mit der Demokratischen Frauenbewegung in Stuttgart. Früher bereits erschienene Plakate in Zusammenarbeit mit Kinderläden zum Thema Erziehung, mit griechischen Genossen, mit Schriftstellern (zum Schriftstellerkongreß in Stuttgart), mit Musikgruppen (im Zusammenhang mit der Tournee der Rolling Stones. (Thema: Pop und Profit).

Geplant sind Plakate zum Konflikt in Pakistan, zur Situation in Spanien, zum Wehrkunde-Unterricht, zum Thema „Gastarbeiter“. Das „plakat“-Kollektiv erklärt seine Bereitschaft zur Kooperation (und Produktion) auch mit anderen arbeitenden Gruppen. Es schlägt ein einheitliches 1.-Mai-Plakat vor und bittet um Vorschläge (grafische und textliche). Es bietet auch jenen Gruppen seine Hilfe an, die nicht in der Lage sind, allein die Kosten für eine Plakatauflage zu decken. Bedingung wäre, daß die behandelten Themen auch von allgemeinem Interesse für die demokratische und sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik sind. Die Produktionskosten liegen gegenwärtig bei rund 500,– DM für 2000 Plakate. Das bedeutet einen Einzelpreis von 25 Pfg. Die arbeitenden Gruppen können durch den Weiterverkauf z. B. für eine Mark aus dem Erlös einen Teil ihrer Arbeit finanzieren. Es muß an dieser Stelle nicht betont werden, daß „plakat“ kein Profitunternehmen ist.



spontan 12/71

Das Kollektiv gibt außerdem seit geraumer Zeit sogenannte „Volkspreis-Hefte“ heraus (sie sind auch über den Bücher- & Papervertrieb des Sozialistischen Büros zu beziehen – Preis 0,50 DM). Bisher erschienen: Reich/Eltern als Erzieher; Adler/ Sozialistische Erziehung und Politik; Antiautoritäre Erziehung I und II (Beispiele aus der Kinderladen-Praxis); Zu II Manifesto/ Revolution im Westen (Nachdruck eines Gorz-Aufsatzes aus „links“), sowie das Kommunalpolitische Konzept der Münchener Jusos. Diese „Volkspreis-Hefte“ (meist 16seitig) sollen durch ihre Kürze und Aufmachung den Einstieg in anspruchsvollere Schriften ermöglichen. Sie laufen auch nicht im gewohnten Umfang Gefahr, im Bücherschrank zu landen – ungelesen. Geplant ist als nächstes Heft die Behandlung der Zustände in Nordirland. Genossen oder arbeitende Gruppen, die zur Kooperation und Mitarbeit bereit sind, Anregungen oder Materialien zu den geplanten Themen haben oder Hilfe brauchen, wenden sich an das **„plakat“, 7 Stuttgart 1, Kernerstraße 49, Grohmann**

Arbeitstagung sozialistischer Lehrer

Der Sozialistische Lehrerbund Frankfurt (SLB) und das Sozialistische Büro laden ein zu einer Arbeitstagung sozialistischer Lehrer in der Bundesrepublik und in Westberlin am Wochenende 29./30. Januar 1972 in Frankfurt am Main. Die Arbeitstagung steht unter dem Motto:

- Für die politische Erziehung im Dienste der Interessen der Arbeiterklasse
- Für die theoretische und praktische Kooperation aller in der Schule tätigen Genossen
- Gegen den Systemzwang kapitalistischer Lernfabriken

- Gegen das verfassungswidrige Berufsverbot für Kommunisten und Sozialisten im öffentlichen Dienst.

Alle an konkreter Zusammenarbeit interessierten Genossen, die in der Schule tätig sind, sind aufgerufen, an der Arbeitstagung teilzunehmen und eigene Vorschläge mitzubringen.

Die Arbeitstagung soll einem praktischen Interesse von sozialistischen Lehrern dienen. Angesichts der sich verschärfenden Repression in den Schulen und für die Berufspraxis der Lehrer, angesichts der Tatsache, daß revolutionäre proletarische Massenbewegungen und Jugendorganisationen noch nicht bestehen, in deren Kontext die politische Arbeit von Sozialisten in der Schule eingebettet sein könnte, angesichts der Isolierung von einzelnen Genossen in den Schulen soll die Arbeitstagung dazu dienen, für einige zentrale Fragen der Berufspraxis von Lehrern analytisch-strategische Gesichtspunkte herauszuarbeiten und zu konkreten Kooperationsabsprachen zu kommen. Zentrale Fragen dieser Art sind:

– wie definiert sich unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten die Situation von Lehrern und Schülern?

– wie konkretisiert sich eine politische Erziehung im Dienste der Arbeiterklasse in der Unterrichtspraxis sozialistischer Lehrer?

Diese Fragen lassen sich auf dem Kongreß nicht lösen. Ziel muß vielmehr sein, Kooperations- und Diskussionsformen zu finden, die langfristig zu einer Strategie sozialistischer Lehrer führen sollen. Wir sollten bei der Arbeitstagung überlegen,

– wie wir unsere Unterrichtspraxis de facto und nicht nur deklamatorisch an den Interessen der proletarischen Jugend orientieren können und wie wir diese Orientierung im Schulsystem durchsetzen können;

– wir wir die Isolierung in der Schule durch kollektive Arbeit überwinden können und wie wir uns dabei gegenseitig helfen können (Austausch von Erfahrungen und Unterrichts-Materialien);

– wie wir andere Lehrer für den Politisierungsprozeß in und außerhalb der Schule gewinnen können;

– wie wir (regional und überregional) in der GEW – als der relevantesten syndikalistischen Organisation der Lehrer – eine gemeinsame Strategie der sozialistischen Fraktion entwickeln können;

– wie wir das reaktionäre Potential unter Lehrern, Eltern und Schülern bekämpfen und welche Kooperationsmöglichkeiten es zwischen Eltern, Lehrern und Schülern geben kann;

– wie wir uns wirksam gegen die Versuche zur Wehr setzen können, Kommunisten und Sozialisten aus den öffentlichen Schulen zu entfernen;

– wie wir die sozialistischen Schülergruppen unterstützen können (z. B. Schulstreiks);

– wie wir den Schulabgängern (Anlernlinge, Lehrlinge) helfen können im Kampf gegen die betrieblichen Ausbildungsverhältnisse und Repressionen, denen sie ausgesetzt werden;

– wie wir die Genossen an den Universitäten, die sich für eine Berufspraxis als Lehrer vorbereiten, unterstützen können, damit ihnen kollektive Praktika und praxisbezogenes Projektstudium möglich werden;

– wie wir dazu beitragen können, daß 'wissenschaftliche Begleitung' und empirische Unterrichtsforschung zur Reflexion und zum Teil der praktischen Veränderung wird;

– wie wir unsere Arbeit in Zukunft besser organisieren können.

Angesichts der Versuche, die Berufstätigkeit von Sozialisten in der Schule sowohl administrativ als auch durch zentrale Lerntechnologie zu beschneiden oder zu verhindern, halten wir es für vordringlich, über die genannten Fragen zu beraten und dort möglichst zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Wir würden es als sinnvoll ansehen, wenn alle Arbeitsgruppen – jeweils in ihrem Bereich – die angesprochenen Aufgabenbereiche in ihre Überlegungen mit einbeziehen.

Wir schlagen folgenden Verlauf der Arbeitstagung vor:

1. Beginn Samstag 16 Uhr
Plenum: Erörterungen zum Programmvorschlag

2. Beginn Samstag 17 Uhr
Arbeitsgruppen:

A. **Traditionelles Schulsystem** (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Sonderschulen) – evtl. jeweils Untergruppen bilden

B. **Polytechnik – Arbeitslehre** (Berufsschulen, Hauptschulen, Gesamtschulen)

C. **Gesamtschulen** (Schwerpunkte: Differenzierung, Leistungsmessung, 'soziale Integration', Lerntechnologie)

D. **Grundschulen, Vorschulen, Kinderläden**

3. Beginn Sonntag, 9.30 Uhr
Plenum: Bericht der Arbeitsgruppen – Beschluß über inhaltliche und organisatorische Konsequenzen für die Weiterarbeit

Informationsmaterial und Anmeldung: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28

Erklärung des SHB-Sozialistische Fraktion

Nach den Diskussionen und Entscheidungen auf der 12. ordentl. Bundesdelegiertenversammlung (BDV) des SHB ist der SHB kein einheitlicher Verband mehr. Die Verabschiedung eines vorläufigen Grundsatzprogramms, das auch für unsere Politik verbindlich sein sollte, machen uns eine weitere organisatorische Zusammenarbeit mit der Bonn/Hamburger Fraktion unmöglich. Die Diskussion der letzten 1½ Jahre hat zunehmend deutlich gemacht, daß grundlegende Differenzen in den theoretischen Positionen und der praktischen Politik zwischen beiden Fraktionen bestehen. Grundlage dieser Polarisierung ist die Bestimmung der Position des SHB innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Wir gehen davon aus:

– daß der SHB zur Durchsetzung sozialistischer Hochschulpolitik breite Aktionseinheiten herzustellen hat.

– daß er Bündnisse mit anderen sozialistischen Gruppen daran messen muß, ob sie dem aktuellen Kampfziel dienen oder nicht;

– daß er in diesen Aktionseinheiten die eigene politische Position offensiv zu vertreten hat: Aktionseinheit bedeutet keine Fusion der beteiligten Gruppen, sondern schließt notwendig ein, daß für die Stärkung der sozialistischen Bewegung die ständige Auseinandersetzung mit falschen Linien zu führen ist und daß in diese Aktionseinheit alle antikapitalistischen Studentenorganisationen und Studenten einzubeziehen sind, um durch die Aktion die Studenten, die bisher an falschen Strategien orientiert waren, für den SHB zu gewinnen.

Im Gegensatz zur Sozialistischen Fraktion, deren Gruppen teils allein, teils in Koalitionen mit sozialistischen, linksliberalen, manchmal auch Spartakus-Gruppen stets unter Betonung ihrer eigenen Positionen arbeiten, hat die Politik der Hamburger/Bonner-Fraktion dazu geführt, die Politik dem MSB Spartakus, dem nach dem SHB größten überregionalen sozialistischen Studentenverband, zu seiner heutigen starken Position zu verhelfen. Auf der BDV wurde die von uns geforderte kritische Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis des Spartakus, insbesondere seiner bisher praktizierten Bündnispolitik, der von ihm vertretenen Politik des antimonopolistischen Kampfes und seines Verhältnisses zum realen Sozialismus u. a. nicht geführt. Diese Abgrenzung wurde mit dem stereotypen Hinweis auf die notwendige Aktionseinheit aller „antimonopolistischen Kräfte" und dem Vorwurf des Antikommunismus ohne weitere inhaltliche Begründung verhindert. Tatsächlich ist jedoch die solidarische Kritik und Selbstkritik Grundvoraussetzung für die Stärkung der sozialistischen Bewegung und für den Abbau des Antikommunismus in der BRD. Für die Sozialistische Fraktion im SHB stellt sich nicht nur die Frage des Bündnisses mit anderen sozialistischen Hochschulgruppen, sondern es ist wesentlicher Bestandteil unserer Politik, die fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte innerhalb der SPD und Jusos praktisch zu unterstützen. Um den Zusammenhang zwischen dem Kampf an der Hochschule und dem Kampf der Arbeiterklasse um die Durchsetzung ihrer objektiven Interessen aufzuzeigen, hat der SHB die Aufgabe innerhalb der Studentenschaft, die Funktion der Gewerkschaften als Interessenvertretung und Organisation der Arbeiterklasse darzustellen und neben der Zusammenarbeit z. B. mit der DGB-Jugend oder der Mitarbeit innerhalb der GEW z. B. durch betriebsnahe Bildungsarbeit den Kampf der Arbeiterklasse um ihre materiellen und politischen Interessen in den Gewerkschaften zu unterstützen. Wir gehen davon aus, daß zwischen Betriebskampf und Hochschulkampf prinzipielle Unterschiede bestehen; folglich ist es falsch, den Inhalt von Hochschulpolitik im Rahmen der falsch verstandenen gewerkschaftlichen Orientierung der Bonn/Hamburger Fraktion ausschließlich darin zu sehen, das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten vorschnell durch unmittelbare Übernahme von Forderungen aus dem Betriebskampf in den Hochschulen herzustellen. So gewinnt für uns die Forderung nach Mitbestimmung an der Hochschule ihren politischen Stellenwert nicht alleine dadurch, weil sie auch von den Gewerkschaften in den Betrieben gestellt wird, sondern hauptsächlich im Zusammenhang mit der Forderung nach Durchsetzung antikapitalistischer Ausbildungsinhalte, die die Studenten vorbereitet auf eine Berufspraxis, in der sie soweit wie möglich den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen und mit vorantreiben können.

Die Sozialistische Fraktion, zu der 21 von 56 auf der BDV vertretenene Gruppen und über 40 % der Delegierten gehören, wird sich innerhalb des SHB als Fraktion konstituieren, und auf der Grundlage des von uns vorgelegten Grundsatzpapiers und der Anträge ihre weitere Politik vorantreiben und vereinheitlichen. Wesentlicher Schwerpunkt wird dabei die verstärkte Einflußnahme auf die Politik des VDS sein. Wir werden durch unsere Politik in den ASten der Universitäten Göttingen, Bochum, Gießen, Frankfurt, Bremen, PH Oldenburg u. a. dazu beitragen, den VDS als studentischen Dachverband zu stärken. Dies bedeutet spätestens auf der nächsten VDS-MV im März eine praktische Umorientierung der VDS-Politik, die durch eine den Mehrheitsverhältnissen entsprechende Besetzung der Entscheidungsgremien Zentralrat und VDS-Vorstand abgesichert werden muß. Die momentane mehrheitliche Besetzung dieser Gremien durch MSB Spartakus und die Bonn/Hamburger SHB-Fraktion hat zur Aufgabe des Bündnischarakters der VDS-Politik geführt. Z. B. wurde durch Mehrheitsentscheidungen im VDS-Vorstand der Abdruck eines Artikels zur 2500-Jahr-Feier des Schah-Regimes einiger ASten der Sozialistischen SHB-Fraktion im VDS-Press verhindert, der die Funktion der Teilnahme von Vertretern kapitalisti-

scher und auch sozialistischer Staaten an den Feierlichkeiten analysierte. Folgerichtig wurde kurze Zeit später eine Vertreterin des SHB-Göttingen durch Mehrheitsentscheidung im Vorstand als Pressereferentin des VDS abgelehnt, weil angeblich kein Vertreter der Sozialistischen SHB-Fraktion in der Lage ist, das von ihr mitbeschlossene Grundsatzprogramm des VDS zu verwirklichen.

Trotz aller Vorfälle wird die Sozialistische Fraktion im SHB auch weiterhin inhaltliche Diskussionen über die theoretische Position und die praktische Politik des SHB führen, um andere Gruppen, besonders an PH's und Fachhochschulen von ihrer Politik zu überzeugen . . .

Weitere Information zur Organisierung und Kontaktadresse: SHB/Sozialistische Fraktion + Verlag Sozialistische Front, 34 Göttingen, Kreuzbergring 81.

modelle

Gewaltfreier Antimilitarismus oder revolutionäre Aktion?

Für die Freilassung der in Spanien und Italien inhaftierten Kriegsdienstverweigerer sowie gegen die weltweite politische Diskriminierung von Kriegsdienstgegnern demonstrierten am 30. Oktober 1971 etwa 500 aktive Kriegsgegner und Zivildienstleistende aus mehr als zehn Ländern in Rom. Zahlreiche Demonstranten erschienen in improvisierter Sträflingskleidung, andere trugen Brustschilder mit dem Namen je eines der 189 Männer, die dem Franco-Regime den Militärdienst verweigerten und dafür 10 Jahre in spanischen Gefängnissen und in Strafkolonien in der Wüste Sahara zubringen müssen.

Ort und Zeitpunkt der Demonstration hatte zwei triftige Gründe zum Anlaß: Zum einen fanden an jenem Tag im Vatikan die Schlußfeierlichkeiten der internationalen Bischofssynode statt, was die zahlreiche Anwesenheit von Vertretern der in- und ausländischen Massenmedien sicherte und somit einen angemessenen Widerhall der Aktion in der Berichterstattung von Rundfunk und Presse. Zugleich eignete sich der Zeitpunkt bestens, auf die tiefe Kluft zwischen den beinahe revolutionär anmutenden Disputen der Synodalen über soziale und politische Ungerechtfertigkeiten und der politischen Praxis der katholischen Kirche hinzuweisen, die sich fast überall in der Welt, insbesondere aber in Spanien, als Hort übelster Reaktion erweist.

Zum zweiten hat das Problem Kriegdienstverweigerung seit einigen Monaten einen aktuellen Bezug zur italienischen Innenpolitik. Die italienische Staatsregierung bearbeitet nämlich zur Zeit einen Gesetzesentwurf, der zwar zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Verweigerung des Wehrdienstes nicht generell unter Strafe stellt, die Dauer des Ersatzdienstes aber auf jeden Fall um acht Monate länger als den herkömmlichen Wehrdienst vorsieht. Dies kann unter Umständen eine Festsetzung der Ersatzdienstdauer auf 32 Monate bedeuten.

Bei der Organisation der Protestaktion in Rom versuchten sich die Initiatoren an den strategischen Richtlinien des internationalen antimilitaristischen Kampfes zu orientieren. Dies gelang aber nur in beschränktem Umfang, nämlich nur insoweit, als die Internationalität der Forderung nach uneingeschränktem Recht auf Kriegsdienstverweigerung durch die Vielzahl der anwesenden ausländischen Repräsentanten ausgewiesen wurde und die gesamte Demonstration gewaltfrei verlief. Was jedoch nicht gelang, war, vor und während der Öffentlichkeitsaktion eine den Rahmen des systemimmanenten Pazifismus sprengende antikapitalistische Stoßrichtung durchzusetzen, die die potentiell revolutionären Inhalte der erhobenen Forderungen deutlich genug herausgestellt hätte. Zwar tauchten vereinzelt Transparente auf mit Aufschriften wie „Abrüstung ist der beste Luftschutz" oder, im Zusammenhang deutlicher, „Service militaire = service capital" (Wehrdienst ist Dienst am Kapital) auf; sie gingen aber unter in der Masse ausschließlich pazifistischer Parolen herkömmlichen Musters.

Dieses Beispiel kann als exemplarisch gelten für das Dilemma, in dem sich die Bewegung gewaltfrei revolutionärer Gruppen in allen Ebenen befindet. Der Verzicht auf revolutionäre Gewaltanwendung im Sinne von Waffengewalt bringt jene Bewegung fortlaufend in die Gefahr, zum Sammelbecken christlich motivierter, bürgerlich reformistischer Pazifisten und der Hippies der sogenannten „Peace-Generation" abzusteigen. Für die Praxis als nachhaltig erwies sich auch der Umstand, daß durch den bisher strikt antiautoritär gehaltenen Charakter der gewaltfreien Bewegung deren einzelne Gruppen nur in begrenztem Maße fähig sind, organisatorische Aufgaben größeren Umfanges erfolgreich zu bewältigen. Dieser Mangel zwang immer wieder zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die über bessere organisationstechnische Möglichkeiten verfügten. Derartige Organisationen, die auch zur Zusammenarbeit bereit waren, fanden sich aber in der Regel nur auf Seiten der bürgerlichen Friedensbewegung, z. B. Pax Christi oder Versöhnungsbund. Einmal eingeschaltet, setzten diese Gruppen, deren politische Stoßrichtung großenteils immer noch bestimmt ist durch Antikommunismus und die Vernunftgläubigkeit des bürgerlichen Liberalismus, alles daran, der gemeinsamen Aktion die revolutionäre Spitze abzubrechen und ihrer Interessenlage gemäß zu gestalten. Anläßlich des Protestmarsches in Rom wurde so verfahren, daß die italienischen Zweige der Pax Christi-Bewegung und des Versöhnungsbundes die praktischen Vorbereitungsarbeiten für die Demonstration stillschweigend an sich brachten und der Partitio Radicale, der italienischen Radikalsozialistenpartei, der die nationale organisatorische Vorbereitung ursprünglich von der Genfer Initiatorengruppe übertragen wurde, lediglich die verwaltungstechnischen Aufgaben beließen. Die beiden Gruppen gingen derart geschickt vor, daß den meisten der größtenteils ausländischen Demonstranten die tatsächliche Motivierung der Aktion erst klar wurde, als sie bei der Formierung des Demonstrationszuges zum Petersplatz die von der katholischen und evangelischen Friedensbewegung hergestellten Transparente in die Hand gedrückt bekamen.

Die gewaltfreien Gruppen werden in nächster Zukunft nicht umhin können, ihre bisherige Taktik im antimilitaristischen Kampf eingehend zu reflektieren und weiterzuentwickeln, sofern sie ihren revolutionären Anspruch nicht aufgeben und eine breitere Basis finden wollen. Einer der wesentlichsten Schlüsse aus der bisherigen Praxis wäre, grundsätzlich keine Kompromisse mit dem traditionellen Pazifismus mehr einzugehen. Jene Momente der erhobenen Forderungen, die eindeutig auf die Transzendierung der kapitalistischen Produktionsform, somit des Komplexes der Aufrüstung und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinauslaufen, bedürfen noch der deutlicheren Akzentuierung. Nur so können die Forderungen der Krieggegner im konsequenten Rahmen als revolutionär erscheinen und kann die Voraussetzung dafür geschaffen werden, die Methode der gewaltfreien revolutionären Strategie als praktikabel aufzuzeigen. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings eine qualitative Verbesserung der Organisationsstruktur gewaltfreier Gruppen, sowohl intern als auch in den Beziehungen untereinander auf nationaler und internationaler Ebene. Zumindest in letzter Beziehung zeigen sich bereits Ansätze.

MARKUS HUGHIUR

linker digest

Zeitdienst vom 3.12.1971

Sowjet-FIAT: Importierte Ausbeutung

Als die Fiat-Arbeiter im Juni dieses Jahres darauf drängten, über den Rhythmus der Arbeit selbst zu bestimmen, replizierte die Betriebsleitung mit dem Hinweis, daß in Togliattigrad nach den gleichen Richtlinien produziert werde. Anfang September begab sich nun eine Delegation der CGIL — des von den Kommunisten geführten großen Gewerkschaftsverbandes Italiens — unter Führung ihres Sekretärs Mario Dido auf eine Studienreise in die Sowjetunion. Nach ihrer Rückkehr richtete das italienische Wochenmagazin „Espresso" einige Fragen an Dido. Das „Wiener Tagebuch" veröffentlichte einen Auszug aus dem Interview.

Frage: Was ist Ihnen in Togliattigrad aufgefallen?

Antwort: Zunächst die ganze Atmosphäre. Es handelt sich um eine große und ganz moderne Fabrik, die nach ihrer Fertigstellung 60 000 Arbeiter beschäftigen wird, mitten in der Steppe. Die Atmosphäre ist außerordentlich lebendig, voll Energie und Enthusiasmus. Dies erklärt sich auch aus dem Umstand, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter Jugendliche sind, die unter den besten Arbeitern aus den Metallbetrieben der Sowjetunion ausgewählt wurden. Die Einrichtungen sind ganz modern, meist westlichen Ursprungs, italienisch, deutsch, amerikanisch; die Fabrik wurde auf Grund von Plänen und unter der Aufsicht der Techniker der Fiat-Werke eingerichtet. Was freilich verwundern muß, ist, daß nicht nur die technische Einrichtung, sondern auch die Arbeitsorganisation von Fiat übernommen wurde, d. h. vom entwickelten Kapitalismus. Gewiß, in einigen Punkten sind wichtige Korrekturen angebracht worden. Aber für den Rest kann man die Arbeitsorganisation, sei es in der Frage der Rhythmen, sei es in dem absoluten Vorrang der Produktivität nicht von der des Turiner Betriebes unterscheiden.

Frage: Warum sprechen sie von Verwunderung? Welche Probleme ergeben sich denn aus dieser Situation?

Antwort: Die allgemeine Frage verlangt gewisse Unterscheidungen. Aber die Art, in der die große Fabrik von Togliattigrad organisiert worden ist, schafft Probleme. Wenn sich die Gewerkschaften und Arbeiter der westlichen Welt für eine Veränderung der Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken schlagen, wenn sie verlangen — wie wir es tun —, daß man zu einer neuen Form in der Autoproduktion gelangen muß, daß man die Arbeitsbedingungen in der Fabrik vermenschlichen muß, sie weniger mechanisch und menschlicher gestalten muß, riskieren wir die Antwort des Unternehmers, daß unsere Forderungen unberechtigt sind, weil die Führer der Sowjetunion in Togliattigrad ihnen nicht Rechnung tragen.

Hier liegt offenkundig ein Irrtum oder ein Mangel an Wachsamkeit der Führer der Sowjetunion vor, als sie sich mit der Konstruktion des neuen Betriebes beschäftigten; sie schickten ihre Techniker aus, um die modernsten Betriebe des Westens zu studieren, aber dachten nicht daran, Kontakt mit den Gewerkschaften dieser Länder

aufzunehmen, sie um ihre Meinung zu befragen, sich über die Form der Kämpfe zu informieren, die wir gegenwärtig führen. Hier entstand ein Widerspruch, der gegen uns ausgenützt werden kann.

Darüber hinaus gibt es einen anderen Typ von Fragen, der nicht nur die Beziehungen zwischen den sowjetischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften des Westens, sondern die innere Situation der Sowjetunion betrifft.

In der Sowjetunion gibt es wie in den meisten Industriegebieten Osteuropas eine ziemlich elastische Arbeitsorganisation. In den meisten Betrieben gibt es einen beachtlichen Überschuß an Arbeitskräften, und der Arbeitsrhythmus ist nicht allzu rasch. Die Geschwindigkeit einer Montage ist nicht vorfixiert, sondern wird durch die größere oder kleinere Arbeitsintensität der Arbeiter in der Endphase des Fließbandes bestimmt. Die Folge davon ist, daß die Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Betrieben im allgemeinen niedriger ist als in den kapitalistischen Betrieben.

In Togliattigrad hat man jedoch nicht nur die Maschinen, sondern auch die Arbeitsorganisation des Westens übernommen. Um ein Minimum des Gleichgewichtes in dieser Situation zu garantieren, wäre eine starke gewerkschaftliche Organisation notwendig. Eine solche Kraft aber gibt es weder in der Sowjetunion noch in den anderen Ländern Osteuropas.

Die Gewerkschaften erfüllen im wesentlichen zwei Aufgaben: sie sollen die Arbeit stimulieren und sie effektvoller organisieren; zweitens nehmen sie an den Entscheidungen teil, die die neuen Einrichtungen des Betriebes betreffen. Aber sie haben keine Funktion – ich will gar nicht sagen: der Gegenkraft, sondern einfach der Dialektik: dies auch aus dem persönlichen Grund, daß Betriebsleiter und Gewerkschaftsleiter Seite an Seite in der Parteistruktur vereint sind.

Wir haben uns daher gefragt, ob die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, wenn sie die Systeme der Arbeitsorganisation aus dem Westen übernehmen, nicht auch autonome Gewerkschaftsorganisationen brauchen, die imstande sind, auch in offenen Kontroversen, die Forderungen der Arbeiter zu vertreten; und ob, wenn diese Form der Dialektik und des Pluralismus fehlt, nicht eine labile Situation entstehen kann, die auch sozial gefährlich werden kann.

Frage: Haben Sie diese Fragen auch mit den sowjetischen Gewerkschaftsführern diskutiert?

Antwort: Ja, des öfteren, im lokalen und zentralen Maßstab. Es waren offene und aufrichtige Diskussionen, und ich muß sagen, daß die erste Reaktion auf ihrer Seite vor allem Überraschung war. Ich hatte den Eindruck, daß die sowjetischen Führer sich keine Rechenschaft abgelegt haben, welche Probleme die Arbeitsorganisation von Togliattigrad für uns aufrollt, für unsere Kämpfe; aber auch nicht, welche Schwierigkeiten sie beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft schaffen kann.

Das „Wiener Tagebuch" kommentiert dieses Gespräch

Die Bestürzung des Gewerkschaftssekretärs ist verständlich; wirkt er doch in einem Land, in dem sich die Gewerkschaften nicht mit den traditionellen quantitativen Forderungen begnügen, sondern der Kampf um die Kontrolle des Arbeitsprozesses immer mehr an Bedeutung gewinnt. „Wir beherrschen immer weniger den Produktionsapparat", klagte Anfang Oktober ein Unternehmer gegenüber dem Berichterstatter von „Le Monde", „die Arbeiter begnügen sich nicht mehr mit der Kontrolle der Arbeitsbedingungen, sondern sie überwachen auch die Verwendung der Maschinen". Das ist gewiß übertrieben; aber immerhin mußten die Leitungen des größten verstaatlichten Betriebes IRI und des größten Privatbetriebes Fiat in Abkommen mit den Gewerkschaften den Arbeitern formell die Kontrolle über den Arbeitsprozeß konzedieren. Unter Sozialismus verstand Marx nicht nur die Enteignung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern, gestützt auf die veränderten Produktionsverhältnisse, „eine Umwälzung der gesellschaftlichen Beziehungen" der Menschen zueinander.

Für die sozialistische Revolution, die zunächst in einem rückständigen Land siegte, war es eine Frage auf Leben und Tod, in mög-

lichst kurzer Zeit die notwendige Industrialisierung durchzuführen. So entstand jener Produktivismus, der die Industrialisierung mit dem Aufbau des Sozialismus identifizierte, in der Losung gipfelnd, „den Kapitalismus einholen und überholen", als ob es vor allem darauf ankomme, auf dem Weltmarkt mit dem Kapitalismus in Konkurrenz zu treten.

Die Staaten, die dem russischen Modell folgten – selbst die CSSR, die bereits eine beachtliche Industrialisierung aufwies – übernahmen diese Orientierung in einem anderen historischen Kontext. Es war kein Zufall, daß die angestrebte Produktivitätssteigerung nicht erreicht werden konnte, weil die Erfüllung von Produktionsziffern allein auf die Dauer nicht begeistern konnte.

Es ist ein unleugbares Verdienst der chinesischen Kulturrevolution, darauf hingewiesen zu haben, daß auch der Charakter der Produktionsverhältnisse diskutabel wird, wenn die notwendige Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen, der Menschen zueinander, vor allem bei der Arbeit, ausbleibt und das Leistungssystem, die hierarchische Gliederung usw. der kapitalistischen Betriebe einfach kopiert wird. Die neuen Beziehungen – zwischen Arbeiter und Techniker, Leitung und Belegschaft – ergeben sich nicht automatisch aus der Sozialisierung der Produktionsmittel, sie müssen gewollt, erkämpft werden. Gleichzeitig hat die rebellierende Jugend an den Universitäten der etablierten Arbeiterbewegung in Erinnerung gerufen, daß nicht die Erringung der Macht das eigentliche Ziel sei, sondern daß sich die neue Macht durch eine neue Lebensordnung rechtfertigen müsse, durch eine neue Art des Lebens, des Denkens, des Wirkens.

Franz Marek

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich), Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Veröffentlichung auf Grund des Hessischen Pressegesetzes: Verleger und Vertreiber der sozialistischen Zeitung „links" ist der Verlag 2000 GmbH, Offenbach. Verlagsgeschäftsführer sind Christel Beilmann, Bochum, und Klaus Vack, Offenbach ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden. ● Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe von „links" liegt der Türkei-Protest mit Unterschriftenliste bei.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für das Jahr 1972 DM 15,–, zuzüglich DM 2,40 Versandkosten – einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokkonto Nr. 1/74 1 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt – erstmals zum 31. 12. 1972 – werden.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift